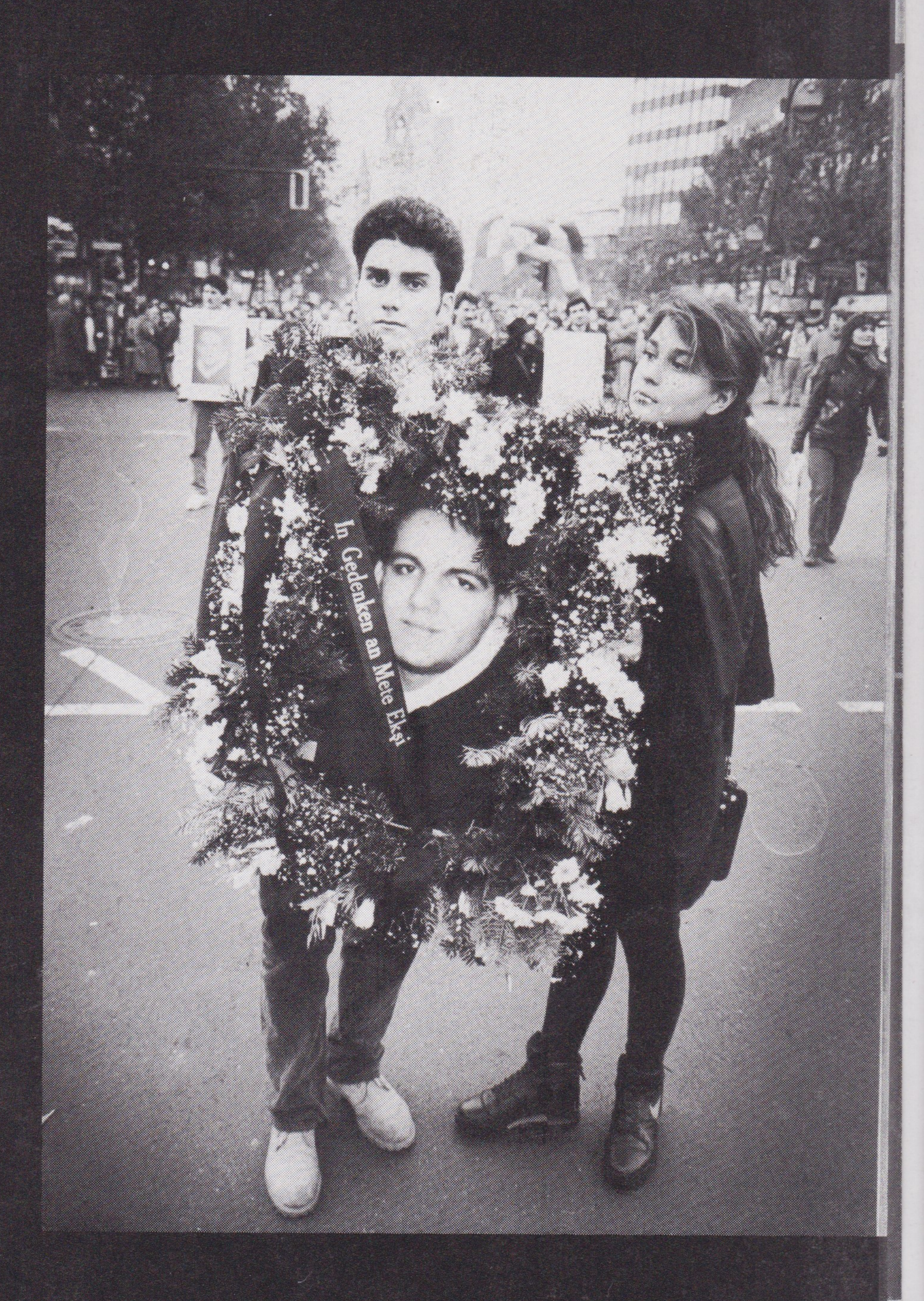
Antifaschistisches INFO Blatt

16

WINTER '91/92 · 3,– DM



Trauermarsch anlässlich des Todes von Mete Ekci, der an den Folgen eines rassistischen Überfalls gestorben ist

Abobestellung
An das Antifa-Info, Gneisenaustr. 2a 1000 Berlin 61

Ich möchte das Antifa- Infoblatt im Abonement für fünf Ausgaben zu DM 25,- incl. Versand beziehen. Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Bitte sendet mir a b Ausgabe Nr. ___ die weiteren folgenden fünf Ausgaben an die Adresse:

Den Betrag von DM ____ ,- habe ich in bar/ als Scheck beigelegt/ für ein Förderabo bekommt ihr DM_______,-.
Bitte schickt mir folgende alte Nummern _________________für DM 4,- pro Heft. Den Betrag von DM______,- habe ich bar/ als Scheck beigelegt.

Nachdem seit Monaten eine Scheindebatte über die Änderung des Grundrechtes auf Asyl entfacht wurde - und massiv Haß auf Ausländer geschürt wird, haben die Auswirkungen mittlerweile die gesamte BRD voll erfaßt. So ist auch der Schwerpunkt dieses Info´s der zunehmende Rassismus und Nationalismus in der BRD.

Der Artikel `Flüchtlinge - Manövriermasse der innenpolitischen Auseinandersetzung` zeigt, wie die regierenden Parteien mit ihrer " das Boot ist voll" - Propaganda geschickt von der gegenwärtigen Misere und den Verantwortlichen ablenken und so den verständlichen Unmut der Bevölkerung über die soziale Situation auf AusländerInnen und Flüchtlinge abwälzen. Die organisierten Faschisten fühlten sich durch diese Meinungsmache kräftig gestärkt und ließen so, weithin ungestört von der "staatlichen Ordnung" und unterstützt von der "schweigenden Bevölkerung" ihren rassistischen und faschistischen Umtrieben ungehinderten Auslauf.

So konnte es leider dazu kommen, daß die DA (Deutsche Alternative) als eine der führenden Kräfte der Pogrome in Hoyerswerda die "erste ausländerfreie Stadt" Deutschlands" auf ihrem Parteitag proklamieren konnte. Darüber und über die weitere Situation in Hoyerswerdea berichten mehrere Artikel.
Aber auch Aktionen gegen den allgegenwärtigen Rassismus finden in letzter Zeit gehäuft statt. So erlebte Hoyerswerda eine große bundesweite Antifademo, in Berlin entstand ein antirassistisches Zentrum, regelmäßig finden Aktionen gegen die Abschiebung von AsylbewerberInnen statt. Auch hierüber berichtet dieses Info.
Außerdem müssen wir uns noch für unser langes Nichterscheinen entschuldigen. Der ganze Trubel hat uns doch ganz schön in Anspruch genommen, da fiel das Zeitungsmachen doch oft hinten runter. Tschuldigung. Solltet Ihr Unterschiede zum gewohnen Layout feststellen, so dürft Ihr Euch nicht wundern, wir mußten mit dieser Ausgabe auch in dieser Hinsicht völlig neue Wege begehen.

Eure Infoblatt Redaktion

Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 14/Frühjahr '91

V.i.S.d.P. und Kontaktadresse:
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61



Das **Antifa-Info** ist natürlich auch **im Abonement** zu beziehen. Dies geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt ihr den Bestellvordruck links verwenden. Wenn ihr uns den schickt und die passende Knete gleich in den Briefumschlag zulegt, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen. Ist euch das mit dem Bargeld zu unsicher, legt einen Scheck bei. Solltet ihr uns das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch dies kein Problem: wir teilen euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann (Wenn ihr das Geld überweist, unbedingt die Versandadresse mitangeben!). Noch eins: wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind - also **Cash im Voraus**.
Ein **Einzelabo** geht über **fünf Ausgaben** und kostet **25,- DM** . Darin sind die Versandkosten bereits enthalten. Die Abos werden nicht automatisch verlängert. Über **Förderabos** für 30,- DM oder mehr freuen wir uns natürlich riesig.
Für Menschen, die mehr als fünf Exemplare pro Nummer bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Infoläden, Buchläden, gibt es ab jetzt bessere Konditionen, also Rabatt: Ab fünf Exemplaren kostet die Nummer 3,- Mark incl. Versand. Ab 10 Exemplaren kostet die Numer 2,40 Mark plus Versand.
Zeitungmachen kostet Geld. Damit wir den Preis von 3 Mark pro Heft im Ladenverkauf halten können, sind wir auf AbonentInnen angewiesen. Wir freuen uns über jedes Förderabo, das über die 25 Mark hinausgeht. Ihr unterstützt damit unsere Antifa - Arbeit und das Erscheinen dieses Infos.



Flüchtlinge - Manövriermasse der innenpolitischen Auseinandersetzung



Diese Rumäninnen sind bis Berlin gekommen

Die Überfälle und die Belagerung der Flüchtlingswohnheime in Hoyerswerda stellen den bisherigen Höhepunkt einer Entwicklung dar, die seit der Vereinigung zu beobachten war: eine ständige Zunahme organisierter Nazi-Gruppen und ihres Anhanges, verbunden mit einem immer aggressiveren Auftreten nach außen.

Es war nicht allein die Brutalität der rassistischen Schlägerbanden (da gab es bisher Schlimmeres), sondern vor allem das Verhalten von Teilen der Bevölkerung, sowie die Reaktion der verantwortlichen Politiker und der Polizei, die Hoyerswerda zu einer traurigen Berühmtheit, auch im Ausland, werden ließ. Ein Teil der Einwohner bildetet die gaffende Kulisse, die die Angriffe der Rassisten mit Sympathie und Beifall bedachten. Die Polizei war weder willens noch in der Lage das Treiben der Faschisten und der aufgeputschten Jugendlichen zu unterbinden, bis im sächsischen Innenministerium die Entscheidung fiel, die Flüchtlinge aus Hoyerswerda zu evakuieren. Verabschiedet wurden sie im Stadtrat von Hoyerswerda durch eine Entschließung aller Parteien, die den Abtransport der Flüchtlinge begrüßte, damit endlich wieder Ruhe und Ordnung in der Stadt einkehren könne.

Eine Woche später, anläßlich einer antifaschistischen Demonstration, konnte die sächsische Landesregierung genügend Einsatzkräfte (Polizei- und BGS-Einheiten auch aus den alten Bundesländern) aufbieten, um ihre Ordnung zu schützen und Stärke zu demonstrieren. Hoyerswerda wurde zu einem Fanal für die Rassisten. Es hat ihnen gezeigt, wie leicht sie unter den Augen der Polizei und mit stillschweigender Duldung der Politiker ihre Pogrome inszenieren können und wie groß die

Zustimmungbei Teilen der Bevölkerung ist. Dutzende von Überfällen auf ausländische ArbeiterInnen und Flüchtlinge, auf ihre Wohnungen oder Heime waren die Folge. Dabei beschränkten oder konzentrierten sich die Angriffe nicht auf die ehemalige DDR, quer durch alle alten Bundesländer zog sich die Spur der feigen Übergriffe, deren Opfer häufig Kinder und Frauen wurden. 75% der Überfälle fanden in den westlichen Bundesländern statt.

Der Erfolg der DVU bei den Bremer Kommunalwahlen hat deutlich werden lassen, wie groß der Teil derjenigen ist, die den einfachen Losungen und "Lösungen" der braunen Stimmenfänger folgen. Der Bremer Wahlkampf und seine Resultate haben darüber hinaus gezeigt, wie sich die innenpolitische Stimmung und die Kräfteverhältnisse verschoben haben. Bestimmte bis vor wenigen Wochen die mit der Vereinigung verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Folgen die innenpolitische Diskussion, so wurde dieses Thema abgelöst durch die Debatte über die Ausländer- und Asylpolitik der BRD.

Was sich in Hoyerswerda entlud und zu den Bremer Wahlresultat führte, hat sich angesammelt in den Monaten nach der Vereinigung. Wenn wir dieser Entwicklung wirksam gegenübertreten und nicht nur, wie im Fall Hoyerswerda, reagieren wollen, müssen wir uns über die Ursachen Klarheit verschaffen.

Die DVU hat in den traditionellen Bremer Arbeiterbezirken und in den Neubauvierteln, die ehemals der Neuen Heimat gehörten, mit 10% überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Bei den Wählern unter 30 Jahren lag ihr Anteil in diesen Bezirken bei 30%. Von der gesellschaftlichen Entwicklung und ihren Hoffnungen in die Gewerk-schaften und die Sozialdemokratie enttäuschte Wähler sind direkt ins rechte DVU-Lager übergewechselt. Sie hatten über Jahre/Jahrzehnte der SPD die Treue gehalten und sehen nun in ihr keine Alternative zur Bonner Regierungspolitik mehr.

Hoyerswerda, wo sich Ausländerhaß und Rassismus, bisher einmalig in der BRD, unter der Zustimmung und dem Beifall größerer Bevölkerungsteile austobte, ist eine nach 1945 entstandene Arbeiterstadt, geprägt durch ein Neubauviertel ohne soziale Treffpunkte und Zusammenhänge. Von Kriegsende bis heute ist die Stadt von 7.000 auf 70.000 Bewohner angewachsen. In den Neubauten leben über 80% der Einwohner. Die Hoff-nungen, die viele ArbeiterInnen 1990 mit der Wahl der CDU verbanden, sind längst von der Wirklichkeit widerlegt. SPD und Gewerkschaften stellen kei-nen Rahmen dar, mit dem sie sich gegen den Abbau ihrer Arbeitsplätze und der sozialen Einrichtungen wehren könnten. Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit verschafften sich in Hoyerswerda Luft nicht gegenüber den Verantwortlichen, sondern in der Hetze und Jagd auf die, die noch unter ihnen stehen.

Bremen und Hoyerswerda sind Produkte der gesellschaftlichen Entwicklung, zu der alle maßgeblichen politischen Kräfte in der BRD seit der Vereinigung in unterschiedlicher Weise beigetragen haben.

Die Regierungskoalition in Schwierigkeiten

Innenpolitisch ist die Regierungskoalition in immer größere Schwierigkeiten geraten. Der CDU liefen sowohl im Osten wie im Westen die Wähler weg, was in den neuen und alten Bundeslände z.T unterschiedliche Gründe hat. Zudem wurden die Risse zwischen CDU/CSU und der FDP breiter und deutlicher, z.B. in Fragen der Sozialpolitik (Pflegeversicherung) oder in Streit über die Neufassung des §218. Die von allen Bonner Parteien geschürte "Einheits-Euphorie", der sich auch die PDS nicht entgegenstellen wollte, hat nur wenige Monate vorgehalten. Mit dem "Einheits-Alltag" drängten auch die Fragen und Sorgen der Menschen in Ost und West an die Oberfläche.



Szezin /Polen: Roma campieren auf einer Müllkippe

Der neueroberte Markt verschaffte der BRD-Industrie zunächst einen konunkturellen Aufschwung im Inland, der die sinkende Auslandsnachfrage mehr als ausgleichen konnte. Doch die zum Teil zweistelligen Zuwachsraten, vor allem im Handel, erwiesen sich als Strohfeuer, von denen die Masse der Beschäftigten kaum profitierte. Kohls Gerede von der Einheit zum Nulltarif hat sich im Westen schon nach wenigen Monaten als Steuerlüge entpuppt. Die Bevölkerung ahnt oder weiß, daß sie den Preis für die Einheit zu zahlen hat, nicht nur durch Steuererhöhungen, sondern auch durch Einsparungen im Öffentlichen Dienst und bei den Subventionen. Die sich verstärkende Ablehnung des Einheitsrummels und der "Ossis" war gepaart mit einem Vertrauensverlust von CDU/ CSU bei den Wählern. Der weiterhin nicht abreißende Strom von Übersiedlern und Pendlern aus den neuen Bundesländern drückt auf die Löhne und Arbeitsbedingungen, besonders in den grenznahen Regionen und in Wesberlin. Auch dort, wo bis auf die Erhöhung der Einkommen- und Mine-ralölsteuer noch keine direkten Wirkungen zu spüren sind, wachsen die Befürchtungen und Ängste. Sind die jetzigen Erhöhungen und Einsparungen nicht die ersten Posten einer Rechnung, deren Gesamthöhe niemand überblicken und vorhersagen kann? Auh die von Zeit zu Zeit gemel-deten Erfolge beim Aufbau in den neuen Ländern können nicht beruhigen, zu groß ist der Gegensatz zur tatsächlichen Lage.

Noch verheerender als im Westen sieht die Bilanz für die CDU im Osten aus. Die gepriesenen Segnungen der Marktwirtschaft brachten, nach einem kurzen Kaufrausch, der Masse der Bevölkerung tiefe Einschnitte in ihrer persönlichen Lebensituation. Stei-gende Arbeitslosigkeit, kaschiert durch die Kurzarbeiterregelung und ABM-Maßnahmen, schaffen ein Klima der Unsicherheit und Perspektivlosigkeit, das in solcher Form bisher nicht bekannt war. Mit der Schließung der Betriebe entfallen die sozialen Einrichtungen, die an Kombinmate und Arbeitsplätze gebunden waren. Im Öffentlichen Dienst werden Kindertagesstätten, Jugendheime, Altenbetreuung etc. abgewickelt oder eingeschränkt. Den Versprechungen und Vorhersagen des kommenden Aufschwungs stehen die Erfahrungen der Menschen gegenüber. Nicht mal die öffentliche Verwaltung ist in der Lage, ihre Aufgaben zu bewältigen. Stundenlang müssen die Betroffenen bei den Arbeits- und Sozialämtern warten, und es kann Monate dauern bis die erste Zahlung des Arbeitsamtes eintrifft. Nicht der Genuss der erwarteten Freiheiten und materiellen Segnungen der Marktwirtschaft, der Kampf gegen einen Dschungel von neuen Dienst- und Verwaltungsvorschriften, gegen eine unbekannte Bürokratie bestimmt den Alltag. Die ehemaligen DDR'ler werden zu Bürgern zweiter Klasse im vereinten Deutschland, die sich mit 50 oder 60% des Westeinkommens zufrieden zu geben haben, während die Lebenshaltungskosten rasant auf Westni-veau steigen.
Immer unglaubwürdiger klingen vor diesem Hintergrund die Begründungen der Regierung, die angeblichen Altlasten der SED-Herrschaft seien Schuld am ausgebliebenen Aufschwung. Die Meinungsumfragen vom Frühjahr und Sommer belegen, wie dramatisch die CDU in der Gunst der Wähler in den fünf neuen Ländern ge-fallen war. Nicht nur die Wähler, auch die Mitglieder liefen der CDU davon. Als die Bonner Christdemokraten beschlossen sich mit der ehemaligen Blockpartei der DDR zu vereinigen, steckte das Kalkül dahinter, neben der Mitgliedschaft auch den Apparat und die Finanzen zu übernehmen. Das sicherte ihr in den neuen Ländern im Bundestagswahlkampf Vorteile gegenüber der SPD, die ihre Parteiorganisationen erst aufbauen mußte. Doch mit dem Vereinigungsparteitag war die Einheit von Ost- und West-CDU praktisch noch lange nicht hergestellt. Mit den Schwierigkeiten der Regierung wuchsen auch die Differenzen in der größten Regierungspartei. Die Aushängeschilder der Ost-Landesverbände in Bonn sind längst abgehalftert (wie de Maiziere und Krause) oder politisch bedeutungslos. Die Spannungen zwischen Ost- und West-CDU entluden sich im Sommer in öffentlichen Auseinandersetzungen und gegenseitigen Vorwürfen. Einher gingen Kontroversen innerhalb der neuen Landesverbände zwischen alten, "belasteten" und neuen Mitgliedern, die Zahl der Austritte nahm dramatisch zu.

Die parlamentarischen Parteien - unfähig zur Opposition

Normalerweise hätte die parlamentarische Opposition von den Schwächen und dem Vertrauensverlust der Regierungsparteien profitieren müssen. Daß dem nicht so ist, hängt mit der Rolle zusammen, die sie im Vereinigungsprozeß spielten, entscheidend auch hier die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften.

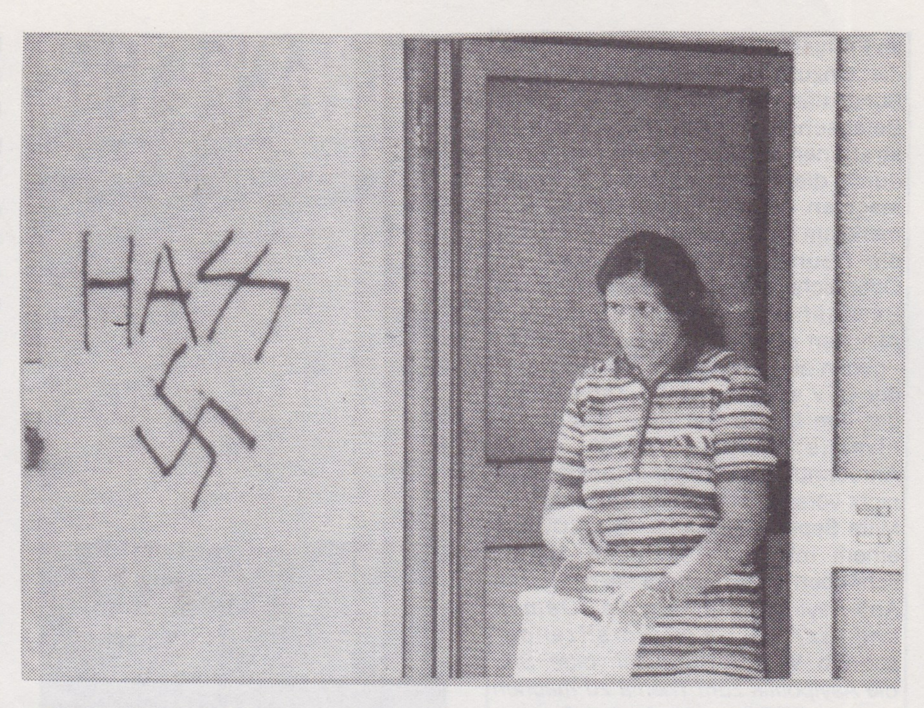
Als im Regierungslager Anfang 1990 die Entscheidung fiel, auf eine rasche Vereinigung beider deutscher Staaten zuzusteuern, schwenkte die SPD auf diese Linie ein. Oskar Lafontaine, der zwar im Grundsatz diese Politik mit-trug, aber vor einem zu schnellen Zu-sammenschluß wegen der finazpolitischen und sozialen Konsequenzen warnte, wurde durch den Technokraten Engholm abgelöst. Dabei befand sich Lafontaine durchaus in "guter Gesellschaft", Bundesbankchef Pöhl und die Organe der deutschen Wirtschaft teilten seine Befürchtungen. Die gesellschaftliche Entwicklung richtet sich aber weder nach den Befürchtungen des Bundesbank-vorsitzenden noch nach den Plänen eines Oppositionsführers. Die CDU nutzte die "Gunst der Stunde", die Sozialdemokraten wollten in der Zeit nationaler Verantwortung nicht abseits stehen. Zwar nicht formell, aber faktisch war in der Frage der Vereinigung die große Koalitiondurch die SPD hergestellt worden. Sie bot in allen wichtigen finanz- und sozialpolitischen Fragen der Regierung ihre Mitarbeit an.

Es gibt tatsächlich, auf der Grundlage kapitalistischer

Verhältnisse, keine wirkliche Alternative zur Regierungspolitik. Was in der DDR an Industrie und an sozialen Einrichtungen ge-schaffen wurde, ist zum größten Teil für das Kapital nicht verwertbar und muß als Kostenfaktor zerschlagen werden. Die sozialen Folgen hat in erster Linie die arbeitende Bevölkerung im gespaltenen Deutschland zu tragen; in den neuen Bundes-ländern durch Arbeitslosigkeit und Abbau sozialer Sicherungen, im Westen durch Steuererhöhungen und Einsparungen in der öffentlichen Versorgung, mit der die Kosten der Vereinigung gedeckt werden sollen. 60% der Einnahmen in der ehemaligen DDR stammen mittlerweile aus der Öffentlichen Hand.

Die Appelle sozialdemokratischer Politiker an die soziale Verantwortung der Regierung sind reine Rhetorik, tatsächlich hat sich die SPD den Notwendigkeiten längst angepaßt. Differenzen zur Regierung gibt es nur noch in Einzelfragen, wie denn die Lasten unter die verschiedensten Teile der Bevölkerung zu verteilen sind. Das die Einigung Opfer erfordert ist unbe-stritten. So war es gerade die SPD-Politikerin Heide Simonis, die als Vorsitzende der Tarifgemeinschaf Deutscher Länder, den Forderungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst der neuen Länder eine Abfuhr erteilte. In den Ländern, in denen Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung sitzen, unterscheidet sich ihre Sparpolitik allenfalls in Nuancen von der der CDU und FDP. Kein Wunder, daß die Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern nicht auf die Beine kommen; ganze 26.000 Mitglieder konnten sie bisher gewinnen.

Die Grünen, als parlamentarische Kraft etabliert und geläutert durch die Regierungsbeteiligungen in verschiedenen Bundesländern, hatten, ebenso wie die Sozialdemokraten, keine grundsätzlich andere Haltung zur Vereinigung eingenommen. Die Perspektive, die sie den Wählern bot und bietet, besteht in dem Wunsch als Juniorpartner der SPD die CDU/FDP-Koalition abzulösen (Ampel-Koalition / Brandenburg und Bremen, rot-grünes Bündnis in Niedersachsen). Die Grünnen wurden immer mehr zur Partei des "aufgeklärten" Bürgertums, das in der FDP keine Heimat mehr fand, nachdem der sozialliberale Flügel mit dem Koalitionswechsel zur CDU die Partei verlassen hatte.

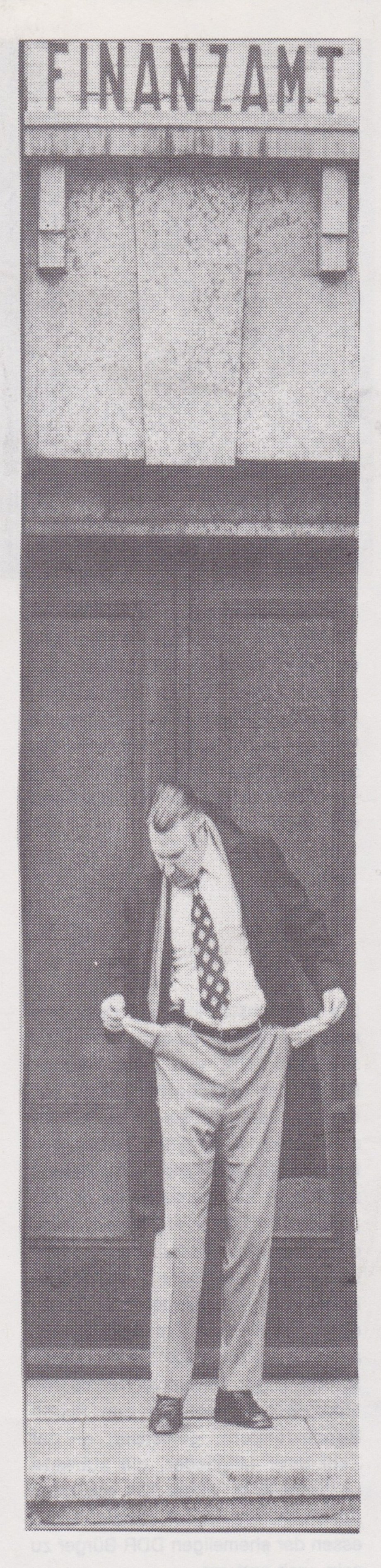


Die komischste Rolle auf der parlamentarischen Oppositionsbühne spielt die PDS. Von allen anderen Fraktionen geschnitten und behindert, versucht sie ihre Rechtsstaatlichkeit und ihre parlamentarische Notwendigkeit unter Beweis zu stellen. Sie würde gerne im Allparteien-Orchester mitspielen, wenn die anderen es nur zuließen. So fehlt selten die Unterschrift der PDS-Fraktion in Parlamenten und Stadträten, wenn es um Entschließungen aller Demokraten für Rechtsstaatlichkeit, gegen Gewalt von rechts und links geht. Obwohl in den neuen Bundesländern, gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder, die stärkste politische Kraft, ist die PDS von ihrem Anspruch, Anwalt der sozialen Interessen der ehemeligen DDR-Bürger zu sein, weit entfernt

.

Das Bonner Parlament bot den Wählern das Bild einer Regierung, die über all ihre Versprechungen hinweg, sich daran macht, die Interessen des "kleinen Mannes" ihrer Vereinigungsstrategie zu opfern. Die Oppositionsparteien präsentierten sich als, manchmal nörgelndes, Anhängsel dieser Politik. Daß es auf der parlamentarischen Bühne keine Alternative zur Vereinigungspolitik gibt, kann nicht verhindern, daß die enttäuschten und verunsicherten Wähler nach einem Ausweg suchen. Unzufriedenheit und Unruhe nehmen zu - die Erfahrungen mit den Gewerkschaften

Im Frühjahr/Sommer verschaffte sich die Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern in Aktionen einzelner Belegschaften Luft. Mit Demonstrationen, Straßenblockaden oder durch die Besetzung ihrer Betriebe machten sie auf ihre Situation aufmerksam und versuchten Druck auf die Treuhandanstalt auszuüben. Im Öffentlichen Dienst protestierten die Beschäftigten - initiiert durch die Aktionen der Ostberliner Pflegekräfte - gegen die Arbeitgeber. Der eben von der ÖTV ausgehandelte Tarifvertrag, der ihre Löhne auf 60% des Westniveaus festlegte und eine Anrechnug bisheriger Dienstzeiten nicht vorsah, wurde zur Makulatur.
Mitte September startete die CDU mit einem internen 16seitigen Rundschreiben ihres Generalsekretärs die Anti-Asyl-Debatte. An die *"Damen und Herren Kreisvorsitzende"* schrieb Volker Rühe:*"Ich bitte Sie, die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD herauszufordern."*
Dem Rundschreiben beigefügt war ein Muster für Anfragen an sozialdemokratisch geführte Stadtverwaltungen:*"Sind Asylbewerber in Hotels oder Pensionen untergebracht worden? Wenn ja: Wie viele Asylbewerber? In welchen Hotels oder Pensionen? Für welchen Zeitraum? Zu welchen Kosten? Wie hoch sind die monatlichen Kosten für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber? Sind in der Gemeinde Fälle bekannt geworden, in denen es seitens der einheimischen Bevölkerung zu Klagen oder Beschwerden über Asylbewerber gekommen ist? Wogegen richten sich die Klagen oder Beschwerden?"*
Die CDU mußte sich keine besondere Mühe geben, der SPD das Thema Asylpolitik "aufzuzwingen. Auf welch fruchtbaren Boden die CDU-Kampagne bei Teilen der Sozialdemokratie fällt machen zwei Zitate deutlich:
"Viele Asylanten kommen aus Kultur- und Zivilisationskreisen, die uns völlig fremd sind. Die haben auch ein anderes Verhältnis zum Eigentum, als es die meisten der deutschen Eltern ihren Kindern beibringen."
Horst Niggemeier, SPD-MdB und Bürgermeister von Datteln, Nordrhein-Westfalen
"Große Flüchtlingsströme aus dem Osten können der europäischen Kultur ein Ende setzen. Sie können für Europa gefährlicher werden als die Rote Armee in der Zeit des Kalten Krieges."
Steffen Reiche, Vorsitzender der SPD Brandenburg



Die Erfahrungen mit den Gewerkschaften, in die sie, wie in die Marktwirtschaft, so große Hofnungen gesetzt hatten, waren niederschmetternd. Nicht nur, daß sie das Spiel der Arbeitgeber mit den Tarifverträgen zweiter Klasse mitge-spielt hatten, auch bei Aktionen der Kolleginnen und Kollegen wirkten sie meist als Bremse. Nur widerwillig, wenn der Druck von unten stark genug war, sahen sie sich gezwungen aktiv zu werden.

Neben der Zunahme der Protestaktionen in der ehemaligen DDR begann es auch in einzelnen Bereichen der alten Bundesländer zu gären. Betriebsschließungen, die Kohlepolitik des Wirtschaftsministers und die Steuererhöhungen führten zu Unmut. Die Folgekosten der Vereinigung, die Kritik an der Treuhandanstalt und der Bundesregierung, die Furcht vor einer Zunahme sozialer Auseinandersetzungen beherrschten die Schlagzeilen der Presse und die innenpolitischen Auseinandersetzungen. Die CDU/FDP-Koalition geriet in die Defensive, bei Landtags- und Kommunalwahlen hatte die CDU massive Stimmenverluste hinnehmen müssen.

Die Debatte über das Asylrecht als Ablenkungsmanöver

In dieser Situation mußte die Regierung versuchen, das Heft des Handelns wieder zu ergreifen. Sie konnte nicht tatenlos das Feld der öffentlichen Auseinandersetzung ihren Kritikern überlassen. Die CDU/CSU brach die Asyldebatte vom Zaun, unterstützt durch große Teile der Presse. Vor allem die Boulevardzeitungen bereiteten das Thema publikumswirksam auf (Bild: "Wieviel Asylanten können wir verkraften und bezahlen"). Daß die CDU so erfolgreich von den eigentlichen Problem ablenken konnte, hat vor allem zwei Gründe:
1. Die im Parlament vertretenen Oppositionsparteien haben der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung keine Alternative entgegenzusetzen. Die Rolle von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die die

sozialen Konflikte entschärfen und politisch kontrollieren sollen-/wollen, ist in Frage gestellt, wenn die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sich ausbreiten und verschärfen. Die Furcht der SPD davor ist größer als ihr Wille sich gegenüber der CDU durchzusetzen. Die Sozialdemokraten stiegen in die Debatte ein, wobei sie, wie im Bremer Wahlkampf ("das Schiff ist voll") noch versuchten die CDU rechts zu überholen. Auch die Grünen ließen sich auf das Thema ein. Bisherige Positionen zur Asylpolitik wurden mit Blick auf die all-gemeine Stimmung und die Gunst der Wähler fallengelassen. Daß die Nutz-nießer einer solchen Debatte nur die CDU und rechts von ihr stehende Kräfte sein können, müssen SPD und Grüne in Kauf nehmen.

2. Die Debatte über Asyl- und Ausländerpolitik trifft auf eine arbeitende Bevölkerung deren persönliche Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten geprägt ist durch den friedlichen Ausgleich mit den Herrschenden, durch die Möglichkeit ihre materiellen Interessen ohne größere Auseinandersetzungen und Opfer sichern zu können. Wo einzelne Belegschaften oder Bevölkerungsgruppen jetzt in Bewegung geraten, wird ihr Handeln noch bestimmt von dem kleinbürgerlichen Denken, daß sich in diesen Jahrzehnten herausgebildet hat. Es gibt keine politische Kraft, die bei Teilen der arbeitenden Bevölkerung Vertrauen genießt und die ihr die Ursachen der Entwicklung erklären und eine Perspektive aufzeigen könnte.

In der Asyldebatte bündeln sich wie in einem Brennglas die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Monate: eine Regierung, die von den sozialen Folgen ihrer Politik ablenken will, die Oppositionsparteien, die dieser Politik nichts entgegenzusetzen haben, eine arbeitende Bevölkerung die nach dem Strohhalm greift, die bereit ist eher den einfachen "Lösungen" hinterherzulaufen, als die Auseinandersetzung mit den Herrschenden aufzunehmen.

Die von der CDU begonnen Asyldebatte mag zwar der Regierungskoalition eine Atempause verschaffen, indem sie alle parlamentarischen Parteien zwingt sich dem Thema anzuschließen, sich inhaltlich den Standpunkten der Christdemokraten anzunähern oder unterzuordnen, die eigentlichen Gewinner aber sind andere:

- auf der Ebene der Wahlen rassistische und populistische Parteien wie DVU oder Reps,
- unter Teilen der Jugend, vor allem der Arbeiterjugend, die faschistischen Kader von NF, FAP usw.

Die Faschisten stoßen in das Vakuum, das durch die gesellschaftliche Entwicklung und durch die Politik der Bonner Parteien geschaffen wurde. Dabei setzen sie nicht auf die bewußte Zustimmung zu ihren Vorstellungen und Programmen. Seinem Wesen nach baut der Faschismus gerade auf das Ausnutzen und Schüren von Vorurteilen, auf die Mobilisierung nicht der bewußten sondern der unbewußten Massen. Seine Sturmtruppen bilden nicht von der Sache überzeugte Menschen, sondern die enttäuschten und desorientierten Teile der Bevölkerung. Das macht die rassistischen und faschistischen Parteien, Organisationen und Gruppierungen nicht weniger gefährlich, im Gegenteil; es erleichtert ihnen Anhang zu finden und zu rekrutieren. Wieweit sie dabei vorangekommen sind, das haben die Ereignisse von Hoyerswerda und die Wahlen in Bremen gezeigt.

Wie können wir den Kampf gegen die Rechtsentwicklung und das Erstarken des faschistischen Lagers führen?

Noch vor der Maueröffnung sind in Westberlin anläßlich des Wahlkampfes und der Gewinne der Republikaner über 10.000 Menschen spontan auf die Straße gegangen. Der DGB, die Jusos, die AL waren gezwungen sich an einem Bündnis mit den verschiedensten antifaschistischen Organisa-tionen und Initiativen zu beteiligen. Anfang 1990, nach den Nazi-Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal in Treptow, konnte die PDS 200.000 Menschen für eine Protestkundgebung mobilisieren. Heute, nur zwei Jahre später, scheint der spontane Widerstand, der Wille auf die Straße zu gehen, fast vollkommen erloschen.

Wie kann in Zukunft, unter den veränderten Kräfteverhältnissen, der Kampf gegen Rassismus und Faschismus weitergeführt werden? Was empfehlen die verschiedensten politischen Organisationen, die sich in der Vergangenheit daran beteiligt haben?

Die Einheit der Demokraten

Sie wird uns empfohlen vor allem von der PDS, von den Grünen, von den Linken in der Sozialdemokratie. Viele, die diese Strategie begrüßen und einfordern, verbinden damit die Hoffnung möglichst breite Teile der Bevölkerung einbinden zu können. Gucken wir uns deshalb genauer an, was es mit der Einheit der Demokraten auf sich hat, welche politischen Kräfte sich darunter zusammenfinden, was das praktische Resultat ihrer Politik ist. Fangen wir mit dem letzteren an. Bis auf feierliche Erklärungen, gemeinsame Resolutionen in den Parlamenten und symbolische Gesten (Weizsäcker besucht Flüchtlingsheime) war von den demokratischen Parlamentsparteien nicht viel zu sehen. Dem fehlenden Willen zu praktischer Aktivität entspricht die inhaltliche Dürftigkeit ihrer Erklärungen. Sie reicht über die Distanzierung von den Vorgängen in Hoyerswerda, über die Ablehnung jeglicher Gewalt (von links und rechts) und der Zusicherung Straftäter mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen, nicht hinaus. Das kann nicht verwundern, haben sich doch unter dem Einheitsmantel der Demokraten all die Kräfte versammelt, die in der Vergangenheit gewollt oder ungewollt, bewußt oder unbewußt der Rechts-entwicklung Vorschub geleistet haben.

Den einen, vor allem den großen Parteien CDU und SPD, dienen die Erklärungen und Distanzierungen, um von der eigenen Rolle und Verantwortung abzulenken. Sie versuchen auch jetzt die Situation für sich zu nutzen. Die Debatte über das Asylrecht, über die Einrichtung von Sammellagern, die Beschleunigung der Abschiebeverfahren geht ungeniert weiter. Mit der populistischen Stimmungsmache versuchen CDU und SPD die Wähler zu halten oder zurückzugewinnen, die ins rechtsextreme Lager abwandern. Die Grenzen der EG als "Insel des Wohlstandes", sollen dichtgemacht werden.



Roma an der Grenze zur "Festung" Westeuropa (hier bei Szezin)

Die anderen, linke Sozialdemokraten, Grüne, die PDS, hoffen, indem sie alle Parlamentsparteien bewegen Stellung zu beziehen, die rassistischen Gewalttäter in die Schranken weisen zu können. Die Gewalt soll gesellschaftlich geächtet und mit Hilfe von Sozialarbeitern und Projekten den Jugendlichen eine Perspektive vermittelt werden. Wo dies nicht ausreicht, fordern sie die konsequente Anwen-dung der staatlichen Gewalt (Polizei, Gesetze und Verbote).



Welch naiver Glaube in die Allheilmittel der parlamentarischen Demokratie und des Staates, von der sich so viele Jugendliche und Wähler zu Recht abwenden. Soziale Projekte und Betreuung können das Vakuum nicht aus der Welt schaffen, daß die gesellschaftliche Entwicklung und die Politik der Parteien hinterläßt. Der Einsatz der Polizei und Verbote können zwar den Faschisten ihre Arbeit erschweren, sie schaffen aber auf der anderen Seite einen Mythos und "Märtyrer". Sie werten das Ansehen der Faschisten bei denen auf, die sich von diesem Staat und seinen Parteien längst abgewendet haben. Die Einheit der Demokraten stellt kein Schutzwall dar gegen eine sich ausbreitende rassistische Stimmung und gegen die Organisationsarbeit der Faschisten. Es kommt nicht auf die Parteien und Organisationen an, für die antirassistische Bekenntnisse eine Pflichtübung sind, die meinen danach weitermachen zu können wie bisher. Es kommt auf die Menschen an, die es ernst meinen, die sich wirklich engagieren wollen, egal welcher Organisation sie angehören oder sich verbunden fühlen. Da, wo Grüne, die PDS, Sozialdemokraten oder Gewerkschaften Menschen mobilisieren, denen die Sache wirklich am Herzen liegt, da sollten wir auch hingehen, mit unseren Parolen, Argumenten und Vorstellungen. Auf einen falschen "Einheitsbrei" können wir dabei verzichten, das würde die Probleme nur vernebeln.

Die bisherige Strategie der Antifa

Es sind nur wenige, die sich in dieser Situation auch praktisch zu Wort melden. Die antifaschistische Bewegung, die Autonomen und Gruppen aus dem Bereich der Flüchtlingsarbeit oder der Kirche sind fast die einzigen, die sich im Moment engagieren und den Protest und Widerstand auf der Straße organisieren, bei Schutz von Heimen den Flüchtlingen helfen und sie unterstützen. Die Antifa hat bisher immer wieder vor der Entwicklung gewarnt. Auch wenn die Ereignisse und das klägliche Versagen der demokratischen Parteien/Organisationen unsere Warnungen und unser Auffassungen im Grundsatz bestätigt haben, so doch noch lange nicht unsere konkrete Stategie und Taktik. Auch wir konnten die Entwicklung nicht aufhalten, auch in unseren Reihen ist die Unsicherheit und Resignation gewachsen, unser Einfluß hat abgenommen. In dieser Situation gilt es nüchtern Bilanz zu ziehen , sich auch mit den eigenen Schwächen und Fehleinschätzungen auseinanderzusetzen. Veränderte Bedingungen werfen neue Fragen auf und verlangen nach neuen Antworten.

Als die westberliner Antifa Mitte der 80er Jahre antrat, hatte sie vor allem ein praktisches Ziel: die Faschisten sollten isoliert werden, ihnen sollte der öffentliche Raum zur Selbstdarstellung und zur Sammlung ihrer Kräfte genommen werden. Neben der Be- und Verhinderung von Wahlkampfveranstaltungen, Versammlungen und Parteitagen, z.B. der Reps, gehörte dazu auch die Organisation von Gegendemonstrationen, die Aktionen um den 20. April usw. Wir wollten dadurch verhindern, daß sich die Faschisten auf der Straße formieren und demonstrieren können. Die Antifa lehnete jede öffentliche Diskussion mit Faschisten, mit den Funktionären und Abgeordneten der Reps etc. ab. Sie sollten darüber kein öffentliches Forum erhalten, daß sie gesellschaftlich salonfähig macht. Die Inhalte unserer Öffentlichkeitsarbeit waren im wesentlichen auf das praktische Ziel zugeschnitten: Entlarvung und Kritik der Ideologie und Programmatik der Rassisten und Faschisten, verbunden mit der Aufforderung, ihnen praktisch entgegenzutreten.
Heute müssen wir feststellen, daß wir zwar die Formierung der Faschisten stören und behindern, aber nicht verhindern konnten. Kraft und Einfluß der reaktionären Rechten steht nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Stärke und Aktivität der Antifa. Die fa-schistischen Kader sind ziel- und planmäßig an den Aufbau ihrer Organisationen gegangen, vor allem in der ehemaligen DDR. Sie konnten geschickt das Vakuum nutzen, daß die

parlamentarischen Parteien bei Teilen der Wählerschaft und der Jugend hinterlassen haben. Auch wenn wir die Antworten für falsch halten und sie bekämpfen, die Faschisten geben den desorientierten Jugendlichen und Wählern Antworten auf ihre Fragen. Nicht wir, sondern sie ziehen Kraft und Anhang aus der Enttäuschung über die etablierten politischen Organisationen.

Was bedeutet das für die weitere Arbeit der antifaschistischen Bewegung?

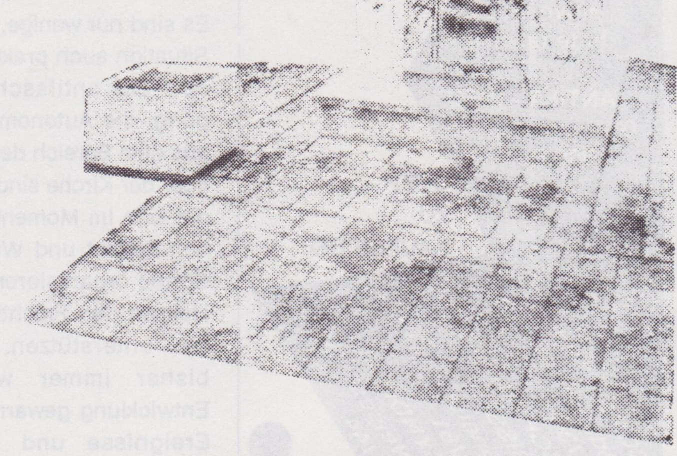
1. Wir werden das Kräfteverhältnis nicht kurzfristig verän-dern oder umkehren können, wir müssen uns auf eine langfristige Auseinandersetzung vorbereiten.

2. Es genügt nicht, zu wissen, was wir nicht wollen. Auch wir müssen uns den Fragen stellen, die durch die Vereinigung, durch soziale und politische Verunsicherung hervorgerufen werden.

3. Unsere bisherige Taktik und Vorgehensweise muß erweitert werden. Selbstschutz, die Organisation von Gegendemos und Aktionen müssen ergänzt werden durch die politische Arbeit und Argumentation. Das Vakuum dürfen wir nicht den Faschisten überlassen.

Auch wenn die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten für eine solche Arbeit eng begrenzt scheinen; eine Alter-native, um das Kräfteverhältnis langfristig zu verändern, gibt es nicht. Dabei kommen wir nicht umhin bis-herige Tabus zu brechen, wie "mit Fa-schisten diskutieren wir nicht". Die Faschisten haben längst ihr öffentliches Forum, ob uns dies paßt oder nicht, ob wir daran teilnehmen oder uns verweigern. Wenn wir den Rassisten das Wasser abgraben wollen, müssen wir versuchen den Menschen die Ursachen der Entwicklung zu erklären und Antworten auf ihre Fragen geben.

Einfache Lösungen, wie die Gegenseite, können wir nicht bieten. Die Lösung kann nur in der eigenen Aktivität liegen, in der Bereitschaft, sich gegen den Abbau sozialer Einrichtungen und politischer Rechte zu wehren. Nur in diesen Auseinandersetzungen kann eine gesellschaftliche Kraft, eine revolutionäre Bewegung entstehen und wachsen, die eine Perspektive entwickeln kann, an die heute noch niemand denkt, die verschüttet ist. Wo es uns möglich ist, sollten wir die Menschen, die sich zur Wehr setzen, unterstützen, seien es Flüchtlinge, türkische oder deutsche Jugendliche, Belegschaften oder Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Dabei müssen wir anknüpfen an ihrem Bewußtsein, nicht um dabei stehenzubleiben, sondern um sie und uns Schritt für Schritt weiterzubringen. Es nutzt wenig, ihnen unsere eigenen Überzeugungen und Parolen plakativ vor Augen zu führen. Das Ziel, eine Gesellschaft, in der wir den Faschismus mit seinen Wurzeln beseitigen können, steht am Ende der Entwicklung. Wir sollten uns dadurch auszeichnen, daß wir nicht das erhoffte Ende an den Anfang setzen (das wäre vollkommen vergeblich), sondern daß wir die ersten zaghaften Ansätze/Anfänge zu ihrem erfolgreichen Ende zu führen versuchen. Ein wortgewaltiger Scheinradikalismus, der sich nicht mit den wirklichen Kräfteverhältnissen deckt, kann dabei nur hinderlich sein. Er fördert die Selbstüberschätzung, nährt Illusionen und muß, wenn der erhoffte Erfolg ausbleibt, zu Enttäuschung und Resignation führen.



Berlin-Rummelsburg: Geschändetes Ehrenmal



Hoyerswerda: BGS versperrt den Antifas denWeg

Hoyerswerda

Mitte September kam die Stadt Hoyerswerda in die Schlagzeilen der Presse. Abend für Abend versammelten sich rassistische Jugendliche unter der Führung von Nazis zuerst vor dem ArbeiterInnenwohnheim für AusländerInnen und später auch vor dem Flüchtlingsheim, um diese anzugreifen. In der bisherigen Geschichte der BRD einmalig war die Tatsache, daß sie dabei von einer großen Menge schaulustiger BürgerInnen, z.T. aktiv, unterstützt wurden. Die ausländischen ArbeiterInnen setzten sich zur Wehr. Hoyerswerda steht seitdem für das erste Pogrom in der BRD seit 1945.

Der erste Autokonvoi

Am vierten Tag der Angriffe wurde in Berlin für einen Autokonvoi mobilisiert, der am Sonntag, den 22.9., mit etwa 4oo Leuten nach Hoyerswerda aufbrach. Dort angekommen, wollte die Polizei, inzwischen durch BGS verstärkt, die DemonstrantInnen nicht zum Flüchtlingsheim lassen. Die ausändischen ArbeiterInnen waren zum großen Teil am Tag zuvor über Frankfurt in ihre Herkunftsländer abgeschoben worden.
Während es nun Verhandlungen mit Polizei und Sozialarbeitern gab, zumindest eine Delegation durch-zulassen (siehe auch Interview mit Flüchtlingen), gab es Kundgebungen vor den Polizeiketten und eine Demo durch das umliegende Wohngebiet. Bei dieser Gelegenheit bekamen etliche Nazis eine andere Gesichtsfarbe verpasst. Nicht alle BürgerInnen reagierten mit Ablehnung: Es gab immer wieder Menschen, die von sich aus das Gespräch mit den DemonstrantInnen suchten.
Schließlich wurde eine Delegation zu den Flüchtlingen durchgelassen, die ihnen unsere Solidarität übermittelte und versprach, sich weiterhin um Unterstützung zu kümmern (u.a. auch die Unterbringung in Berlin zu organisieren).
Zurück in Berlin wurde auf Vollversammlungen mit der bundesweiten Organisierung für eine Demonstration am nächsten Wochenende begonnen und die Unterbringung der ersten aus Hoyerswerda geflüchteten AsylbewerberInnen in die Wege geleitet.
Wie sich später herausstellte, kam die politische Diskussion um das Ziel der Demo zu kurz.
Während diese Vorbereitungen liefen, wurde Hoyerswerda zu einer nahezu "ausländerfreien" Stadt: Sowohl das ArbeiterInnenwohnheim, wie das Flüchtlingsheim wurden mit der faden-

scheinigen Begründung fast vollständig "evakuiert", die Polizei könne die Menschen dort nicht schützen. Die Flüchtlinge wurden in mehreren Gruppen in Sachsen verstreut.

Antifaschistische Demo

Dafür sahen sich die etwa 4.000 Menschen, die zu der antifaschistischen Demo kamen, einem Großaufgebot von Polizei und BGS mit Wasserwerfern gegenüber (dem ersten großen Polizeiaufgebot in Hoyerswerda).
Noch bevor die Demo losgehen konnte, versperrten Polizeiketten den Weg. Während die Polizei (und ihre politische Führung) die Nazis und Rassisten 6 Tage gewähren ließ, stoppte sie die antifaschistische Demo nach 5 Minuten! In dieser Situation kam es auch zu, z.T. handfesten, Auseinandersetzungen unter den DemonstrantInnen. Während die Demoleitung mit der Polizei verhandelte, bereiteten sich ein Teil der Leute auf mögliche Auseinandersetzungen mit der Polizei vor, gruben Steine aus und zertrümmerten Gehwegplatten. Andere - unterstützt durch den Lautsprecherwagen - fanden dies falsch und wollten es verhindern. Die Einschätzungen, was in dieser Situation (Bullenaufgebot, Stadtrand, unbekannte Umgebung) richtig ist, aber auch die Zielvorstellungen, was mensch mit der Demo erreichen wollte, gingen weit auseinander (die Auseinandersetzung ist in dem autonomen Berliner Wochenblatt "Interim" Nr.163ff nachzulesen).
Die Demo drehte um und versuchte in einer Parallelstraße wieder auf die Demoroute zu gelangen. Aber auch dort zog Polizei mit Wasserwerfern auf und versuchte abermals die Demo zu stoppen. Da der Durchbruchsversuch der DemonstrantInnen nur halbherzig war, gelang es der Polizei erneut die Demo aufzuhalten und unter Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken zurückzudrängen.
In einer erneuten Verhandlungspause, in die sich u.a. auch Lokalprominenz einschaltete, wurde schließlich durchgesetzt, daß die Polizei sich zurückzog und die Demo wie geplant weitergehen konnte.

Nun beteiligten sich viele Menschen aus Hoyerswerda an der Demo, übernahmen sogar das Leittransparent und forderten über Mega's ihre Mit-- bürgerInnen auf, sich ebenfalls zu beteiligen.
Vor dem ArbeiterInnenwohnheim, wo die Abschlußkundgebung stattfinden sollte, startete die Polizei erneut eine Provokation: Erneut wurde die Straße versperrt. Diesmal konnten die Polizeiketten beiseite geschoben und die Kundgebung erfolgreich durchgeführt werden.

Die Flüchtlinge in Berlin

Die Gruppe der aus Hoyerswerda geflüchteten AsylbewerberInnen in Berlin, war auf 48 Menschen angewachsen. Zunächst wurden viele von ihnen privat untergebracht. Durch eine Kirchenbesetzung in Kreuzberg durch die autonome Flüchtlingskoordination, wurde Druck auf die Kirchenleitung ausgeübt. Schließlich fanden sich im Berliner Villenviertel Dahlem kirchliche Räume, in denen die Flüchtlinge für die Dauer der weiteren Verhandlungen mit Kirche, Senat, usw. wohnen konnten.
Gegen die Unterbringung der Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft sammelten die "feinen" Dahlemer BürgerInnen Unterschriften. Sie besaßen noch die Scheinheiligkeit, sich "Bürgerinitiative zur Verhütung von Rechtsextremismus" zu nennen. Mit dabei war der pensionierte Vizepräsident der Landeszentralbank Werner Tratzsch. Es gab allerdings auch eine Gegeninitiative, die 150 Unterschriften sammelte.
Mittlerweile sollen die Flüchtlinge, die ihren Antrag auf Asyl in Berlin gestellt haben, bevor sie nach Hoyerswerda kamen, bleiben dürfen. Sie sind nach Nationalitäten getrennt auf verschiedene Wohnheime in Berlin aufgeteilt worden. Dieses ist ein erster Erfolg der Flüchtlinge und der UnterstützerInnen.

'Deutsche Alternative' - Treibende Kraft des Pogroms in Hoyerswerda


Gautreffen der DA in Hoyerswerda, wenige Wochen nach dem Pogrom

Wenn wir in der Presse die Einschätzungen des Bundeskriminalamtes zu lesen bekommen, es gäbe keine Erkenntnisse über die Schlüsselrolle faschistischer Organisationen bei der Welle rassistischer Gewalt, so ist das eine Lüge. Auch der Polizei müßten die uns bekannten Tatsachen geläufig sein. Ein Beispiel dafür ist das Pogrom von Hoyerswerda, daß von organisierten Nazis geführt und angeheizt worden ist - "rechtslastige" Jugendliche und Bürger haben mitgemacht.

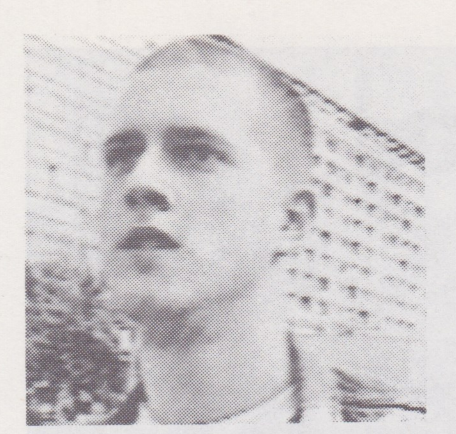
Im Mittelpunkt stehen die Wahl- und Sammelorganisationen der **`Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front'(GdNF)**, die **'Deutsche Alternative'(DA)**, die **'Nationale Liste'** aus Hamburg und die **'Sächsische Nationale Liste'**. Die **'GdNF'**, besser bekannt als Kühnen-FAP, ist die Kaderorganisation, die hinter diesen Parteien steht und ist nach dem Vorbild der **'NSDAP'** in Bereichen, Gauen, Kameradschaften und Stützpunkten organisiert ist. Sie ist ein Kern der offen auftretenden Nationalsozialisten und rekrutiert aus der Anhängerschaft der o.g. Gruppen neue Kader für den Aufbau einer neuen '**NSDAP**'. Die **'GdNF'** betreibt Wehrsportübungen, verfügt über umfangreiche internationale Kontakte und ihre Kader sind in der illegal arbeitenden **'NSDAP/AO'** organisiert (siehe Beitrag).

In Hoyerswerda gibt es eine Kerngruppe um Manfred Gnecko ,von ca. 20 orga-nisierten Nazis, die sich 'Neue Deutsche Ordnung' nennen. Ein Teil von ihnen saß in der alten DDR u.a. wg. "Rowdytum" im Knast und unter-hält Beziehungen zur **'Deutschen Alternative'(DA)** und der **'Sächsischen Nationalen Liste'** aus Dresden. So waren es auch die Cottbuser Nazis um **Frank Hübner, Rene Koswig** und der brandenburgische 'DA'-Vorsitzende **Karsten Wolter**, die führend an den Angriffen auf das Flüchtlingsheim beteiligt waren. Sie verließen jedoch den Schauplatz des Geschehens, als ein Konvoi von AntifaschistInnen am 22.September zum Schutz der Flücht-linge aus Berlin anreiste. Auch gelang es ihnen Festnahmen durch die Polizei zu entkommen.

Dagegen hatte der **Gubener Nazi-Anführer Jörg Rene Melzer** nicht rechtzeitig den Schauplatz verlassen und wurde von Antifas erkannt und verwarnt.

Neben den Cottbusern und Gubenern waren die Faschisten aus der "Hauptstadt der Bewegung" Dresden ins nahegelegene Hoyerswerda angereist und am Pogrom beteiligt. Unter ihnen war der Zögling Rainer Sonntags


Schmuddel-Rocker Priem



Mike Hönzke, Dresden

Mike Hönzke und der Anführer der **"Kameradschaft Gorbitz" Lutz Kronenberger**. Auch der "Chef" der **'Sächsischen Nationalen Liste' Helmar Braun** war anwesend.

Auch organisatorisch hatte sich dieses Pogrom und die staatliche Hilfe durch die Deportation der Flüchtlinge aus der Stadt für die **'DA'** gelohnt. Die **'DA'** entwickelt sich zur mitgliederstärksten Partei der offen auftretenden Nationalsozialisten. Am 16.11.91 fand der sächsische Parteitag in der "ersten ausländerfreien Stadt" Hoyerswerda statt. Den Vorsitz der 'DA'-Sachsen übernahm der gebürtige Hoyerswerdaer **Roman Danneberg,** der zuvor für die Bundestagsliste der bayrischen 'NPD' kandidiert hatte. Außerdem soll er nach Angaben von 'DA'lern der Beauftragte der **'NPD'** für "Mitteldeutschland" gewesen sein. Auch die gesamte Führung der brandenburgischen **'NPD'** um **Michael Spiegler** aus Fürstenwalde ist zur 'DA' übergetreten.



Rene Melzer, Guben

Der neue 'DA'-Bundesvorstand

Nach internen Parteiquerelen wurde am 19.10.91 in Cottbus zum ersten Mal ein 'DA'-Bundesvorstand gewählt, der aus Nazis der Neuen Bundesländer zusammengesetzt ist. **Frank Hübner**, der seine "Kaderschulung" bei der **'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front'(GdNF)** in Wiesbaden (Hessen) erhalten hatte, ließ sich zum neuen Bundesvorsitzenden küren. Nachdem er 1984 als politischer Häfling von der BRD freigekauft wurde, gelangte er über die **'Deutsche Volks Union'** zur **'FAP'**-Hessen des Kühnen Vertrauten **Heinz Reisz**. Frank Hübner war seit Anfang 1990 am Aufbau der 'DA' in der damaligen DDR führend beteiligt und nahm an den ersten Koordinierungstreffen im Februar in Fechenheim, bei Frankfurt-/Main unter Leitung **Michael Kühnens** teil. Der gelernte Baumaschinenführer zog in seine Heimatstadt Cottbus zurück und organisierte von nun an die Nazi-Szene vor Ort.

Rene Koswig, der wie **Karsten Wolter** schon vor 1989 zu den faschistischen Kadern der DDR zählte, wurde zum stellvertretenden 'DA'-Vorsitzenden gemacht. Auf dem Parteitag sprach **Horst Winfried Arnulf Priem(DA-Ehrenmitglied Nr.17)**, vom **'Hauptschulungsamt Wotans Volk'** aus Berlin-West, der mit **Gottfried Küssel** und **Christian Worch** zur Führungsgruppe der **'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front'** gehört. Seine Freundin **Claudia Knauthe**, die zusammen mit ihm in der Osloer Straße 15 wohnt, ist die **"Gauleiterin der Deutschen Frauen Front"** Berlin. Auch **Heinz Reisz** von der Hessen-'FAP', die sich seit diesem Jahr **'Deutsches Hessen'** nennt, hielt eine wütende Ansprache, bei der er die anwesenden Journalisten bedrohte. Zur Unterstreichung der Drohung drehten sich die anwesenden Nazis in Richtung der Reporter und streckten den Arm zum Hitler Gruß und riefen "Sieg Heil".

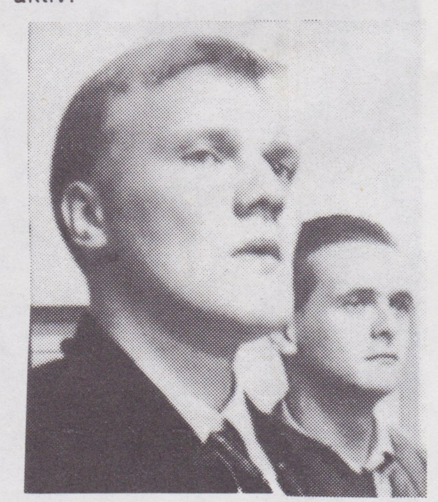
Nach Angaben Bernd Wagners vom "Gemeinsamen Landes Kriminalamt" für die Neuen Bundesländer, fand



Frank Hübner, Cottbus

bereits Mitte des Jahres ein internes Treffen mit dem Mitglied der Führungsgruppe **Christian Worch** statt. Die Teilnehmer waren sich einig, daß verstärkt Aktionen gegen Ausländer durchzuführen seien.

Vergleichen wir die Orte und Regionen der BRD, in denen die rassistische und faschistische Gewalt in den letzten Monaten eskaliert sind, mit den Regionen faschistischer Organisierung, so wird der Zusammenhang deutlich: Schwerpunkte sind Sachsen mit den Zentren Leipzig und Dresden, als traurige Spitzenreiter. In Dresden organisieren **'Sächsische Nationale Liste'**, die unter Anleitung von **Christian Worch** aus Hamburg und **Gottfried Küssel** Anfang September '91 gegründet worden ist, die Szene, sowie **'DA'** und **'Wiking Jugend'** und zahlreiche Wehrsportgruppen. In Leipzig ist die **'FAP'** des **Friedhelm Busse** und ihre Kader **Ricardo Sturm** und **Dirk Zimmermann** aktiv.



Rene Koswig, Cottbus



Karsten Wolter, DA Brandenburg

Ein weiteres Zentrum ist Brandenburg mit Schwerpunkten Schwedt, Cottbus, Guben und Eisenhüttenstadt - ebenfalls identisch mit dem Orten faschistischer Organisierung.

Die Orte des westdeutschen "Spitzenreiters" Nordrhein-Westfalens, in denen der Terror wütete decken sich ebenfalls mit den Orten faschistischer Organisierung. Hier sind vor allem die **'FAP'**, die **'GdNF'** und die **'Nationalistische Front'** zu nennen. Zu erwähnen seien hier die Ruhrgebietsstädte, Essen, Duisburg, sowie Münster und Bonn ('FAP' und `GdNF). Der Brandstifter von Hünxe **Jens Gehling** verklebte Zettel der **'FAP'** und, und, und...

In Baden Würtemberg gehören der Bodenseeraum (Wehrsportgruppen) und Freiburg zu den "Spitzenreitern", in Thüringen die Städte in denen die **'NPD'** besonders aktiv ist, in Hamburg die **'Nationale Liste'** und **'FAP'** und Berlin, wo alle Gruppen rekrutieren und über ein großes Umfeld verfügen und in Sachsen-Anhalt Magdeburg, wo die **'FAP'** kräftig rekrutiert. Eine vollständige Aufschlüsselung können wir hier nicht leisten, deshalb soll dieser Hinweis erst einmal genügen.

Es liegt an aktiven und bewußten AntifaschistInnen sich gegen die faschistische Organisierung, die menschenverachtende Gewalt nach sich zieht, zu wehren und die Aufbauarbeit der Nazi-Kader zu stören. Heute ist die Gewalt in den Regionen am ungehemmtesten, wo sich Nazis ungestört und ohne Gegenwehr der antifaschistischen Selbsthilfe organisieren konnten.

Schaut nicht länger weg - Wehrt euch - Greift ein !

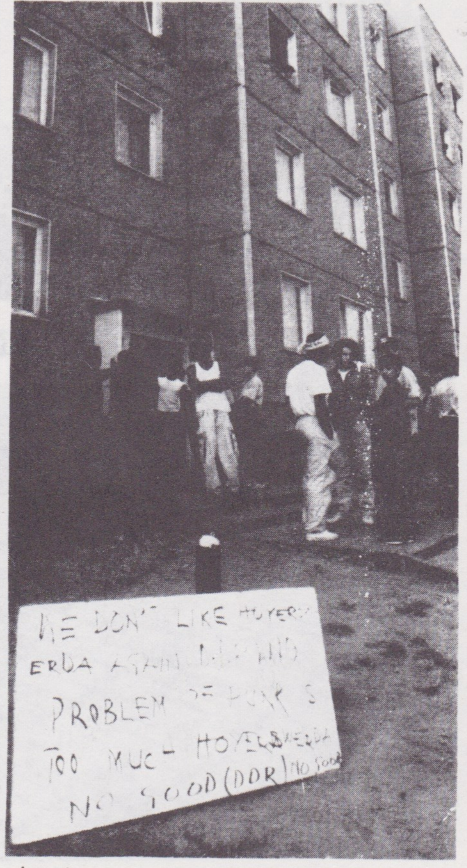
Glaubt nicht den Lügen der Medien und des Staatsapparates !



"Die Polizei griff nicht ein.."

Interview mit Flüchtlingen aus Hoyerswerda

Pierre, Robert und Jean (die Namen wurden von der Red. geändert), äußern sich zu den Lebensbedingungen und Angriffen auf ihr Wohnheim in Hoyerswerda, zu ihrer Flucht nach Berlin und zu ihrer Unterbringung hier (siehe auch Artikel in diesem Info).
Der Text ist aus einem Interview entstanden, daß wir Mitte Oktober mit ihnen geführt haben. Unsere Fragen, die sich lediglich auf den Gang der Ereignisse bezogen, haben wir, wegen besserer Lesbarkeit, weggelassen.



Immigranten in Hoyerswerda

Empfang und "Betreuung" in Hoyerswerda

Pierre: In Hoyerswerda waren Vietnamesen, Äthiopier, Rumänen, Jugoslawen, Kameruner, Ghanesen, Senegalesen, Angolaner... . Wir kamen aus verschiedenen Orten. Einige aus Frankfurt, andere kamen aus Berlin und es gab auch welche, die aus Zittau kamen, die ihr Verfahren im Osten begonnen haben. Manche kamen auch aus Niedersachsen.
Wir waren seit Anfang Mai da, andere kamen Ende Mai. Als wir eintrafen, waren da auch andere schon. Wir kamen zuerst nach Chemnitz. Von dort wurden wir nach Hoyerswerda geschickt. Am Anfang fühlten wir uns gut aufgenommen. Wir wußten ja nicht, was noch passieren würde. Nach einem Monat stellten wir fest, daß die Bevölkerung uns nicht gut gesonnen war. Es passierten eine ganze Reihe von Dingen: Man beleidigte uns, man bedrohte uns auf der Straße, sie griffen uns auf die eine oder andere Art an, sie belästigten uns. So waren wir gezwungen, nur noch in Gruppen auszugehen, denn wenn du alleine spazieren gingest, wurdest du angegriffen, oder bedroht. Gingst du raus zum Telefonieren, gab es Probleme; gingst du einkaufen, wurdest du bedroht, all das. So haben wir schnell verstanden, daß die Leute von Hoyerswerda uns nicht mochten.
Was die Behörden angeht: Wir wurden nicht gut betreut. Selbst zu Beginn der Probleme haben die Behörden uns nicht geschützt. Ihr Engagement war nicht gerade ausreichend. Und zu unseren Informationen: Wir waren nicht wirklich informiert. Wir wußten nicht, was passiert. Nehmen wir einen Fall als Beispiel: In Deutschland gibt es seit August ein Gesetz, daß die Arbeit für Asylbewerber regelt. Seit dem ersten August haben alle Asylbewerber das Recht zu arbeiten. Aber uns gegenüber haben sie das verschwiegen. Sie wollten uns nicht mitteilen, daß wir arbeiten dürfen. So blieb uns das verborgen, bis wir Verdacht schöpften. Wir übten Druck auf die Behörden aus, uns die Arbeitserlaubnis zu erteilen. Und selbst als sie mitbekommen hatten, daß wir die In-

formation besaßen, waren sie noch immer etwas unwillig; sie haben uns die Genehmigung nicht erteilt.
Also, es gab eine Menge vorenthaltener Informationen. Grund für uns, uns Anwälte zu suchen, die sich ein wenig für Betreuung, Schutz und Informationen einsetzen.

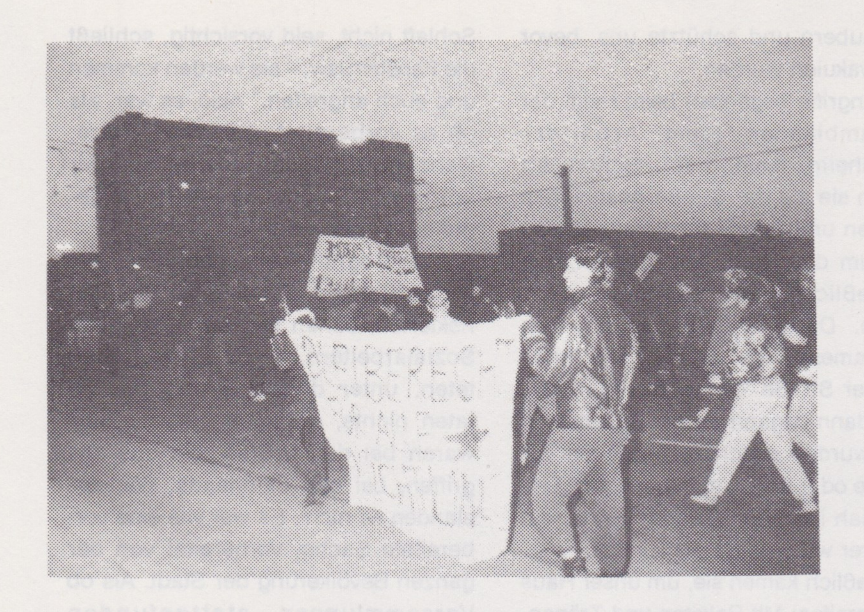
Robert: Als es um die Anwälte ging, sagten sie uns, sie könnten keine für uns finden, in Ostdeutschland sei es unmöglich und wenn wir im Westen suchen würden, könnte das sehr lange dauern. Daher würden wir sowieso in keiner Frage Erfolg haben. Das teilten sie uns offiziell mit.
Wenn wir Fragen oder Probleme hatten, zum Beispiel, wie wir den Ort wechseln könnten, sagten sie: "Wir können euch nicht helfen, das ist euer Problem. Ihr seid hier hergekommen mit euren Problemen, jetzt löst sie auch selbst."
Unter den Sozialarbeitern war einer mit Erfahrungen im internationalen Recht. Er hat über sechs Jahre in Kolumbien gearbeitet. Wißt ihr, nach der Wiedervereinigung ist er zurückgekommen, aber er hat alles vergessen.
Als wir uns an ihn wandten, weil einige Leute auf der Straße angegriffen worden waren, sagte er immer nur:"Kein Problem." Immer nur:"Kein Problem." Und immer wuchs das Problem, bis schließlich das Heim, in dem wir lebten, angegriffen wurde.
Die sind nicht kompetent, irgendein Problem zu lösen. Ein Beweis dafür ist der sächsische Innenminister, der im Fernsehen erläuterte, warum die Polizei nicht in der Lage ist, Ausländer vor Faschisten zu schützen. Der Grund, den er nennt, ist wirklich lustig: Viele Polizisten haben keinen Führerschein, so daß sie nicht rechtzeitig zum Beschützen erscheinen können. Was ist das für eine Begründung?
Schon am Anfang stellte sich die Polizei auf die Seite der Faschisten. Ihr wißt, Hoyerswerda ist eine kleine Stadt. Man trifft sich, man kennt sich, und darum können sie sich nicht mit denen hauen, sondern nur zusammen uns angreifen. Schließlich kam Polizei aus Leipzig und anderswo mit Hubschraubern und schützte uns, bevor wir evakuiert wurden.
Die Angriffe begannen beim Heim der Mosambikaner (dem Arbeiterwohnheim, Anm. Info). Schon oft waren sie auf der Straße geschlagen worden und Schritt für Schritt kamen sie, um das Heim anzugreifen, bis schließlich viele im Krankenhaus lagen. Danach ging das mit den Vietnamesen los. Da wurden ihnen auf der Straße Dinge nachgerufen. Und dann begann es. Auch Leute von uns wurden geschlagen, als sie zur Kirche oder woandershin gingen. Einmal sah ich eine verletzte Hand, ein anderer wurde am Hals verletzt.
Schließlich kamen sie, um unser Haus anzugreifen: Mit Raketen und Tränengas schossen sie, und alles wurde wie auf einem Kriegsschauplatz, nein, ein Schlachtfeld war es.


Die Polizei greift die Demo an

Die Angriffe auf die Heime

Pierre: Sie begannen die Angriffe bei den Mosambikanern und danach bildeten sie Gruppen. Sie hatten auch Hunde. Wenn ein Ausländer auf der Straße an ihnen vorbeiging, ließen sie den Hund auf ihn los, und so etwas machten sie jeden Tag. Die Polizei griff nicht ein, wir verstanden es nicht. Und dann, es war der 20.September, griffen sie uns an.
Während des Tages, bevor sie kamen, gaben unsere Sozialarbeiter uns zu verstehen: "Heute wird der Angriff sein. Also bereitet euch vor: Schlaft nicht, seid vorsichtig, schließt die Fenster usw. - sie werden kommen und euch angreifen." Also, es war, als ob es vorbereitet gewesen wäre. Ganz Hoyerswerda wußte es, daß wir an diesem Tag, zu dieser Zeit angegriffen werden würden.
Als der Angriff dann begonnen hatte und wir einige Blicke nach draußen riskierten, sahen wir einige von den Sozialarbeitern, die bei uns arbeiteten, unter diesen Gruppen. Sie taten nichts, sie sahen nur zu. Sie waren bei den Leuten, die uns angriffen, bei den Skinheads. Wir verstanden es nicht. Es war wie eine vorbereitete Sache, vorbereitet von der ganzen Bevölkerung der Stadt. Als ob Versammlungen stattgefunden hätten, um diese Aktion vorzubereiten, um den Angriff der Skinheads auf uns vorzubereiten, irgendwelche Treffen, an denen auch unsere Sozialarbeiter teilnahmen. Denn am ersten Tag sagten sie uns:"Heute wird der Angriff stattfinden."

Robert: Harry, derjenige, der im Ausland gearbeitet hatte, kam ständig und gab Anweisungen, er terrorisierte uns mit seinen Anweisungen: "Licht aus! Heute wird es Ärger geben: Ein paar Leute werden kommen. Licht aus, Fenster zu, versteckt euch irgendwo außerhalb..." Immer nach fünf Uhr kam er. Fünf Tage terrorisierte er uns und schließlich kamen sie, um uns angreifen. Ich denke, es gibt



Kontakt zwischen Sozialarbeitern und Faschisten.
Wir taten nichts. Für mich und ich glaube für viele andere ging es nur darum, uns zu verstecken. Wir hatten nicht einmal Tränengas, gar nichts, außer dem Tisch, von dem wir aßen oder das Bett, auf dem wir schliefen. Wir sagen ganz offen, daß wir nichts hatten, um sie abzuwehren. Sie hätten kommen und uns töten können.

Pierre: Am zweiten Tag des Angriffs hatten wir Steine gesammelt und sie nach drinnen gelegt. Als die Skinheads eintrafen, kamen die Sozialarbeiter zu uns und nahmen alles weg, was wir vorbereitet hatten: Die Steine, die Flaschen, sie haben das alles weggeworfen. Sie verboten uns, auf die Angriffe zu antworten, uns zu verteidigen, etwas zu werfen usw. Sie haben alles konfisziert, was wir als Waffe oder Instrument zur Selbstverteidigung hatten.
Also, als sie ankamen (gemeint sind die Leute von dem spontanen Autokorso; d.Info) verlangten drei aus diesen Gruppen von der Polizei die Erlaubnis, zu uns in unser Haus kommen zu dürfen, um uns einige Fragen zu stellen. Die Polizei stimmte nicht zu, doch wir bestanden darauf. Wir wollten mit diesen Leuten reden, damit sie wüßten, was hier vor sich geht. Auch unsere Sozialarbeiter wollten sich nicht darauf einlassen. Aufgrund unserer Beharrlichkeit gestatteten sie schließlich zwei oder drei Leuten aus diesen Gruppen, sich mit uns zu unterhalten.

Die Evakuierung

Robert: Manchmal kamen Leute, die von diesen Vorfällen am Anfang gehört hatten, um festzustellen, was unsere Probleme sind. Auch Journalisten. Ich selber kenne welche aus Frankfurt und einen aus München. Sie kamen vom Fernsehen, um zu fragen, was los ist. Aber Frank, unser Sozialarbeiter, verwehrte ihnen den Eintritt."Es geht ihnen gut", sagte er,"es gibt keine Probleme und keine Erlaubnis, sie selbst zu fragen." Er wollte nicht, daß die internen Probleme in unserem Haus genauer bekannt werden.
Schließlich gab es eine Reihe ernster Fragen an die Sozialarbeiter: Wir werden geschlagen, es kann so nicht weitergehen, wir verlangen geschützt zu werden. Woraufhin sie gelegentlich antworteten:"Wenn dieser Ort hier nicht gut ist für euch, dann bringen wir euch aufs Dorf, wo es keine Skinheads oder sowas gibt." Aber auf dem Dorf gibt es niemand, keine Polizei, niemand der uns schützt. Die Skinheads würden uns immer folgen. Und wenn sie uns fänden, könnten sie uns umbringen. Glüchklicherweise kam es nicht dazu. Aber da sieht man, was für Antworten diese Sozialarbeiter uns gaben. Vieleicht haben sie keine Ahnung von solcher Art von Arbeit. Oder sie wollten uns Angst einjagen, damit wir von uns aus den Ort verlassen. Oder, die dritte Möglichkeit ist, daß sie selber Faschisten sind. Auf jeden Fall hassen die Sozialarbeiter uns. Ich bin zu dieser Schlußfolgerung gekommen. So oft ich ihre Ansichten, ihr Umgehen mit Leuten, ihre Antworten betrachte: Was sie für uns empfinden ist völliger Haß. Darum litten wir so in Hoyerswerda, wir haben so gelitten. Dieser psychologische Terror war das Erste. Dann etwas wie eine Art militärischer Aktion. Sie griffen uns an, um uns zu töten, zu zerstören. Aber das geschah nicht.

Pierre: Seit ihr dagewesen wart (gemeint ist der Autokonvoi; d.Info), von diesem Zeitpunkt an, sagte der sächsische Innenminister, daß er uns nicht länger schützen könne, da die Polizisten, die unsere Sicherheit gewährleisteten, viel Geld verdienen würden und man das nicht länger bezahlen könnte. Also gab es die Entscheidung, daß wir Hoyerswerda verlassen sollten. Sie kamen um 14.00 Uhr, am Montag, den 23.September. Um 14.00 Uhr teilten sie uns die Entscheidung mit, daß wir um 15.00 Uhr den Ort verlassen müßten. Also gaben sie uns eine Stunde, uns vorzubereiten, unsere Sachen zu packen und abzufahren. Darüberhinaus nannten sie uns nicht den Ort, in den es gehen sollte, das Ziel war uns unbekannt. Wir diskutierten, daß wir so nicht fahren könnten, ohne zu wissen, wohin sie uns bringen. Aber sie bestanden darauf und wir konnten nichts machen. Wir mußten es ganz einfach so hinnehmen. So nahmen wir unser Gepäck und stiegen in den Bus.
Es gab drei Busse. Wir Afrikaner waren alle in einem. So verließen wir Hoyerswerda. Als wir abfuhren wurde ein Bus angegriffen. Das heißt, die Skinheads waren da. Von der Seite warfen sie Steine auf einen der Busse.
In unserem Bus waren ein Mitarbeiter des Sozialamtes und der Fahrer. Vor uns fuhr ein Lastwagen mit Soldaten (BGS?; d.Info). Als wir auf der Landstraße waren, kehrten die Soldaten um und wir blieben dort allein. Wir fuhren bis zu einem entfernten Dorf, das Meißen heißt. Bevor wir in den Ort fuhren, sahen wir auf den Brücken die

Parolen "Ausländer raus". Wir verstanden genug deutsch um zu wissen, daß dies die Parolen der Faschisten, der Rassisten sind.
So hatten wir schon im voraus Angst vor diesem Ort, da wir Hoyerswerda ja genau wegen dieser Dinge verlassen mußten. Wir kamen also in Meißen an, und es ist überall dasselbe. Vor allem war der Ort nicht angemessen. Es war ein isolierter Platz in einem Wald. In Hoyerswerda waren wir in einer Stadt mit all ihren Möglichkeiten. Aber, dort in Meißen, das war eine Katastrophe, schlimmer als vorher in Hoyerswerda. Wenn es dann einen Angriff gegeben hätte, wären wir nicht in der Lage gewesen, die Polizei rechtzeitig zu verständigen oder uns selbst zu verteidigen. So beschlossen wir, den Bus nicht zu verlassen, obwohl uns der vom Sozialamt dazu zwingen wollte. Schließlich haben sich der Typ und der Busfahrer ein Taxi rufen lassen und sind zurückgefahren.
Über die anderen Busse wissen wir nichts. Es waren nur wir Afrikaner, die in Meißen waren. Also wir blieben im Bus und verbrachten dort die ganze Nacht, ohne irgendwas zu essen. Wir waren dort völlig verlassen. Es war schon eine seltsame Ecke: Es gab Gleise und Züge fuhren vorbei. Vom Bus aus sahen wir die Leute in den Zügen an uns vorbeifahren. Sie beleidigten uns, sie tuschelten über uns, zeigten uns die Finger... und wir hatten schnell kapiert, daß wir hier nicht sicher sein würden, daß es dasselbe wie in Hoyerswerda sein würde. Wir wollten auf den Typ vom Sozialamt warten, damit er nach Chemnitz fährt, wo die Zentralstelle ist und unsere Akten geführt werden. Er sollte von seinem Chef verlangen, uns einen sicheren Platz zu suchen. Wir warteten die ganze Nacht, er kam nicht zurück. Ebenso am Morgen: Wir waren da und warteten, er kam nicht. Es wurde Mittag. Wir waren völlig allein, verlassen, ohne irgendwas zu essen. Und immer noch sahen wir diese Leute vorbeifahren, die uns beleidigten. Gegen sechzehn, siebzehn Uhr entschieden wir, den Ort zu verlassen, da wir ja unter diesen Bedingungen nicht immer weiter im Bus schlafen konnten. Wir bildeten einen Zug von dort bis zum Bahnhof. Dreimal mußten wir gehen, um all unser Gepäck zum Bahnhof zu bekommen. Wenn dieser Ort wirklich sicher gewesen wäre, dann hätte sich doch jemand um uns gekümmert, wenigstens die Polizei angerufen oder so. Aber niemand hat reagiert. Niemand hat uns gefragt, wo wir hinwollen mit unserem Gepäck auf dem Kopf. Also, wir waren dort wirklich nicht sicher. So haben wir am Bahnhof den Zug nach Berlin genommen.

Solidarität und Unterstützung

Jean: Wir waren illegal, gut, glücklicherweise haben eure Gruppen, die autonomen Gruppen uns unterstützt in diesen zwei oder drei Wochen und dann hat sich die Kirche um uns gekümmert. Wir haben das Problem erörtert und seitdem warteten wir wir auf die Entscheidung, ob wir in Berlin bleiben dürfen.

Wir kannten Berlin schon recht gut, weil wir hier waren, bevor wir nach Hoyerswerda geschickt wurden. Wir wissen, daß es auch hier Bedrohung und Angriffe geben kann. Aber hier in Berlin sind wir wirklich sicher. Denn wenn etwas passiert, ist nach ein, zwei, drei Minuten die Polizei da und greift ein.

Pierre: Wir wissen genau, daß wir illegal hier waren. Und wir wissen auch, daß wir nicht gegen die Gesetze handeln können, die uns verbieten, ohne Erlaubnis den zugewiesenen Ort zu verlassen. Aber wir haben das aus Notwehr getan. Hier in Berlin kam unsere Angelegenheit auf den Tisch der Regierung. Es gab Treffen, und die Regierung hat sich zusammengesetzt, um unser Problem zu behandeln. Was wir erwarteten war ganz einfach die Entscheidung des Innensenators, daß diejenigen, die

hier ihren Asylantrag gestellt haben, auch in Berlin bleiben können.

Robert: Alles hat seine logische Reihenfolge. Daher können wir hier nicht weitergehen, ohne unseren Dank an die UnterstützerInnengruppen auszusprechen, die uns ganz am Anfang auf den Bahnhöfen aufgelesen und untergebracht haben. Lange lebten wir zusammen, ihr habt Forderungen an die Kirche gestellt, es wurde politischer Druck gemacht und sie stimmten zu. Wir leben heute dort. Dann gab es den Kampf der UnterstützerInnen mit dem Senat, und so folgt alles seinen logischen Gesetzen. Wir gingen zu vielen Stellen - die gewählten Deligierten der verschiedenen Nationalitäten und die UnterstützerInnen. Am Ende begegneten wir dann dem Innensenator Herrn Heckelmann. Bei dieser Gelegenheit sagte er uns, daß aus seiner Sicht eine Chance bestehe, daß diejenigen, die über Berlin gekommen sind, hier bleiben könnten. Und eine kleine Chance auch für die, die ihren Antrag im Osten, also in Sachsen gestellt haben. Aber er sagte: Ich gehe damit zur Bundesregierung und ich lege meine Meinung dazu dort da und wir werden darüber diskutieren. Ich denke, die Ent-scheidung steht unmittelbar bevor und sie werden uns hier akzeptieren. Morgen gehen wir zum Sozialamt und erhalten unsere Heimplätze.

Seit wir in Berlin waren, fühlten wir uns besser. Wir traffen Menschen mit glücklichen Gesichtern, nicht wie in Hoyerswerda. Wir lebten wieder mit menschlichen Wesen zusammen, und das ist genug für uns. Menschlichkeit ist ersteinmal genug, wie immer auch die politische Situation ist, Menschlichkeit ist genug. So fühlten wir uns.

Jetzt sind politische Dinge nötig: Wir haben viele Sachen zurücklassen müssen, in Meißen, in Hoyerswerda, überall. Wir mußten zuerst einmal uns selbst retten. Jetzt, wo die kalte Jahreszeit kommt, fehlt es zum Beispiel an warmer Kleidung. Ob wir die Sachen bekommen oder nicht, wissen wir nicht. Auch das hängt vom Sozialamt ab.

Jetzt zu den anderen Gruppen (die nicht über Berlin nach H. gekommen waren; d.Info): Ich finde, Probleme müssen so gelöst werden, wie sie sich stellen. Man kann nach Gesetzen und Prinzipien handeln. Aber auf der anderen Seite hat jeder das Recht, seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. In Deutschland stehen dem vieleicht Gesetze entgegen, aber auf der ganzen Welt kann man selbst entscheiden, wo man leben will. Egal, ob man in dem Land geboren ist oder nicht. Also politisch unterstützen wir sie (d. anderen Flüchtlinge, Anm. Info).

Wenn die Frankfurter Stadtregierung in schriftlicher Form zusichert, daß die (Flüchtlinge; d.Info), die nicht über Berlin gekommen sind, in Frankfurt bleiben können und dort untergebracht und beschützt werden - okay. Eine Erklärung, Einladung oder so. Wenn nicht, dann sollten sie dort nicht hingehen. Denn Faschismus ist Faschismus, ob in Frankfurt oder Berlin. Deshalb müssen sie dem Faschismus entfliehen, nicht irgendwelchen Städten, wißt ihr? So sind wir ein wenig in zwei Gruppen geteilt, seit sich für uns einige Probleme gelöst haben. Die Wünsche und Hoffnungen sind ein wenig anders geworden. Aber wir denken immer an die anderen. Und wenn es etwas gibt, was wir tun können, dann werden wir es auch tun. Aber es hängt auch von euch ab, den UnterstützerInnen. Es gibt nicht genug UnterstützerInnen. Immer irgendeine Aktion, etwas, womit man Druck erzeugen kann.. Aber kein Problem, wir werden weiter zusammen für ihren Erfolg arbeiten.

Etwas wurde vergessen, als wir über die Evakuierung aus Hoyerswerda sprachen. Also, am Ende waren sie gezwungen, uns zu evakuieren, weil die Polizei in Hoyerswerda nicht in der Lage ist, uns zu beschützen. Warum? Wegen der Faschisten aus Dresden. Als die Faschisten aus Hoyerswerda mit der Polizei kämpften, riefen sie die Dresdner auf, ihnen zu helfen. Und es waren Vorbereitungen im Gange. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber ich hörte von 1.500, die versuchten, einen Zug zu organisieren. Als sie diese Information bekamen, beeilten sie sich, uns nach Meißen zu evakuieren. Dabei ist Meißen etwa 21 Kilometer von Dresden entfernt, Hoyerswerda 10 oder 16.

Die andere Sache ist: Als wir nach Meißen kamen, waren da keine Parolen gegen Ausländer. Aber als einige von uns am nächsten Tag in die Stadt fuhren, um etwas zu kaufen, sahen sie auf den Wänden die Inschriften "Ausländer raus". Das heißt, die wußten bereits, daß wir da waren. Aber warum nur hat die sächsische Regierung nicht darauf reagiert? Das ist völlig unbegreiflich. Ich weiß nicht, welche Ausländer bleiben dürfen und welche nicht. Aber am Ende wird es einen riesen Konflikt geben. Wir sind nicht die einzigen Ausländer. Wenn wir gehen, kein Problem. Aber die anderen...? Wenn die Regierung nichts gegen den anwachsenden Faschismus in diesem Land unternimmt, was wird dann am Ende passieren in Europa? Eine Frage für Historiker, für Philosophen? Es muß die Frage gestellt werden, warum sie nichts gegen diese Art von Problemen tun.




Hoyerswerda, 27.9.91

"Die Köpfe sind zu"

Das folgende Interview haben wir Ende Oktober mit einer Frau geführt, die in Hoyerswerda aufgewachsen und nach der sogenannten Wende von dort fortgezogen ist. Es gibt Einblick in das rassistische Klima in dieser Stadt - auch schon zu DDR-Zeiten - das schließlich zu den Pogromen gegen dort lebende ausländische ArbeiterInnen und Flüchtlinge im September dieses Jahres führte.

Du hast in Hoyerswerda einige Jahre gelebt und bist dann weggezogen. Wann war das und was kannst Du zu Hoyerswerda sagen?

Ich bin mit sieben Jahren nach H. gekommen, in so ein Neubauviertel rein, weil mein Vater auf der "Schwarzen Pumpe" gearbeitet hat. Die "Schwarze Pumpe" ist das nahegelegende Kraftwerk dort.
Für mich bestand H. erstmal nur aus irgendwelchen großen Häusern, also richtige Betonklötzer mit dazugehörigen Schulen usw. usf. in so'ner Beziehungslosigkeit.
Später habe ich mitgekriegt, daß das die Struktur von H. einfach mal ist: Daß aufgrund dieser Kraftwerke, die da rundherum waren, Arbeiter gebraucht wurden, die dann halt da hingezogen sind. Sie wurden so geworben, daß sie gleich eine Wohnung kriegen, wenn sie da hinziehen. Und so war natürlich auch das Bild: Z.B. in dem Haus wo ich wohnte, waren Leute aus Neubrandenburg, Dresden oder sonstwoher, von Überall, die überhaupt keine Beziehung zu der Stadt hatten. Man war halt zusammengewürfelt, weil die Eltern da gewohnt haben. So war überhaupt auch die ganze Mentalität der Hoyerswerdaer, daß sie da gearbeitet haben, vor allen Dingen in diesen Werken, nach Haus' kamen und entweder in Kneipen oder zu Hause rumhingen, mehr war da nicht gewesen. Da gab's halt ein Kino und eine Schwimmhalle in dieser Stadt und das war alles. Es gab auch außer dem Jugendklub keine weiteren Klubs. Pionierhaus noch, das war alles.

Diese Neubaustadt ist ja noch nicht so lange da...

Naja, diese extreme Neubaustadt - wann bin ich hingezogen? '72 - ist Anfang der achziger Jahre entstanden. Thomas- Müntzer-Straße, (Wohnkomplex 9), wo die Flüchtlinge wohnten, ist ca. '75 entstanden.
Albert-Schweizer-Straße, wo auch Überfälle waren, sind Anfang der achtziger entstanden. Ich glaub', daß war in den sechziger Jahren, wo man mit kleineren Häusern angefangen

hat, aber echt nur damit die Leute irgendwo wohnen können.

Wie war das mit den Arbeitern aus Mosambik und Angola, weißt Du seit wann die da waren und wie viele das waren?

Ich kann mich erinnern - ich kam vom Dorf - daß ich sofort damit konfrontiert war. Es waren z.B. Leute aus Polen dagewesen. "Zwischenbelegung" nannte sich das, das war beim WK5 (beim Klub). Das war auch für Montagearbeiter, mein Vater war da auch. Als erstes waren es, glaube ich, nur Polen gewesen.
Ich habe das so erlebt, daß keiner aufgeklärt wurde, warum die jetzt da sind. Es war meht so ein Klischee "alle Polen sind dreckig, saufen und huren rum, d.h. nehmen uns die Frauen weg". Ich weiß nur, daß meine Schwester nie zu einer Disko gehen durfte, weil irgendwelche Polen da waren. Mein Vater hat zwar mit den Leuten zusammengelebt, anfangs wo er bei der Montage war, aber er hat uns halt davor gewarnt.
Und dann kamen die Vietnamesen, da war noch eins drin im WK1, das ist richtig mitten drin, und weit ab, draußen in "Betonberg" (nannte sich das), also richtig weit ab von der Stadt, die waren total isoliert eigentlich. Ich ging da noch zur Schule bis 1980. Es wurde auch in der Schule nichts dazu gesagt. Die hatten einfach neue Fahrräder, waren neu eingekleidet von den Betreuern. Und später halt Mosambikaner, ganz viel, also manssiv.

Und sie haben dann auch in der "Schwarzen Pumpe" gearbeitet?

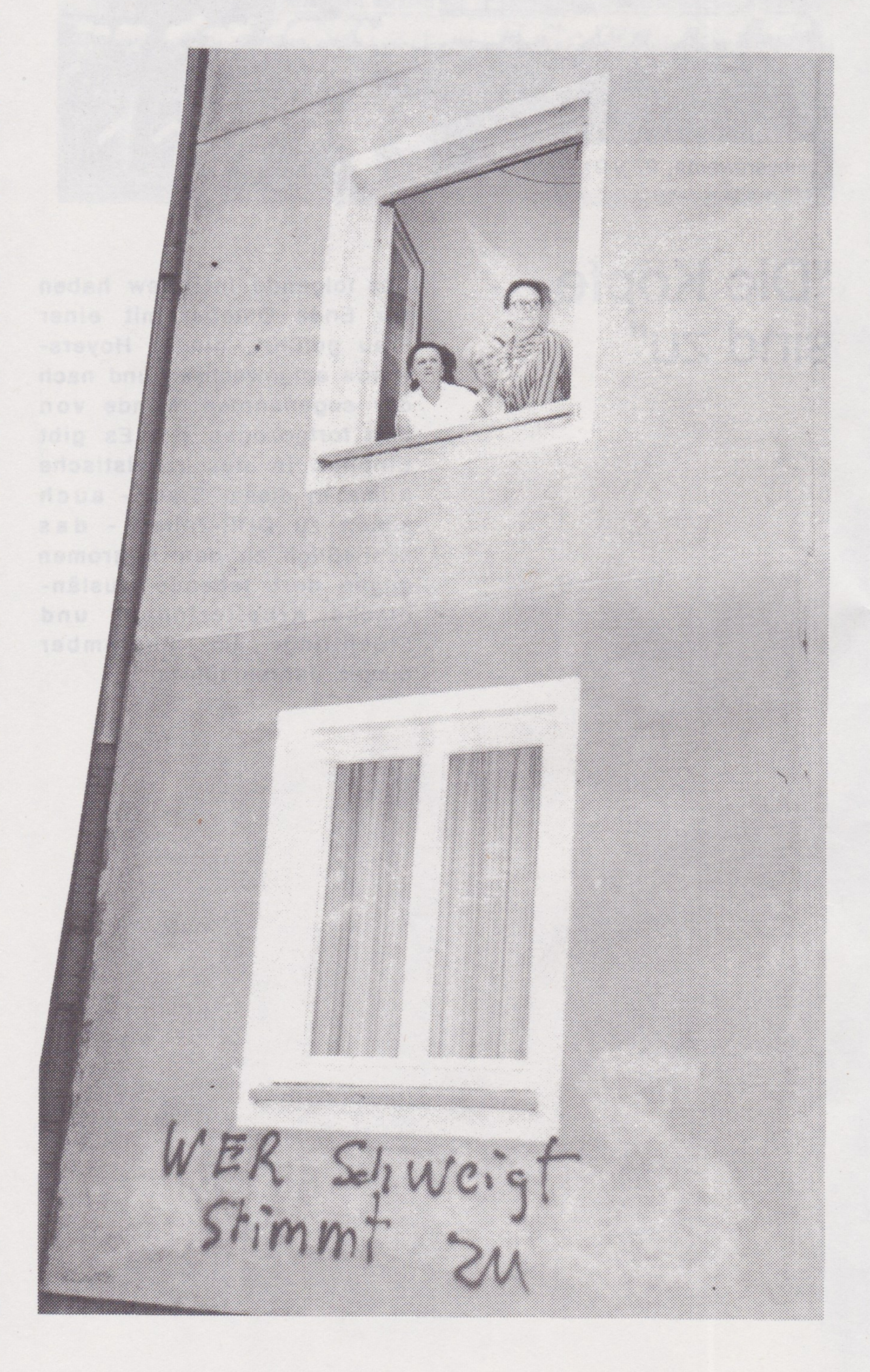
Ja, Schwarze Pumpe, Bocksberg, Welzow, überall in den ganzen Kraftwerken ringsherum.

Haben die Arbeiter aus Mosambik isoliert gewohnt?

Was heißt isoliert, das waren Häuser die im Wohnbezirk mit drin waren, aber es waren dann ganze Blöcke, wo jetzt nur Ausländer wohnten. Ein Block mit acht Eingängen, vier Stock hoch, das war dann so ein "Ausländerwohnheim", so nannte sich das.
Es gab auch Vietnamesen, die wohnten außerhalb der Stadt, aber die meisten drin. Und dann alle auf einem Haufen sozusagen.

Wie sah es mit Rassismus noch zu DDR-Zeiten aus?

Na sie durften z.B. nicht sagen, wieviel sie verdienten und dann kamen da so Gerüchte auf, wie: "Ja, die werden in Dollar bezahlt und die haben noch ein extra Konto laufen, die kriegen die Kost frei und die wohnen frei und wenn die mit den paar Jahren hier fertig sind, haben die 'n dickes Konto mit Dollar. Da gab's ein-



fach keine Aufklärung und die Leute waren zu DDR-Zeiten natürlich total unzufrieden, wenn sie zwar selber einigermaßen Geld hatten, aber Geld mit dem sie nichts anfangen konnten. Und wenn dann ein Mosambikaner so'n Tape hatte, von 'ner Westfirma noch dazu, dann wurde das eigentlich noch geschürt: Wieso geht das? Wieso haben die solche Sachen? Es wurde ziemlich viel damit gehandelt, technische Sachen und Klamotten. Unter Arbeitskollegen lief das dann ab. Ich hab mich dann auch mal erkundigt, daß das gar nicht so ist. Deshalb waren die Ausländer nie so integriert, nur halt was Geschäfte anging - solange sie die gemacht haben.

Na und dann noch die Wohnungsnot, das war ja sehr herb gewesen, da lebten zwei bis drei Familien in einer Wohnung und da kamen so Sachen wie "Wir haben keine Wohnungen und die belegen ganze Häuser." Du hast ja auch kaum 'ne Wohnung gekriegt, mußtest verheiratet sein und all solche Sachen um endlich mal 'ne größere Wohnung zu kriegen. Und das haben die Leute nicht mehr in eine Reihe gekriegt, warum so viele Gastarbeiter da sind und wir selber keine Wohnung mehr kriegen. Das war für viele der Aufhänger.

Wurde das zu DDR-Zeiten auch offen ausgesprochen?

Das lief mehr unterschwellig ab, das man es gehört hat in Kneipen oder bei Diskos...ne da gab's teilweise gleich was auf die Fresse. Die hatten nicht die gleichen Rechte... Wenn z.B. ein Mosambikaner eine Frau zum Tanzen angemacht hatte, da war es normal, wenn ein Deutscher dann hinging und ihm eine gehauen hat.

Wenn in dieser Stadt ne Frau ein Kind hatte mit einem Mosambikaner, dann hatte sich das für sie erledigt. An offiziellen Stellen hat sich niemand gewagt, was dazu zu sagen, es war ja eine sozialistische Hilfe.

Gab es denn, z.B. im Jugendklub, gemeinsame Aktivitäten mit den Leuten aus Mosambik und Angola?

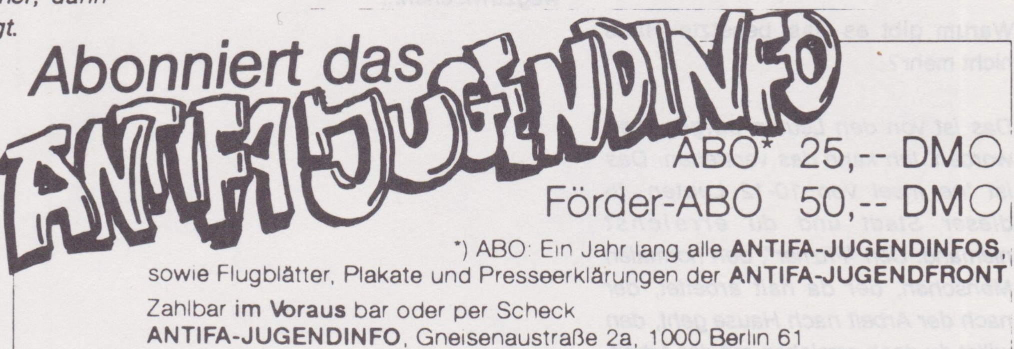
Die Leute, die im Jugendklub drin waren, waren sich schon darüber im klaren, daß es Mosambikaner in der Stadt gibt und daß das o.k. ist. Und wie ich das in der letzten Zeit mitgekriegt habe, waren Mosambikaner regelmäßig zu Veranstaltungen dagewesen und wurden auch angenommen von uns. Dann habe ich einen Abend erlebt, da hab ich schon in Berlin gelebt und war durch Zufall da, einen afrikanischen Abend, mit 'ner Band und Essen...das war wunderschön gewesen. Das wurde von den Mosambikanern gestaltet. Wenn du das in der Relation siehst zu der Stadt H., dann waren nur die gleichen Leute dagewesen an Deutschen, es waren wenig andere Leute da. Also, ich glaube schon, daß sie in den Klub integriert waren und daß sie sich wohl gefühlt haben, mehr oder weniger.

An sonsten lief das, das war noch vor`86 - glaube ich - das lief noch über die Kirche, da war ein Sozialdiakon in der Stadt, der die Kirche für seine Jugendarbeit genutzt hat, da hatte er ein Dach über den Kopf gehabt. Und da konnte er, was damals sonst ja gar nicht möglich war, mit den Leuten von der Straße arbeiten. Da kamen auch wirklich viele Leute hin, eben auch Mosambikaner. Die hatte er selber angesprochen, wenn er sie mal bei einem Fest oder so gesehen hat, ob sie nicht mal Lust hätten, da hinzukommen. Das waren so die ersten Anfänge, daß man da irgendwo zusammenkam, wo die Jugendlichen, die da waren, verschieden reagiert haben. Es waren natürlich nicht alle so davon angetan. Das lief also alles mit dieser kleinen Gruppe im Jugendklub oder im kirchlichen Rahmen, ansonsten gab es ganz, ganz wenig privaten Kontakt. Es war ja auch mal so, daß den Mosambikanern und Ausländern die Möglichkeit genommen wurde sich wohl zu fühlen oder sich da zu entwickeln. Ich hab da auch mit Leuten geredet, die haben gesagt, sie gehen nicht alleine weg, weil sie Angst haben, daß sie angepöbelt werden. Ich hatte da auch einen Bekannten und da stand dann ständig an meiner Tür: "Negerschlampe" oder irgendwelche Ausdrücke, die die Leute aus dem Haus mir auf den Zettel geschrieben hatten. Die haben sich dann sofort abgewendet von dir.

In Spremberg, das ist eine nahe gelegene Stadt, existierte etwa 88, 89 ein Arbeitskreis gegen Rassismus. Es gab so Ideen von "Begegnungskneipen", die aber nie umgesetzt wurden. Das hat sich dann Ende 89 eh aufgelöst, es sind Leute auch ausgereist und so.

Es gab ja ein besetztes Haus in H. Wer machte das? Kannst Du dazu was sagen?

Das war die Gruppe "Arbeitskreis für Umwelt und Frieden", wo ich mit drin war. Das sind auch Leute, die mit da im Klub waren. Es waren, wenn es hoch kam, zehn Leute. Sechs oder sieben sind ins Haus gezogen. Der Arbeitskreis war unter dem Dach der Kirche, obwohl es da auch Streitigkeiten gab. Da ging es um Umweltprobleme und auch Rassismusprobleme in der Stadt. Es gab eine



Zeitung, die wurde von der Kirche gedruckt. Ich hatte dann mal einen Artikel geschrieben über Rassismus in der Stadt. Der Katechet hatte ein Vetorecht gehabt, damit wir diese Zeitung erst drucken dürfen und der hat sofort abgeblockt, was ich mir einbilde und so etwas gibt es doch gar nicht und ich wiegel nur die Leute auf.
Die Besetzung ging auch von dem Arbeitskreis aus, weil die Leute keine Räume für den Arbeitskreis und keine Wohnungen hatten. Ich glaube, es gab nur einen der eine Wohnung hatte.
Es war ein sehr offenes Haus. Das war aber alles nach `89, wo dann auch öffentlich irgendwelche faschistischen Angriffe da waren, womit die Leute überhaupt nicht umgehen konnten.

Sind Nazis vor `89 offen aufgetreten?

Vor `89 nicht. Danach war dann diese Orientierunglosigkeit und da haben viele Leute den Bogen überspannt, wer nun woran Schuld ist. Das war so'n Ding. "Jetzt haben wir was, wo wir unsere Wut loslassen können" und es ist ja auch eine Orientierung in 'ne Richtung. Und da gibt es den "Kastanienhof", so nennt sich diese Kneipe da, wo die sich treffen, quatschen und eben auch das Haus angegriffen haben.

Hast Du mitbekommen, daß sich die Nazis da organisiert haben?

Nee, habe ich nicht mitgekriegt. Ich hab dann ja auch nicht mehr da gelebt. Aber es hatte sich so rauskristalisiert, daß es den Jugendklub gab, der war mehr links, und es gab den Einstein-Klub, der ist faschomäßig drauf.

Warum gibt es das besetzte Haus nicht mehr?

Das ist von den Leuten aufgegeben worden. Ich kann das verstehen. Das ist 'ne Insel von 10-12 Leuten in dieser Stadt und du erreichst niemand. Den "Fitzner", den normalen Menschen, der da halt arbeitet, der nach der Arbeit nach Hause geht, den willst du doch erreichen mit der Arbeit, die du machst. Und den erreichst du niemals, weil er dich ignoriert. Wir haben ja versucht Umwelt- und Friedenspolitik zu machen. Aber die Köpfe sind zu in dieser Stadt. Nach und nach sind die Leute weggegangen, aus der Stadt raus, jetzt sind vielleicht noch drei Leute da.

Was war deine Reaktion auf die Ausschreitungen in H.? Wie erklärst du sie?

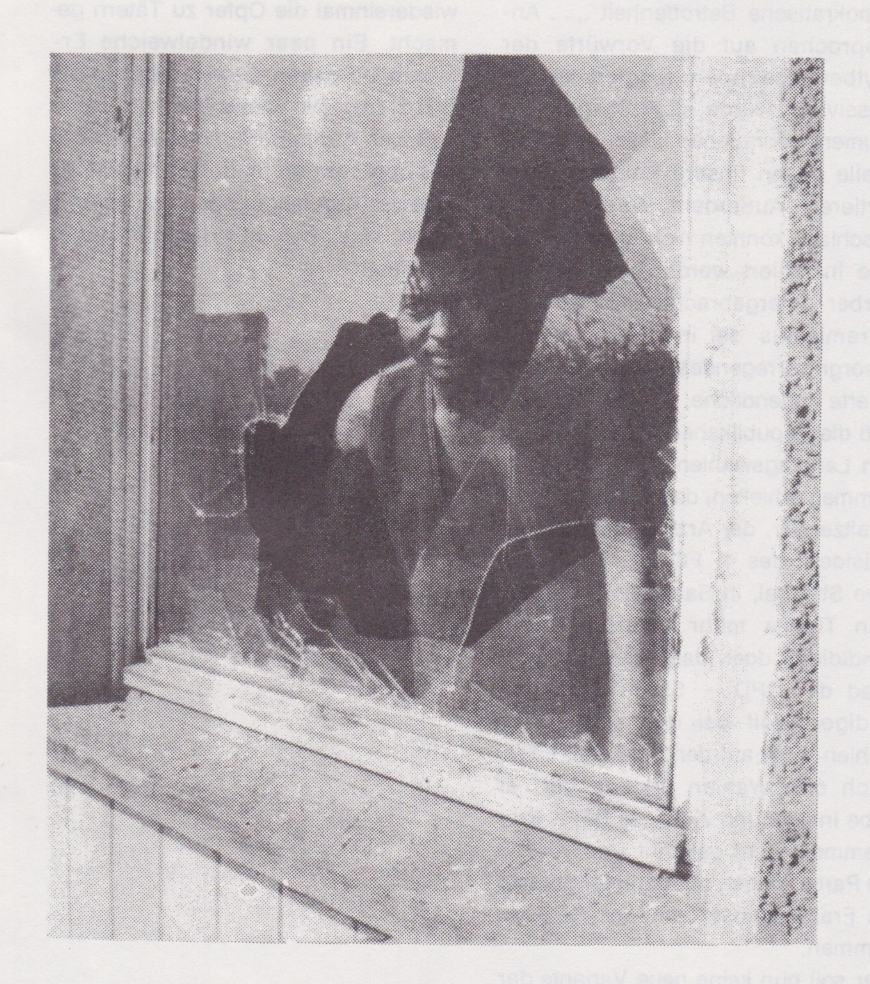
Ich habe das aus dem Radio mitbekommen. Ich konnte mir total vorstellen, was da abläuft. Die Ohnmacht von den Ausländern der Bevölkerung gegenüber und auch die Ohnmacht der Freunde, die Angst hatten, was zu tun. Ich kann das verstehen, daß sie Angst hatten, weil sie total eingeschüchtert sind. Der größte Teil der Bevölkerung da hatte schon immer was gegen Ausländer gehabt, aber sich nicht getraut das auszusprechen oder was zu machen. Es hat mich auch nicht "erschreckt", daß die Bevölkerung da "Hurra" ruft und "endlich tut mal jemand was". Ich war unheimlich erschüttert und konnte mir es vorstellen, weil es sehr bezeichnend für die Mentalität ist. 'Ne Freundin kam nach der Demo nach Berlin und meinte, daß sie sehr froh war, daß die Leute aus Berlin nach H. kamen, sie war aber hin und her gerissen und hatte Angst: "Die fahren jetzt wieder und ich bleibe in dieser Stadt." Sie hat sich dann nicht mehr getraut auf die Straße zu gehen, weil sie Angst hatte angegriffen zu werden und dann hilflos zu sein. Und jetzt gehen alle auch mit einem unguten Gefühl in den Laden, d.h. in den Klub.
Ein Freund hat mir auch erzählt, daß sie nach der Demo versucht haben die Parolen der Linken aus Berlin wegzuwischen...

Die Bevölkerung?

Nee, die Stadtreinigung, ABM-Maßnahmen. Die wurden beauftragt, das wegzumachen, aber das Hakenkreuz daneben blieb. Das waren ganz normale Arbeiter und die sollten die Parolen wegmachen, das Hakenkreuz blieb aber.

Saarlouis - ein Stück "Volksgemeinschaft"

Der Pressesprecher im saarländischen Innenministerium - Bernd Rauls (SPD) - interpretiert den Anschlag in Saarlouis als "tragischen Zufall, der das Saarland in die Schlagzeilen rückt". Es könne keine Rede davon sein, daß das Saarland eine Hochburg des Rechtsextremismus sei. Als Verantwortliche für die rassistischen Übergriffe macht er unzufriedene Jugendliche aus. "Eine politische, also rechtsradikale Ideologie sei bei diesen Jugendlichen wohl nicht zu vermuten, so Rauls." (Saarbrücker Zeitung vom 9.10.91).



Am 19. September - an dem übrigens auch Oskar Lafontaine seinen "12 Punkte - Plan zur Lösung der Asyl - Problematik" in einem Interview mit der BILD - Zeitung vorstellte - wurden im Nordwesten des Saarlands, im Landkreis Saarlouis, zwei Brandanschläge auf Flüchtlingswohnheime verübt: in Saarwellingen und in Saarlouis - Fraulautern. Während in Saarwellingen "nur" erheblicher Sachschaden entstand, starb in Fraulautern ein Mensch in den Flammen: der 27 jährige Ghanaer Samuel Kofi Yeboah. Zwei Nigerianer, die nur durch einen Sprung aus dem Fenster ihr Leben retten konnten, wurden schwer verletzt.

Dieses Ereignis markiert sicher einen Höhepunkt in der Eskalation eines augenscheinlich hemmungslosen rassistischen Gewaltpotentials, stellt aber an sich weder eine Ausnahme noch einen Zufall dar. Die neofaschistische Szene im Saarland ist besonders im südlichen Landesteil relativ stark entwickelt 1). Schon im letzten Jahr haben mehrere Anschläge stattgefunden, die den Satz von der Täterschaft einiger "frustrierter Jugendlicher" ins Reich der Legenden und Chimären verweisen sollten: So konnte 1990 ein Bombenanschlag auf das Büro der Linken Liste/PDS in Saarbrücken in letzter Minute verhindert werden. Bei einer Veranstaltung des Friedensforums Saarlouis ("Den Nationalismus überwinden") detonierte dann eine Bombe, die allerdings glücklicherweise nur Beleuchtung und Elektroanlagen beschädigte. Anschläge und Überfälle auf Flüchtlinge und MigrantInnen, derzeit "reichsweit Volkssport" im neuen Deutschland, waren und sind auch im Saarland an der Tagesordnung:

- Am 30. September überfallen abends gegen 22 Uhr etwa 10 vermummte Personen im Saarbrücker Stadtteil Jägersfreude ein Flüchtlingswohnheim und verwüsten mit Knüppeln und Eisenstangen eine Wohnung.

1) Vgl. Rechtsextremismus im Saarland. Hrg. vom ID - Archiv im IISG, Amsterdam 1990

- In der Nacht vom 28. auf den 29. September werden in Völklingen die Reifen von Autos zerstochen, die sämtich AusländerInnen gehören.
- Am Sonntag, den 6. Oktober, werden in der Saarbrücker Innenstadt zwei Kameruner von einer Gruppe Skins mit einem Messer bedroht. Sie wollen in einen Linienbus flüchten, der an der Haltestelle wartet, doch der Busfahrer läßt die Tür verschlossen.
- Am Abend des 9. Oktober versammeln sich in Ottweiler etwa 60 Skins in der Nähe eines Flüchtlingswohnheims. Zu einem Überfall kommt es allerdings - möglicherweise wegen ausnahmsweise relativ schneller Polizeipräsenz - nicht.
- Am selben Tag wird ein Wohnheim in Saarbrücken - Altenkesse überfallen, wobei Sachschaden entsteht.

Dies waren nicht die einzigen, nicht die ersten und voraussichtlich nicht die letzten Übergriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen im Saarland. Was bei solchen Nachrichten schon gar nicht mehr beachtet wird, das ist der alltägliche Rassismus, die Mischung aus Schikanen und Anmache, die Flüchtlingen und ImmigrantInnen das Leben zur Hölle macht.
Die BewohnerInnen des Hauses in Saarlouis, die inzwischen in einer anderen Unterkunft leben, haben bald nach dem Anschlag Vorwürfe an Polizei und Behörden gerichtet, die bisher nicht beachtet wurden. Die Polizei sei sehr spät eingetroffen, habe zuerst nichts unternommen und erst als zu erkennen war, daß hier offenbar Lebensgefahr besteht, die Feuerwehr alarmiert. Die Sicherheitsvorkehrungen in dem Haus seien zudem unzureichend gewesen: So hätten sie die Vordertür nicht einmal abschließen können. In dem neuen Haus gibt es keine Rolläden, nicht ausreichend Feuerlöscher und nicht einmal ein Telefon....

Reaktionen

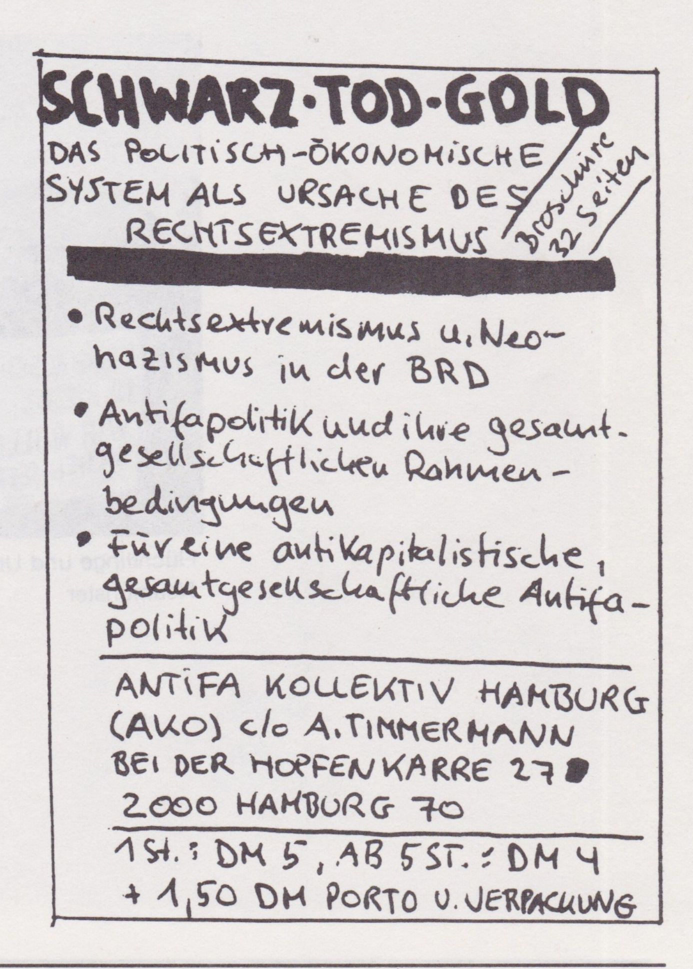
Am Samstag nach dem Anschlag organisierten autonome Gruppen, Antifas, 3. Welt- und Friedensgruppen in Saarlouis einen Trauer- und Protestmarsch, an dem sich mehrere hundert Menschen beteiligten. Die Reaktionen der Bevölkerung reichten von vereinzelter Zustimmung über Desinteresse und stillscheigende Ablehnung bis hin zu offener Aggressivität ("Woher wißt ihr denn, daß das Deutsche waren?). Von den Parteien war nichts zu hören, bis auf DIE GRÜNEN, deren Vertreter das grüne Projekt Einwanderungsgesetz als anti rassistisches Programm verkaufen wollte, aber erfreulicher-weise daran gehindert wurden. Der Saarlouiser Oberbürgermeiser, Richard Nospers (SPD) zeigte sich in einem Interview für den "Offenen Kanal" zutiefst betroffen. Ein solcher Anschlag würde dem Bild widersprechen, das die Stadt Saarlouis in der Öffentlichkeit von sich zeichne. Zahlreiche Städtepartnerschaften würden zeigen, daß Saarlouis sich im Umgang miit ausländischen Mitbürgernder Toleranz verpflichtet fühle.
Soviel zum Thema sozialdemokratische Betroffenheit .... . Angesprochen auf die Vorwürfe der AsylbewerberInnen reagiert er aggressiv: Er würde sich nicht als Instrument gebrauchen lassen, um Vorurteile gegen unsere Polizei zu kolportieren. Außerdem: Wegen eines Anschlags könnten nicht überall Telefone installiert werden, wo Asylbewerber untergebracht sind. Rechtsextremismus sei in der Stadt kein besorgniserregendes Phänomen: frustrierte Jugendliche, usw.
Daß die Republikaner in Saarlouis bei den Landtagswahlen 1990 12 % der Stimmen erhielten, daß deren Landesvorsitzender, der Arzt und ehemalige Präsident des 1. FC Saarbrücken, Uwe Strassel, in Saarlouis lebt: alles kein Thema mehr. Warum auch, kandidierte doch das ehemalige Mitglied der SPD - Stadtratsfraktion Rüdiger Wolf bei den Kommunalwahlen 1989 auf der Liste der REP's. Nach den Wahlen erklärte der, er habe Inhalte und Ziele des REP - Programmes nicht gekannt und verließ die Partei wieder, um dann im Stadtrat als Fraktionsloser mit der SPD zu stimmen.
Hier soll nun keine neue Variante der Sozialfaschismustheorie aufgetischt werden. Vielmehr geht es darum, wie sich die deutsche Sozialdemokratie angesichts eines wachsenden Rechtsextremismus und inzwischen einer zunehmenden Pogromstimmung in der Bevölkerung verhält. Und hier drängen sich in der Tat historische Traditionslinien auf: Das Verharmlosen, Beschwichtigen, Verschweigen und Verdrängen hat in der Geschichte dieser Partei eine ebenso lange Geschichte, wie die Repressivität gegen links.
Das Verhalten der sog. demokratischen Parteien angesichts der Übergriffe macht deutlich, daß die Entwicklung antinationaler und anti - rassistischer Politik in diesem Land immer weniger mit Bündnispartnern aus dem Parteienspektrum rechnen kann. In der Asyldebatte der letzten Monate, die jetzt offenbar zur Erstellung bundesweiter Abschreckungskataloge für Asyl-bewerberInnen führt (Sammellager/-Naturalien statt Sozialhilfe/Verkürzung der Verfahren-/schnelle Abschiebungen), wurden wiedereinmal die Opfer zu Tätern gemacht. Ein paar windelweiche Erklärungen gegen Gewalt, aber in der Substanz: Die Gewalttaten zeigen, daß der Asylmißbrauch jetzt endlich gestoppt werden muß. Der Angriff als weiteres Argument gegen die Opfer.
Auch das hat in diesem Land Tradition.

Unter der Überschrift *"Skandal um Greifswalder Polizei"* schrieb die "Berliner Zeitung" am 6.11.91:
Der jüngsteÜberfall von 200 Berliner Hoologans auf Asylbewerber in Greifswald nach einem Fußballspiel am Wochenende beschäftigte auch gestern die Gemüter. Inzwischen entbrannte ein Streit zwischen der Berliner Polizei und den Greifswalder Kollegen.
Die für Sporteinsätze zuständige Stelle der Berliner Polizei erhob schwere Vorwürfe gegen die Kollegen vor Ort. Die Polizei in Greifswald habe die drei Busse mit den Fußballfans auf einen Parkplatz gegenüber dem Asylantenheim dirigiert, "obwohl wir vor der Gewaltbereitschaft der aus Berlin angereisten Rowdies gewarnt hatten", erklärte Abteilungsleiter Jörg Kramer gestern in Berlin. ...
Die Berliner Polizei kritisierte gestern weiter, die Greifswalder Kollegen und die Lagezentrale des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern seien bereits am Donnerstag mit einem Fernschreiben vor den gewaltbereiten "Fans" des FC Berlin gewarnt worden...

Dank der Unterstützung, vor allem aus der Hamburger Antifa-Szene, konnten die Flüchtlinge nach dem Angriff auf ihr Heim zunächst Unterschlupf in einer Kirchengemeinde in Norderstedt (Schleswig-Holstein) finden. Doch statt einer Diskussion über das Verhalten der Greifswalder Polizei, statt der Suche nach einer sicheren, menschenwürdigen Unterkunft geganneb die verantwortlichen Politiker mit einer Kampagne gegen die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen:
Für Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Georg Diderich lauert die Gefahr links. Autonome und Linksradikale wollen sich als Beschützer von Asylbewerbern aufspielen "um daraus Publicity zu schlagen", so der Minister gestern vor der Presse. "Die Asylbewerber sind unserer Fürsorge gewaltsam entzogen worden". ... Strafanzeige wegen des Verstoßes gegen das Asylverfahrensgesetz hat der Innenminister gegen Unbekannt schon gestellt. Jetzt läßt er eine mögliche Anzeige gegen den "harten Kern" der Ausländer und gegen die Unterstützer wegen Nötigung prüfen. (taz vom 17.11.91)

Der Sozialminister von Schleswig-Holstein Jansen (SPD) unterstützte seinen CDU-Kollegen Diderich, indem er die Rückkehr der Flüchtlinge nach Greifswald verlangte und versucht





Kriminalisierung der Opfer und ihrer UnterstützerInnen

Nachdem die Krokoldilstränen um die Überfälle in Hoyerswerda vergossen sind, gehen die Parteien des Bonner Parlaments daran, ihre Pläne zur Asylpolitik weiter zu diskutieren und voranzutreiben. Über die Einrichtung von Sammellagern und die Verkürzung des Asylverfahrens sind sich die beiden großen Parteien, CDU und SPD, schon einig. Daß die feierlichen Erklärungen des Parlaments nur der Beruhigung der Öffentlichkeit, vor allem im Ausland, dienten, haben die Politiker mit ihrer Reaktion auf die Flucht von 60 Asylbewerbern aus Greifswald deutlich gemacht.

sie, gegen den Willen der Betroffenen, durchzusetzen. Im Wege stehen ihm dabei die Menschen und Initiativen, die durch praktische Solidarität und durch ihre Arbeit die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Vorkommnisse und die Politik der Behörden informieren.

Die Kampagne "Der Welt"

Bereits am 4 und 6.11.91 hatte "Die Welt" in zwei Artikeln eine Kampagne gegen die "Autonomen" begonnen, die sie als harten Kern der UnterstützerInnen ausmachte. Sie sollen in eine terroristische und kriminelle Ecke gestellt werden. Der Artikel vom 4.11. erschien unter der Überschrift: *"Linksextreme diskutieren ihre Strategie-Pläne. Aufbau eines sogenannten politisch-militärischen Kerns"*, und am 6.11 schrieb "Die Welt" unter der Schlagzeile *"Angriffe gegen die polizeiliche Kontrolle": Die "Betreuung" der Greifswalder Asylbewerber durch die linksextreme Szene ist kein Zufallsprodukt: Die ʃesetzung des Themas Flüchtlinge/Asyl wird in der Szene seit mindestens fünf bis sechs Jahren verfolgt. Bereits im Herbst 1986 lagen hierzu unter anderem klar durchdachte Aktionsstrategien der terroristischen revolutionären Zellen (RZ) vor. ...*



Flüchtlinge und UnterstützerInnen in Neumünster

Nach dieser RZ-Strategie sollten Anschläge mit Aktionen des breiteren Spektrums - unter anderem "Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen (Unterbringung, Papiere", "Aktionen gegen Abschiebung von Flüchtlingen", "Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen", etc - gekoppelt werden. Überlappungen mit nahöstlichen Terrororganisationen wie der PFLP waren bei diesen Aktivitäten deutlich erkennbar".

Einen Beweis für die vorgebrachten Behauptungen konnte "Die Welt" natürlich nicht antreten. Mit der Mischung von Zitaten, Behauptungen und Spekulationen verfolgen die Presse und die Politiker, die diese Kampagne betreiben, zwei Ziele:

1. Mit der Unterbringung der Flüchtlinge in Sammellagern, durch eine Verkürzung des Asylverfahrens (schnellere Abschiebungen) sollen die behördlichen Kontrollen und die polizeiliche Aufsicht perfektioniert werden. Der Kreis von UnterstützerInnen und SympathisantInnen der Flüchtlinge stört bei diesen Plänen, er soll ausgeschaltet werden.

2. Mit der Kriminalisierung der "Autonomen" trifft man diejenigen, die trotz des Zerfalls des sozialistischen Lagers und vieler linker Organisationen in der BRD, noch bereit sind, Widerstand zu leisten.

Die Ereignisse von Greifswald sind für uns ein weiterer Beweis dafür, daß wir die Bekämpfung des Rassismus und die "Betreuung" von Flüchtlingen nicht den Behörden und den etablierten Parteien überlassen dürfen. Mit der Gleichsetzung von rechter und linker Gewalt, von rassistischen Angriffen und Gegenwehr, werden Täter und Opfer auf die gleiche Stufe gestellt.Die politische Auseinandersetzung über Inhalt und Form antirassistischer und antifa-schistischer Arbeit sollten wir so führen, daß dieser Gleich-setzung kein Vorschub geleistet wird. Nur dann können die verschiedensten Initia-tiven, Gruppen und Organisationen zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit finden.

Das Anti-Rassistische Zentrum in Berlin



Der folgende Artikel dokumentiert ein Gespräch mit Deutschen aus dem Anti-Rassistischen Zentrum. Dieses Projekt begann als eine Art humanitäre Soforthilfe. Mittlerweile ist es immer mehr zu einem Versuch geworden, Deutsche und Flüchtlinge in praktischer Solidarität von unten zusammenzubringen. Den Deutschen ist klar, daß sie hier nur helfen können, damit eine unabhängige Flüchtlingsbeyewegung entstehen kann. Aus der Zusammenarbeit zwischen Flüchtlingen und deutschen Linken ist die Idee geboren, hierfür ein Zentrum zu schaffen, das An-laufpunkt ist, das für den Übergang bis zu einer besseren Lösung Unterkunft sein kann, das Raum bietet für Aktivitäten, Unterricht, Beratungen usw. Der Kampf um nutzbare Räume steht dabei zunächst an erster Stelle.

Hektisches Treiben im Mathe-Gebäude der Technischen Universität Berlin: Türen gehen auf und zu, Flüchtlinge und deutsche UnterstützerInnen suchen, fragen, organisieren. Wir befinden uns im *Anti-Rassistischen Zentrum*, einem Projekt, in dem zur Zeit ca. 50-70 Menschen leben, die vor rassistischen Überfällen Schutz suchen. Hektik ist hier zwar normal, aber heute ist es besonders schlimm. Die Leitung der Uni will die Flüchtlinge aus dem besetzten Trakt des Mathe-Gebäudes raus haben. Räumen will man allerdings scheinbar nicht. Zum nächsten Tag läuft ein Ultimatum aus; die Uni-Leitung will die Flüchtlinge in ein ehemaliges Kita-Gebäude verlegen. Das ARZ hat prinzipiell nichts dagegen, die Räume zu verlassen und wieder für den Uni-Betrieb freizumachen, das Kita-Gebäude reicht allerdings nicht einmal für die Unterbringung der Menschen, geschweige denn für darüber hinaus gehende Aktivitäten. Am nächsten Tag werden viele der Flüchtlinge einen Hungerstreik beginnen.

"Wir waren nicht gerade begeistert davon, die meisten von ihnen sind nicht gerade gesund," sagt Luise von der UnterstützerInnen-Gruppe *"aber sie wollen selber etwas machen, um ihre Situation zu verbessern."* Das wertet sie als einen der großen Erfolge des Zentrums: Die Flüchtlinge haben die ihnen aufgezwungene Passivität überwunden, sie wollen nicht mehr abwarten, was über sie entschieden wird, sondern ihre Situation selber verbessern, vor allem aber die Situation von Flüchtlingen überhaupt.

"Die Flüchtlinge würden in diesem Provisorium bleiben. Es geht ihnen nicht um persönlichen Komfort, sondern um einen politischen Kampf, mit anderen Flüchtlingen zusammen." Luise und Heinrich haben sich eher widerwillig zu diesem Gespräch bereit gefunden. Ein Gespräch mit einem Flüchtling hätten sie besser gefunden.

Zu Anfang hatten sich die Deutschen UnterstützerInnen noch als "BetreuerInnen-Gruppe" bezeichnet. *"Sie brachten uns sowas wie hilflose Dankbarkeit entgegen."* Das meiste wurde von Deutschen organisiert und bestimmt. Aber nachdem die Isolierung überwunden ist, nehmen die Flüchtlinge immer in die eigene Hand, formulieren ihre Forderungen selbst.

Kein alternatives Flüchtlingsheim

Angefangen hatte alles damit, daß nach den Überfällen in den Neuen Bundesländern viele Menschen vor drohenden oder bereits erfolgten Angriffen in Gruppen oder einzeln nach Berlin gekommen waren. Zum Teil privat, zum Teil in Kirchen versteckt, wurde bald deutlich, daß für die im doppelten Sinne Geflohenen ein Zentrum geschaffen werden mußte, in dem sie gemeinsam und sicher ihre "Legalisierung" erreichen können. So wurde beschlossen ein öffentliches Gebäude zu besetzen. Einige der Flüchtlinge wollten auch nicht der Aufforderung der Behörden nachkommen, sich in die EX-DDR verlegen zu lassen, wo sie den Angriffen von Rassisten viel schutzloser ausgeliefert sind, wo die Isolierung größer ist und die Möglichkeit geringer, der der deprimierenden Tristesse der "Heime" zu entkommen als in Berlin.

Inzwischen sind Menschen aus Rumänien, Bulgarien, Bangla Desh, Nepal, Pakistan, Guinea, Kurdistan, Äthiopien, Libanon, dem Iran und Palästinenser im ARZ.

"Wir sind kein alternatives Flüchtlingsheim." sagt Heinrich. Das ARZ, die Deutschen im ARZ wollen die äußeren Bedingungen ermöglichen, die nötig sind, damit die Flüchtlinge ihren oft geäußerten Wunsch nach einer gemeinsamen, unabhängigen

politischen und kulturellen Arbeit verwirklichen können. *"Die Flüchtlinge wollen selber etwas machen"* wiederholt Luise, und sie zählt die Probleme auf, bei deren Überwindung die UnterstützerInnen meinen, helfen zu können: Probleme mit Behörden, Ärzten, das Problem, daß diese Menschen sich in der politischen Landschaft Deutschlands kaum auskennen, und so nicht wissen, an wen sie sich zur Durchsetzung ihrer Forderungen wenden können. Eine bundesweite Organisierung wird von mehreren Gruppen in der BRD diskutiert, kann aber vom Anti-Rassistischen Zentrum nicht geleistet werden. *"Viele glauben, daß wir diese Bedingungen bereits geschaffen haben. Es sind uns sogar Menschen aus Bayern hergeschickt worden. Ein Anti-Rassistisches Zentrum, das auch bundesweit genutzt werden kann, muß sicher unser Ziel sein. Im Moment sind wir aber ohnehin überlastet."* sagt Luise.

Die weitere Perspektive von "Flüchtlingsarbeit" muß in der gesamten Linken diskutiert werden.

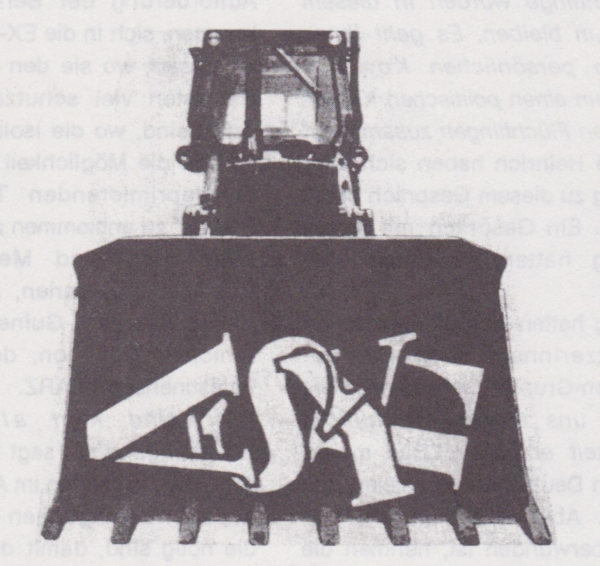
Um das Selbstverständnis und die Forderungen des Anti-Rassistischen Zentrums noch einmal deutlich zu machen, zitieren wir aus ihrem Flugblatt:

"Zum einen wollen wir mit der Besetzung die dringend notwendige Koordination bisheriger und zukünftiger antirassistischer und antifaschistischer Arbeit aller Art vorantreiben. Die Anlaufstelle schafft die Möglichkeit, schon vorhandene Ansätze antirassistischer Arbeit zu bündeln und dien Widerstand gegen die rassistische Asylpolitik zu forcieren. (...)

Zum Anderen wollen wir den Flüchtlingen, die sich entgegen den behördlichen Weisungen entschieden haben, in Berlin zu bleiben oder nach Berlin zu kommen, vorübergehend eine sichere Unterbringung anbieten."



Flüchtlinge im Hungerstreik



Mitarbeit erwünscht

Die Möglichkeiten, das Anti-Rassistische Zentrum zu unterstützen, sind vielrfältig: Spenden (Antirassistische Initiative e.V., Bank f. Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Kto.-Nr. 303 96 00 - Stichwort Bleiberecht), Briefe an die Uni-Leitung und den Innensenat (mit Kopie ans ARZ), Matratzen, Decken, Stadt-pläne, BVG-Umweltkarten, Sprach-Lehrbücher aller Sprachen, Klamotten und was Euch sonst noch so einfällt. Soli-Erklärungen sind immer gern gesehen, auch sollen andere Gruppen ruhig in eigenen Veröffentlichungen auf das ARZ bezugnehmen.

"Wir schrecken vielleicht viele auf den ersten Blick ab und sind auch oft etwas grantig. Aber wir brauchen nix nötiger, als aktive Mitarbeit." Z.B. von Ärzten und PflegerInnen, in Sprachunterricht, zum dolmetschen, zur Kinderbetreuung, Leute, die bei drohender Räumung da sind...

Erreichbar ist das Zentrum zur Zeit im AStA der TU, Marchstr.6, 1-Bln.-10, Tel.: 31421041

Mahnwachen vor Flüchtlingsheimen - ein Beispiel

In der Woche nach den Vorfällen von Hoyerswerda rief die Liga für Menschenrechte dazu auf, überall in Berlin Mahnwachen vor Flüchtlingsheimem zu organisieren.
Ziel dieser Aktion ist es, den Flüchtlingen unsere Solidarität zu zeigen und eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, die Übergriffe unmöglich machen sollen.

Seit sechs Wochen stehen wir deshalb mit ca. 15 Personen einmal wöchentlich vor einem Flüchtlingsheim der AWO. Wir, das heißt SchülerInnen, LehrerInnen und Mitglieder der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Schlechte Erfahrung müssen wir dabei immer wieder mit der Polizei machen, die jedesmal zur Stelle ist, einmal sogar mit einem Aufgebot von zwei Mannschaftswagen.

Seit Wochen läßt die Polzei verlautbaren, daß sie mit dem Schutz der Heime personell überfordert ist, in unserem Fall ist sie jedoch jedesmal sofort da, angeblich, um uns zu schützen.
Das Ergebnis ihrer Anwesenheit war bisher, daß gegen ein Mitglied der Mahnwache ein Ermittlungsverfahren wegen "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" eingeleitet wurde, obwohl die Polizei uns vorher mitteilte, daß eine Anmeldung der Aktion nicht notwendig sei.
Wie schon so oft, sucht die Polizei die Verbrecher auf der Seite der Linken, während Faschisten unbehelligt ihren Terror gegen EmigrantInnen fortsetzen können.

Schwierig ist auch der Kontakt zur Heimleitung, die uns von Anfang an sehr mißtrauisch gegenüber steht.
Ihre Strategie ist es, in der Nachbarschaft möglichst unbemerkt zu bleiben. Uns werfen sie vor, wir würden erst auf das Heim aufmerksam machen, und so evt. Fascho-Gruppen anlocken.

Aber ihr Mißtrauen gegen uns geht noch weiter, denn auch bei anderern Aktivitäten versuchen sie, uns Steine in den Weg zu legen:
Wollen SchülerInnen mit den Kindern des Heimes in ihrer Schule ein Fest organisieren, heißt es, daß die Kinder das Heim nicht verlassen dürften; wollen sie es im Heim organisieren, gibt es dafür angeblich keine Räumlichkeiten; wollen die SchülerInnen mit den Kindern Schlittschuhlaufen gehen, soll das auch nicht gehen, weil die Verantwortlichkeiten und damit die Versicherung der Kinder nicht geklärt sei.
Inzwischen sind wir soweit, daß wir keine Lust mehr haben, mit der Heimleitung zu verhandeln, die die Flüchtlinge wie unmündige Lagerinsassen behandelt.
Die BewohnerInnen des Heimes betonen oft, daß sie es gut finden, daß wir kommen, besonders die Kinder freuen sich über die Abwechslung und stellen sich mit uns vor das Heim oder fangen an, mit uns zu spielen.
Die Erwachsenen sagten uns beim ersten Mal, daß sie bisher glaubten, alle Deutschen hätten etwas gegen sie.

Nach sechs Wochen haben wir einen guten Kontakt zu den BewohnerInnen des Heimes entwickelt, wir haben sie und ihre massiven Probleme, kennengelernt. Die Probleme fangen bei den unmöglichen Lebensbedingungen in den Containern an, damit, daß sie kein Geld haben auch mal etwas zu unternehmen, damit, daß einige der Kinder einen 1´-stündigen Schulweg haben, weil angeblich keine Schulplätze in ihrem Bezirk vorhanden sind und gipfeln darin, daß Familien, vor allem den libanesischen Familien des Heims, noch in diesem Jahr evt. die Abschiebung zurück in ihre Heimat droht.
Natürlich erwarten die Flüchtlinge unsere Hilfe, und es ist nun an uns zu überlegen, wie diese aussehen kann. Auch hier reicht die Spanne der Möglichkeiten von Geldspenden über Kinderbetreuung bis hin zum Versuch, die Abschiebungen zu verhindern.

Auf keinen Fall wollen wir jedoch davon abrücken, neben dem Kontakt zu den Flüchtlingen, die Mahnwache vor dem Heim weiterzuführen.
Unser Hauptziel bleibt, Öffentlichkeit herzustellen und offensiv die deutsche Nachbarschaft des Heims anzusprechen.
Rassisten trauen sich nur dann EmigrantInnen anzugreifen, wenn sie meinen, damit auf Zustimmung in ihrer Umgebung zu stoßen. Je offensiver wir unsere Solidarität mit den Flüchtlingen zeigen, desto eher können wir in den Köpfen derer, die bisher "zuschauten" etwas verändern und rassistische Übergriffe verhindern.



Halbe

Halbe, 45 Kilometer südlich von Berlin war im April 1945 Schauplatz der letzten Kesselschlacht vor der Befreiung Berlins durch die Sowjetarmee. 20.000 deutsche Soldaten wurden durch die Generäle und die SS in den Tod geschickt, die sich immer noch nicht ergeben wollten. Seit mehreren Jahren marschieren die Faschisten dort am Volkstrauertag auf und legen Kränze nieder. Organisiert werden die Aufmärsche von der **'Deutschen Kulturgemeinschaft Berlin'** und der **"Nationalistischen Front (NF)"**.

Der Aufmarsch vollzog sich folgendermaßen: Erst legte die Bundeswehr Kränze nieder, dann erschienen Alt-Nazis, Militaristen und Angehörige der Waffen-SS und legten Kränze im Namen der **Deutschen Kriegsgräberfürsorge** nieder. Schließlich folgte der Aufzug der militanten Neo-Nazis.



Mitglieder der Nazi-Rocker "Vandalen"



Zug der "Wiking-Jugend" in Halbe

Am 17.11.91 waren 500-600 Nazis dem Aufruf gefolgt. Unter ihnen die **'Wiking Jugend'** in Uniformen, ca. 120-150 Nazis der **'Nationalistischen Front'**, die **`Jungen Nationaldemokraten'** um **Andreas Storr** aus Berlin, Mitglieder der **'Deutschen Alternative'**, um **Andre Riechert** sowie ca. 140 Mitglieder der **'Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei´**.

Von der NF war u.a. **Steffen Hupka** da, **Wolfgang und Wolfram Narath** von der Wiking Jugend hatten Organisation und Leitung des Aufmarsches inne. **Oliver Schweigert** von der Berliner FAP und **NA** spielte Ordner beim Berliner Block. Seine Weisungen erhielt er von **Reinhard Golibersuch**, der, mit einem Funkgerät, eine leitende Funktion im Ordnerdienst einnahm. Golibersuch aus Berlin ist seit langem Mitglied der **NSDAP/AO** und war auch in der **ANS/NA**. Außer ihm waren noch andere "Größen" aus der illegalen NSDAP/AO anwesend: Der Nazi-Terrorist **Uwe Rohwer** begleitete den WJ-Block, deren Mitglied er auch ist. **Arnulf Priem**, berliner Wehrsportgruppen-Führer, lief im Block der **"Vandalen"** mit und trug dort die Fahne seiner Rockergruppe **"Wotans Volk"**. Priem ist neben **Küssel** und **Worch** eine der zentralen Gestalten der **"Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front"** (s. auch Artikel zur DA). NSDAP/AO-Mitglied **Uwe Noack** - Berliner Kontaktadresse der **"Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener"** - filmte den Aufmarsch mit einer Video-Kamera. Auch das Ehepaar **Kotzenbauer** dokumentierte den Aufzug - sie mit Fotoapparat, er mit Kamera.

Die Heimreise wurde für eine 15-köpfige Gruppe der Nazis - vermutlich "Nazi-Rocker" der "Vandalen" - zum traumatischen Erlebnis als eine gleichstarke Gruppe Antifas auf dem S-Bhf. Königs Wusterhausen neun Schwerverletzte zurückließ.

Erstaunlicherweise ging auch der BGS gegen eine Gruppe WJ´ler vor, die in Strausberg mit dem Knüppel aus dem Zug gejagt wurde.

Halle/Saale

Nazi-Aufmarsch, Polizeiterror und Gegendemonstration

400-500 Nazis marschierten am 9.November durch die Stadt zur Nazi-Zentrale der 'Halleschen Deutschen Jugend' von Thomas Hanke. 1.300 Polizisten beschützen sie vor 2.000 AntifaschistInnen, gegen die nach der Demonstration mit brutaler Gewalt vorgegangen wurde. Auch der Großteil der 232 Festnahmen wurden natürlich von den Antifas gestellt.

Aufgerufen hatte der thüringische Landesvorsitzende der **'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands'**(NPD) **Thomas Dienel** und die Hamburger **'Nationale Liste'**(NL), da *"Kamerad Diehnel die Veranstaltung ausdrücklich als offen für alle reichstreuen Kräfte und Personen erklärt"* hatte. Man versprach sich davon eine ähnlich hohe Anzahl Teil-nehmerInnen, wie im Juni in Dresden und im August in Bayreuth. Das Bedeutende an diesem Aufmarsch ist nicht seine Teilnehmerzahl, sondern das Zusammenrücken von 'NPD' und den offen auftretenden NS-Faschisten. Es ist ein Schritt weiter in Richtung der Neugründung der NSDAP in Deutschland.

So kamen dann auch ein Teil der Nazi-Kader der **'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front'** angereist, besser bekannt als Kühnen-Fraktion. Erklärtes Ziel Kühnens war der Wiederaufbau der NSDAP und ein Teil seiner Arbeit verwendete er darauf, die anderen Nazi-Organisationen zur Aufgabe der Distanz gegenüber seinen Organisationen zu bewegen. Dies ist mit dem Aufmarsch in Halle gelungen.

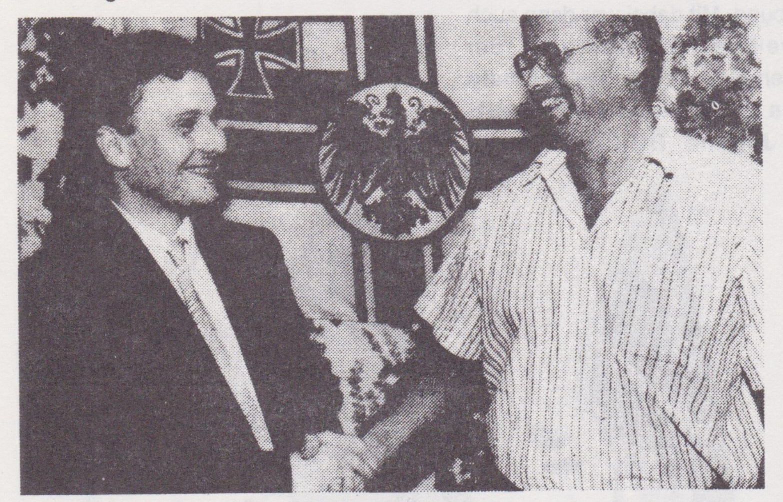
Zwei der Kühnen-Nachfolger, **Gottfried Küssel** von der **'VAPO'** aus Österreich und **Christian Worch**, von der **'NL'** aus Hamburg übernahmen sodann die Führung des Aufmarsches. Der sich äußerlich zum Yuppie gemauserte Küssel führte den Zug von **'Deutscher Alternative'** und 'NL' an - trotz Einreiseverbotes in Deutschland.Der britische"Historiker **David Irving** sprach bei der Abschlußkundgebung. Er ist die führende Person bei der Leugnung der Nazi-Kriegsverbrechen und des Holocaust (die Nazis bezeichnen das als Revisionismus) und verbreitete seine Geschichtsfälschungen auf der Kundgebung. Mit dabei war dann auch eine weitere Zentralfigur der deutschen Nazi-Szene, **Bela Ewald Althans** aus München vom **'Deutschen Jugend Bildungswerk'**

Er organisierte die Veranstaltungstourneen Irvings durch die DDR und BRD 1990, die Veranstaltung "Wahrheit macht frei" am 21.4.90 im Münchner Löwen-bräukeller mit Nazis aller Fraktionen, versuchte den "Leuchter Kongreß" in München durchzuführen und arbeitet eng mit dem deutsch- Kanadier **Ernst Zündel** zusammen. Er ist mittlerweile nicht nur einer der Zentralfiguren in der "Revisionismus-Kampagne" geworden, sondern auch bei allen Aufmärschen zusammen mit Christian Worch führend beteiligt.



Jungnazis in Halle, 9.11.91

Neben diesen Personen waren aus der Führung der 'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front' vertreten: **Thomas Wulff**, 'NL', **Heinz Reisz 'Deutsches Hessen**(vormals 'FAP'-Hessen), **Berthold Dinter**, Vorsitzender des **'Volksbundes Rudolf Hess'**, **Eite Homann** und **Toni Douma** von der **'ANS-Niederlande'**, **Peter Hübner**, Nachfolger des an Selbstmord verstorbenen Kühnen-Kronprinzen Gerald Hess und **Wolfgang Hess** aus Langen.



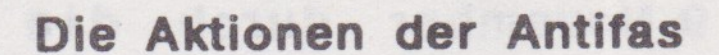
Dienel und Deckert auf dem NPD-Landesparteitag.

Die thüringische 'NPD' rekrutiert sich vor allem aus sehr jungen Leuten und Nazi-Skins. Der Kreisverbandsvorsitzende aus Greiz **Jens Wyczisk** ist gerade 20 Jahre alt. Die bisherigen Berührungsängste der 'NPD' mit den NS-Faschisten haben sie nicht und diese dürften wohl auch bei der 'NPD' so langsam überwunden sein. Dafür steht auch der neue Bundes-Vorsitzende **Günter Deckert**.

Thomas Dienel hat eine "sozialistische Karriere" hinter sich. Er war seit 1979 Mitglied der SED und Absolvent der Bezirksparteischule Erfurt. Er arbeitete vor der Wende als FDJ-Sekretär eines großen Weimarer Hotels, war Mitglied im dortigen Stadtausschuß des Wohnungsbezirksausschusses. Die "Wende" ergriff auch ihn und er trat Ende '89 aus der Partei aus und wurde Geschäftsführer des Stadt- und Landausschusses der **"Deutschen Sexliga"** und später deren Landesgeschäftsführer. Im Sommer 1990 wird er zum Landesgeschäftsführer der 'NPD' gekürt und in diesem Amt am 7.Oktober vom ersten Landesparteitag bestätigt. Dienel nutzt seine beiden ihm gehörenden Kneipen, in Daasdorf und eine weitere im Landkreis Weimar, um sie zum Treffpunkten jugendlicher Nazis zu machen.

Die Thüringer 'NPD' ist in Erfurt, Weimar, Gotha, Mühlhausen, Altenburg, Saalfeld, Greiz und Sömmerda aktiv. Auf dem von Diehnel veranstalteten "Deutschlandtreffen der NPD" am 3.Oktober dieses Jahres in Gera wurde neben den üblichen rassistischen Parolen auch die Wiederherstellung der 3.Reiches gefordert.

Die 'NPD' hat in der Vergangenheit Distanz zu den NS-Faschisten gehalten, da man es nicht für wählerwirksam hielt in einen Topf mit ihnen geschmissen zu werden. Die Zeiten dieser Taktik scheinen jedoch heute der Vergangenheit anzugehören, , da die Stimmung in Teilen der Bevölkerung wesentlich offener gegenüber den Nazis geworden ist. Gerade der Jung-Nazis in den Neuen Bundesländern, würden es auch nicht verstehen warum man nicht mit den offen auftretenden NS-Faschisten zusammenarbeiten sollte, wo man doch das gleiche will.



Die Aktionen der Antifas

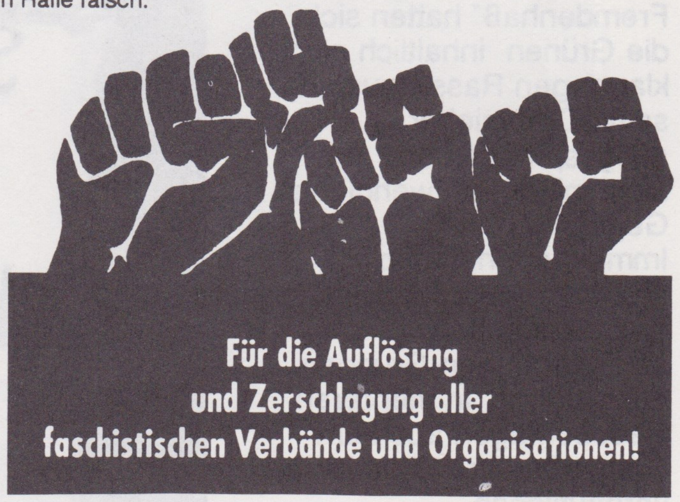
Nur eine Woche Zeit blieb zur Mobilisierung für eine bundesweite Gegendemonstration. Die Tatsache, daß 2.000 Antifas in Halle demonstriert haben ist als ein großer Erfolg zu werten. Nach einer Demonstration, die trotz mehrfacher Provokationen des Bundesgrenzschutzes ohne Zwischenfälle verlief, schlug der Rechtsstaat wieder in allseits bekannter Manier gegen die AntifaschistInnen zu.

Es gelang dem Großaufgebot an Polizei mit 1.300 eingesetzten Beamten von Bundesgrenzschutz, Sondereinsatzkommandos und Bereitschaftspolizei im wesentlichen erfolreich den Aufmarsch zu schützen. In der Innenstadt wurden 100 Antifas in einem Kessel gefangengehalten und viele von ihnen wurden festgenommen, gleichzeitig wurden ca. 60 Nazis ebenfalls eingekesselt, die aber zum größten teil gleich wieder laufengelassen wurden.



Nazis in Halle

Da die Nazis einen weiteren Aufmarsch am jüdischen Friedhof der Stadt angekündigt hatten, bildeten 200 Autonome einen Schutzkordon um das Gelände, woraufhin die Nazis der Mut verließ anzugreifen.
Die Polizei stürmte in den Abendstunden das besetzte Haus in der Kellnerstraße, nachdem das Haus von einer Gruppe von ca. 30 Nazis angegriffen wurde. Die Angreifer kamen gegen 21 Uhr in einem Reisebus und parkten ihn um die Ecke des besetzten Hauses. Dann rannten sie zur Kellnerstraße mit Knüppeln und anderen Gegenständen in der Hand.
"Zuvor waren nur Hausbewohner und einige Gäste in den oberen Etagen. Diese sind durch eine nur von innen zu öffnende Stahltür von der (unteren) Cafe-Etage getrennt. Dies war für alle Fälle so geplant, damit keine Waffen oder waffenähnliche Gegenstände in das Haus gelangen. Während des Überfalls wurden die Türen geöffnet, um Fluchtmöglichkeiten zu schaffen. Gleichzeitig kamen so andere Gäste des Cafes in die oberen Etagen und von dort aus aufs Dach. Von dort aus wurden dann leere Flaschen auf die Faschos geworfen. Von Menschen auf der Straße wurden Pyros abgefeuert, diese schlugen teilweise auch ans gegenüberliegende Gebäude des Polizeipräsidiums. Die Faschos waren fast abgewehrt, als die Polizei mit zwei Wagen kam. Diese stiegen neben dem Fascho-Bus aus und verharrten dort 10 Minuten in Untätigkeit. Erst dann rückten sie langsam Richtung Kellnerstraße vor. Das allgemeine Durcheinander ausnutzend, die Bullen im Rücken, schossen die Faschos noch einige Male in die Kellnerstrasse hinein und warfen zwei armeeübliche Gasgranaten. Da der Wind aus der Kellnerstrasse hinaus wehte, war diese dicht. Pyros, Flaschen und Steine flogen in diese Richtung. Die Polizei formierte sich am Ausgang der Strasse in Richtung des besetzten Hauses mit Schilden, in vier bis fünf Menschen tiefen Reihen. In dieser Zeit könnten sie von den Steinen getroffen worden sein.
Von den oberen Etagen und vom Dach wurde dann gerufen: "Aufhören, da vorne sind Bullen". Nach diesen Rufen zerschellten dann zwei oder drei leere (!) Flaschen und die Faschos warfen weiterhin Steine. Plötzlich hielten mehrere verschiedene Polizeifahrzeuge hinter den bisher aufgereihten PolizistInnen. Diese, ohne Helme und Schilde, drängten durch die Reihen in das erste Haus der Straße, und von dort aufs Dach, wie wir später bemerkten. Kurz darauf stürzte die Polizei vor." (aus einem Bericht aus Halle)
Etwa 30 Leute wurden bei der Hausdurchsuchung festgenommen und von fast ausschließlich männlichen Beamten in Handschellen abgeführt. Die Nazis standen während der ganzen Durchsuchung Sieg-Heil gröhlend auf der gegenüberliegenden Straßenseite, obwohl mittlerweile 500 Polizisten die Kellnerstraße "bevölkerten".
Ihr Bus wurde dann anschließend doch noch durchsucht, doch die Nazis hatten ja auch ausreichend Zeit ihre Waffen verschwinden zu lassen.
Trotz der Gewalt, die mal wieder von Polizei und Faschisten ausging, gab es auch erhebliche Kritik am Vorgehen vor allem auswärtiger Antifas. So stürmten im Lauf des Tages angereiste UnterstützerInnen eine Straßenbahn in der 2 Skinheads saßen, aber auch eine Frau mit Kind und verwüsteten den Waggon. Drei Ecken weiter standen 250 Faschisten, die sicher das richtige Angriffsziel gewesen wären. Auch wird von Leuten aus Halle beklagt, daß viele von den Auswärtigen von der These ausgehen: "Skin=Fascho". Das ist nicht nur in Halle falsch.
Dort haben es AntifaschistInnen geschafft, daß sich die Skinbewegung in drei Stadtteilen von rechten Ideologien gelöst hat und es ist eine ziemlich große Gruppe von SHARP-Skins entstanden (Skinheads gegen rassistische Vorurteile).
(Den Bericht über die Antifa-Aktionen haben wir aus zugesandten Materialien erstellt, besser wäre es wenn ihr selber schreiben würdet).



9.11.91

Unten:
Das Synagogengebäude in der Oranienburger Straße wurde von einem massiven Bullenaufgebot verstellt. Polizeipräsident Scherz meinte, "Rechtsradikale" könnten sich in den Zug eingereiht haben. 53 Jahre zuvor hatten deutsche Polizisten aktiv an der Zerstörung dieser und anderer Synagogen teilgenommen.

Zum Gedenken an die Pogromnacht von 1938 und aus Protest gegen aktuellen Rassismus gingen bundesweit nicht mehr als 100.000 Menschen auf die Straße. Angesichts der aktuellen Situation finden wir das erschreckend wenig.
Insgesamt ca. 10.000 Menschen kamen in 4 Zügen aus Wedding, Moabit und Prenzlauer Berg zusammen. Ein Teil zog weiter zum Lustgarten. Ca. 40.-50.000 Menschen waren dem Aufruf der Grünen gefolgt. In ihrem Aufruf "gegen Gewalt und Fremdenhaß" hatten sich die Grünen inhaltlich nicht klar gegen Rassismus und seine Drahtzieher ausgesprochen und sich nicht mit der notwendigen Gegenwehr von ImmigrantInnen und Flüchtlingen solidarisiert. Trotzdem hatten ImmigrantInnen-Gruppen entschieden, in mehreren Redebeiträgen auch am Lustgarten ihre Situation zu verdeutlichen.



16.11.91

6000 Menschen, zum großen Teil ImmigrantInnen und Flüchtlinge, gingen auf die Straße, nachdem Mete Eksi an den Folgen eines rassistischen Angriffs gestorben war.



... oder Du ?

Die Polizei provozierte die Menschen, die sich in Trauer um Mete und Wut auf seine Mörder versammelt hatten und griff die TeilnehmerInnen mehrfach an.

Leserbriefe

....Überfall in Leipzig

"Am Mittwoch den 9.Oktober überfielen etwa 30-40 Neonazis das besetzte Haus Leopoldstr in Connewitz. Sie kamen mit 7-8 Autos, schlichen sich in das Haus, was bekloppter Weise gerade offenstand und traten auf Kommando alle Türen ein (nur dort, wo Leute wohnten). Es wurden Leuchtkugeln in Räume geschossen, Leute verprügelt und die Zimmer verwüstet. Ein Bewohner erlitt einen doppelten Armbruch!
Sicher ist, daß es sich um den Verrat eines Typen handelte, der früher einmal Redskin war.
Dieselben Insassen der 7-8 Autos überfielen am selben Abend noch zwei weitere Jugendliche. Einer konnte abhauen, der andere wurde von ca. 30 Nazis verprügelt. Sie schlugen noch auf ihn ein, als er sich schon nicht mehr bewegte. Er erlitt einen Schädeldachbruch, doppelten Schädelbasisbruch,eine Gehirnprellung mit Gehirnblutung, später Blutgerinsel und eine Verletzung des Ohres.
Eine Woche lag er in Lebensgefahr auf der Intensivstation. Jetzt lernt er wieder lesen, schreiben und sprechen. Er ist schon wieder einigermaßen auf den Beinen.
Wahrscheinlich wird er auch keine bleibenden Schäden davontragen, doch ein Sturz, bzw. Schlag auf den Kopf wären wahrscheinlich für ihn jetzt tödlich. Er möchte sich auch bei all den Leuten bedanken, die ihn im Krankenhaus mehrmals täglich besucht haben.

Im Krankenhaus bekam er noch Besuch von Dirk Zimmermann, von der 'FAP', der außerdem eine 'Völkische Front' in Leipzig gründen will. Dieser war offensichtlich zu blöd sein Auto anzuschieben. Dabei verletzte er sich das Knie und bekam eine Gehirnerschütterung. "Deutsche Härte" ließ er vermissen. Dieser wimmernde Arsch bekam noch nicht einmal von den Faschos Besuch. Als ihm ein paar Leute verklickerten, daß sie wissen wann er entlassen wird, verpisste sich Zimmermann nachts, zwei Tage vor seiner Auslieferung, aus dem Krankenhaus.
Außerdem lag noch ein weiterer Fascho auf der Station. Der hatte aus 'ner fahrenden Straßenbahn 'nen Hitlergruß gemacht, als eine Gegenbahn angefahren kam - Arm kaputt!
Na ja - kein Kommentar!
Das von Faschos bewohnte Haus in Leipzig, Schreiberstraße, ist nach Infos aus der Faschoszene besucht worden. Als Dirk Zimmermann, der zu der Zeit noch dort wohnt, sich auf dem mißglückten FAP-Aufmarsch (vor 2 Monaten) befand, kam 'ne Gruppe Leute und räumten das Haus aus. Es dürften, nach den hektischen Reaktionen der Nazis zu beurteilen, eine ganze Menge interessanter Sachen dabeigewesen sein."

....Terror gegen ein Leipziger Flüchtlingsheim

"Wir sind kein Klo. Sondern Menschen, wie auch ihr. Unsere Kinder sind genauso Kinder, wie eure Kinder!"

26. August 1991 - Beginn 12 Uhr 30.
Wir hatten ungewöhnliche Besucher: Ein Kommando von 30 Polizisten in Kampfkleidung und die Feuerwehr. Wir wussten gar nicht was das sollte.
13 Uhr - es war die Zeit, um die das Verpflegungsgeld ausgegeben wird, 140 DM, so stellten wir uns in einer Reihe auf. Dann wurde eine Ankündigung verlesen, daß künftig nur noch 119 DM für 15 Tage ausgegeben werden. Daraufhin mußten wir alle daran denken wie wir leben sollen, ob sie uns an Hunger sterben lassen wollen und es gab unter uns sehr viele Fragen. Deshalb fragten wir: Warum? Wie sollen wir davon leben?
Dann sagte die Polizei: "Nehmt es ihr Schweine", doch wir weigerten uns. Daraufhin gab die Polizei den Befehl: "Feuer".
Wir sind alle Richtung unserer Räume gerannt und dann explodierten vier Tränengasgranaten im 4. und 5. Stockwerk.
Es war Gas, ein Polizeigas, daß für die Verwendung in Räumen international geächtet ist.
Es waren eine Menge Kinder da, schwangere Frauen und Mütter, die zwei Monate vorher entbunden hat

ten. Wir waren alle in einem Raum, als das Gas explodierte und sich verteilte. Wir mußten alle anfangen zu heulen und zu erbrechen, wir wußten nicht, wo wir hingehen und was wir machen sollten. Nach einundhalb Stunden kam eine andere Gruppe mit Mitteln gegen das Gas und half uns.
Ihr von der Polizei, die Behörden und die Männer der Macht, laßt einmal Euch und eure Familien in dieser Situation sein und ihr werdet sehen wie gesund das ist. Wir wollen nur "Danke Schön" sagen. Laßt Gott dafür sorgen, daß ihr anstelle der dreijährigen Kinder und der schwangeren Frauen seid.
Heute ist es Toxcin, warum morgen keine Bombenexplosion? Wer fragt sie? Wir sind in ihrer Hand. Sie können nicht machen was sie wollen: Die neuen Nazis töten uns von vorne, aber die Polizei tötet uns von hinten.
Nach ein paar Tagen kam dann eine Ärztin, um uns zu untersuchen. Während sie in 3-4 Stunden alle 500 HeimbewohnerInnen untersuchte, stellte sie den Befund "Stressymptome" aus. Wir sind alle für gesund erklärt worden. Die Untersuchung sah folgendermaßen aus:

1. Mund öffnen - gut
2. Atmen - husten - gut
3. Der nächste bitte.

Wenn alle Institutionen uns so behandeln: Wer fragt nach unserem Leben? Was ist der Sinn von Menschlichkeit?
Jede Sekunde ist eine Stunde für uns in Risiko. Einige Wochen später griffen neue nächtliche Besucher das Heim an. Die Neo Nazis zerschlugen alle Front Scheiben des Gebäudes ein. Auch brannte ein Raum aus und als der Bewohner floh wurde er mit Benzin übergossen.
Worauf warten wir hier noch? Auf den Tod?
Bitte schützt das Leben der Kinder und der Mütter! Schütz unser Leben ! Danke !"
(ein Flüchtling)

....zum Info Nr. 15:

...erstaunt war ich... den folgenden Satz finden zu müssen: es "mußten die Polinnen mitarbeiten, da ein Lohn nicht ausreichte, die Familie zu ernähren..." (S. 42) Eine eigenständige Lohnarbeit ist die erste Grundlage für die Emanzipation der Frau, da sie dadurch vom Geld des Mannes unabhängig wird, Nur eine solche wirt--schaftliche Absicherung bietet Frauen die Chance, auch unver-heiratet existieren zu können. kosten lose bzw. billige und überall verfügbare Kinderkrippen, -horte usw. sind ein erster Schritt, Kinderbereuung zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen und nicht der unbezahlten Arbeit von Hausfrauen zu überlassen. Gerade die Überteuerung und Schließung der Kinderhorte sind die Folgen der Kapitalisierung Polens und zwingen die Polinnen wie ja auch die ex DDR´lerinnen an den Herd zurück. Antifas, die auch gegen Sexismus reden, sollten sich solche Zusammenhänge bewußt machen und nicht indirekt feiern, daß die Polinnen jetzt von Lohnarbeit "befreit" sind. Zum Anderen schreibt Ihr in der gleichen Nummer auch über die DUR-Sekte. Die stehen hier mit der Adresse des Ehepaares Küthe ganz offen im Telefonbuch, treten aber ansonsten kaum in Erscheinung, werben z.B. nicht öffentlich für ihre Treffen in der Kongresshalle. Karlheinz Küthe selbst hat übrigens nach dem "Anschluß" Östereichs dort den "Kampfbund Deutscher Glaube" aufgebaut, mehr darüber hat die "Bonner Initiative gegen Neo-faschismus".





Erlebnis in Ravensbrück



Die Fürstenberger hätten lieber einen Supermarkt gehabt

Den folgenden Text haben wir aus der BRD-Ausgabe des Antifa Jugendinfo Nr.1 übernommen.

Am 10. August wollten wir die Gedenkstätte für das Frauen-KZ Ravensbrück in Fürstenberg besuchen. Um dieses Gelände hat es in letzter Zeit viele Diskussionen gegeben, da dort ein "Kaisers"-Supermarkt hinkommen sollte. Große Teile der Fürstenberger Bevölkerung hatten hierin scheinbar eine Gelegenheit gesehen, die unbequeme Vergangenheit zu entsorgen. Es hatte sogar eine Straßenblockade für den Supermarkt gegeben.

Fürstenberg ist ein kleiner Ort am Rande der Mecklenburger Seenplatte, das KZ-Gelände liegt an einem der Seen.

Auf der Straße die aus Fürstenberg zur Gedenkstätte führt, lief eine Gruppe von zehn Kurzhaarigen, einer mit Reichskriegsflagge auf dem T-Shirt. Sie klebten Nazi-Propaganda und steckten gelbe Zettel unter Scheibenwischer, auf denen sie forderten, die armen Deutschen endlich mit dem "Holocaust" in Ruhe zu lassen. Unterschrieben wurde das Ganze mit "Nationalistische Front".

Als wir 10 Minuten später die Gedenkstätte erreichten, stürzten gerade 15 Nazis panisch aus dem Gebäude, riefen "Schnell weg! Nicht zum Auto!" und rannten weg! Angesichts dieser Masse - wir waren nur zu zweit - hatten wir natürlich ganz schön Schiß und taten erstmal nichts. Anders aber einige BesucherInnen der Ausstellung: Der Grund für die Panik der Nazis waren offenbar ein paar ältere Pärchen - nicht mehr als 6 bis 8 Menschen, sämtliche älter als 40 Jahre alt. Ein Mann, mindestens 60 Jahre alt, rannte der Gruppe hinterher und filmte mit seiner Video-Kamera.

Folgendes hatte sich ereignet: Die Nazis hatten begonnen, in der Gedenkstätte ihre Kacke aufzuhängen. Ein Besucher hatte das Material heruntergerissen und sie aufgefordert, den Rest auch abzumachen. Daraufhin traten sie nach ihm. Er forderte das Personal auf, die Bullen zu verständigen. Inzwischen hatte seine Frau die Szene fotografiert und wurde daraufhin von den NF'lern in einen Seitenraum gedrängt, wo sie ihr die Handtasche und die Kamera raubten. Ihrem Mann gelang es offenbar sie rauszuboxen, woraufhin sich vier der deutschen Helden auf ihn stürzten und nach ihm traten. Erst als ihr Chef den Abzug befahl hörten sie auf. Nun rannten sie vor der kleinen Gruppe wütender BesucherInnen in heller Aufregung davon.

Wir heldenhaften Antifas hatten wie gesagt ziemlich Angst und erst als wir die Entschlossenheit der "Bürger" und ihren Erfolg sahen, rannten auch wir den Nazis hinterher. Die hatten es aber sehr eilig... Nur einer, ein adret



Berliner Nazi, Fahrer des NF-Transporters

ter, gescheitelter Typ (siehe Foto), verließ sich auf seine Tarnung. Wir machten ihn mit einigen antifaschistischen "Argumenten" darauf aufmerksam, daß er besser daran täte, sich zu verpissen. Auch er lief dann, sichtlich erschrocken über die Wendung des Unternehmens, zu dem Auto, das seine Kameraden vorher erwähnt hatten. Als wir uns gerade noch mit dem Scheitelchen unterhielten, kamen seine Kameraden zurück, einer mit Sturmhaube über'm Kopf. Wir dachten schon, jetzt würde unser Ausflug nun doch noch böse enden. Aber der Vermummte war wohl eher diplomatisch: "Ihr habt doch auch eure Meinungsfreiheit, warum fotografiert ihr uns?" Einige waren der Meinung, in ihm den Berliner NF-Chef Andreas Pohl erkannt zu haben. Jetzt verpißten sich die Faschisten endgültig. Dabei fiel uns noch eine ziemlich unauffällige Frau ins Auge, die mit einem dunkelblauen PKW abfuhr und noch zwei der Faschos aufnahm.
Die benachrichtigten Bullen kamen übrigens bereits nach nur einer Stunde mit Blaulicht angefahren!
Alles in allem muß man natürlich sagen, daß die Aktion den Nazis trotzdem 'ne Menge gebracht hat. Auf der Rückfahrt sahen wir, daß der NF-Trupp die ganze Straße bis nach Fürstenberg mit ihren Flugblättern vollgehängt hat. Der gut aufgemachte Propaganda-Zettel wird seine Wirkung bei den EinwohnerInnen von Fürstenberg sicher nicht verfehlen.
Überrascht hatte uns übrigens, wie panisch die Nazis wurden, als ihnen unverhüllte Ablehnung entgegenschlug. Die deutschen Helden - immerhin organisierte Neonazis - hatten gewaltige Angst, sobald mehr als eine einzige Person gegen sie war. Das beweist, daß es nicht nur richtig, sondern auch erfolgreich sein kann, auch dann etwas gegen die Faschos zu unternehmen, wenn man ihnen zahlenmäßig unterlegen ist. Unser Erlebnis ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß die ganze Stärke der Nazis zusammenfällt wie ein Kartenhaus, wenn ihnen entschlossener Widerstand entgegengestellt wird.

Ayan Öztürk ist frei!

Der 22jährige türkische Kraftfahrer Ayan Öztürk ist am 16.10.91 vom Kriminalgericht Moabit in Berlin vom versuchten Totschlag an dem REP-Mitglied R. Gruber freigesprochen worden.

Am Abend des 16.11.90 war er mit vier Freunden und Freundinnen in der S-Bahn in Ostberlin von einer Gruppe Nazis angegriffen worden. Die teilweise maskierten Angreifer hatten "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus und Heil Hitler" gerufen und Ayan getreten. Als einer der Angreifer seine Gaspistole lud und drohte, ihn abzuknallen, zog Ayan sein Messer und stach drei Nazis nieder. Einer von ihnen, René Gruber, Mitglied der Republikaner, erlag wenig später den Verletzungen. Ayan tauchte unter. Drei Tage später wurde er festgenommen und saß vier Monate in U-Haft.
Die Republikaner versuchten aus dem Geschehen politischen Profit zu schlagen: Zum Begräbnis von Gruber erschien der damalige REP-Vorsitzende Franz Schönhuber, und in dem Prozeß übernahm der ehemalige Berliner Landesvorsitzende der REP, Carsten Pagel, die Vertretung von Grubers Mutter als Nebenklägerin.
Zum Prozeßbeginn, am 8.10., gab es vor dem Gericht eine Solidaritätskundgebung für Ayan von rund 300 überwiegend türkischen Jugendlichen und Autonomen. Die Polizei ging mit Schlagstöcken gegen die DemonstrantInnen vor. Es gab zwei Festnahmen.



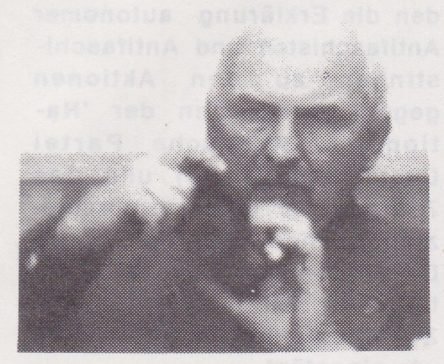
Autonomes Jugendzentrum in Strausberg besetzt

"Wir, eine Gruppe Jugendlicher aus Srausberg haben am 26.10.91 eine leerstehende Villa besetzt. Wir nehmen uns die Räume, die wir brauchen um ein unabhängiges Jugendzentrum aufzubauen, ohne Bevormundung durch Stadtverwaltung oder Parteien. In der Villa mit Namen Eckstein werden wir endlich den Raum für eine eigene, selbstbestimmte Jugendkultur haben. Wir haben uns vorgenommen : möglichst oft Konzerte, Diskos, Videovorführungen, Ausstellungen, Kurse, Übungsräume für Bands, ein Cafe usw. Villa Eckstein soll ein wirklicher Gegenpol werden gegen Kommerzkultur und Faschos ."
(Aus dem Flugblatt der Strausberger Jugendlichen)

Strausberg ist eine "Garnisonsstadt" mit 22 000 Einwhnern östlich von Berlin. In den Betongettos rund um den historischen Stadtkern leben vorallem die Angehörigen der Armee.
Seit der Wende werden alle Jugendclubs, die einst vorhanden waren, zu Höchstpreisen an Unternehmer, Makler und Gastronome verscherbelt. Der letzte Treffpunkt für Jugendliche, ein kleines Zimmer im Volkshaus, wird bald geschlossen. Dieser Raum war ohnehin viel zu klein.
Die einzigste Disko am Ort entwickelt sich immer mehr zum Kommerztempel, in dem nur noch des Geld zählt. Dort wird man/ frau ausschließlich mit seichter Diskomusik eingelullt. Um überhaupt eingelassen zu werden, müßen alle sich einer Schuh- , Kleider- und Haarkontrolle unterwerfen. Außerdem haben sich die Faschos in der Disko eingenistet und verpesten dort die Luft.
Die Faschos beherrschen in den Dörfen um Strausberg, besonders in Eggersdorf, Fradersdorf und Petershagen die Straße. In Strausberg selber konnten sie kaum Fuß fassen. Die etwa 40 Leute umfassende rechte Szene besteht neben den Mitläufern aus einem harten Kern von 10 Leuten , die zur FAP und zur NF Berlin Kontakt haben. Die Faschos terrorisieren die Gegend , indem sie immer wieder Linke in der S- Bahn attakieren, Feten überfallen, das nahegelegene Flüchtlingsheim, Wesendahler Mühle, angreifen und den Friedhof mit Haken-kreuzen und Parolen, wie," Asylanten raus " beschmieren.
Gegen die Faschos gibt es bislang keine organisierte Gegenkraft. Mit der Besetzung der Villa Eckstein versuchen sie den Faschos das Wasser abzugraben. Zu den Konzerten und Diskos in ihrer Villa kommen bis zu 100 Leute. Vor allem unter den Jugendlichen aus den Betonsilos finden die Veranstaltungen regen Anklang. Zu den Flüchtlingen aus dem Heim gibt es erste Kontakte. Die BesetzerInnen laden die Leute ins Cafe ein, holen sie im Heim ab und begleiten sie wieder nach Hause.
Um das ganze Vorhaben realisieren zu können , brauchen sie unsere Unterstützung. Bands, die dort auftreten wollen , sind jederzeit willkommen. Videos und Ausstellungen werden genauso begrüßt wie Performance.
Da noch einiges an der Villa um- oder ausgebaut werden muß, benötigen sie unsere Hilfe, Material und natürlich finanzielle Unterstützung.



In Hanau wurden Nachbarn über die Aktivitäten von Roland Tabbert durch Flugblätter informiert



Roland Tabbert, Hanau

Damit haben die Hanauer Antifas die Nachbarschaft über einen der führenden deutschen Nazis informiert. Wir wollen hier die Informationen der Hanauer noch etwas ergänzen.

Tabbert, der in Hanau als Gebrauchtwagenhändler tätig ist, war "Reichsführer" des von ihm 1970 gegründeten **'NDBB'** (Nationale Deutschen Befreiungsbewegung). Die 'NDBB' sollte sich nach eigenen Aussagen an der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO orientieren. Er ist auch heute noch einer der Drahtzieher im Netz faschistischer Organisationen.

Im vorletzten hessischen Landtagswahlkampf war er Koordinator der **'DVU'** (Deutsche Volksunion), jedoch wesentlich spektakulärer sind seine Aktivitäten, nachdem er 1990 zu den Nazis der (Ex-) Kühnen-Fraktion, der **'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front'** (GdNF) übergewechselt ist.

Der von **Kühnen** und **Heinz Reisz** propagierte Plan sah vor, 1990 eine Nazi-Legion von 100 Mann, zur Unterstützung Saddam Husseins in den Irak zu entsenden. Diese *"Legion"* sollte unter der Führung des damals schon tödlich an AIDS erkrankten Michael Kühnen stehen und ein eigenes Kommando mit logistischer und finanzieller Unterstützung des irakischen Militärs, darstellen. Später sollten weitere 100 Nazis aus Europa und den USA folgen. Der Vertragsentwurf, der nicht unterzeichnet vorliegt, und die Herstellung der Kontakte zu den irakischen Behörden wird Roland Tabbert zugerechnet. Er unterhält seit seiner Mitgliedschaft in der **'Deutsch-Arabischen Gesellschaft''** umfangreiche Kontakte zu rechten und antisemitischen Kreisen im arabischen Raum. Heute ist er Vorsitzender der **´Antizionistische Aktion´**(AZA) einer der *"Vorfeldorganisationen"* des Bündnisses **´Neubeginn´**. Die **'AZA'** betreibt antisemitische Hetze und verdreht die Geschichte so wie es den Nazis gerade in den Kram paßt. Da das alte Nazi-Bild von der "Weltverschwörung" der kommunistischen und kapitalistischen Juden nicht mehr aufrechtzuhalten ist, wird behauptet die *"zionistische Weltverschwörung"*, existiere weiterhin, doch nun sei das Projekt Kommunismus aufgegeben worden, um die Welt mit der kapitalistischen Gesellschaftsform zu beherrschen. Die ÀZA' feiert nachträglich den rumän

Zwischen

Vertrag

Der Regierung der Republik Irak,
vertreten durch Bevollmächtigten mit schriftlicher Vollmacht,

und

der ANTIZIONISTISCHEN LEGION,
vertreten durch den ehemaligen Bundeswehr-Leutnant Michael Kühnen
(ev. ein weiterer Vertreter)

Die ANTIZIONISTISCHE LEGION will den Irak gegen die derzeitige Aggression zionistischer und US-imperialistischer Kräfte unterstützen und hierzu eine internationale Freiwilligeneinheit nachfolgend kurz "DIE LEGION" oder "LEGION" genannt einsetzen. Über den Einsatz dieser LEGION wird folgendes vereinbart.

Am Tag der Vertragsunterzeichnung erhält Michael Kühnen als politischer und militärischer Leiter der ANTIZIONISTISCHEN LEGION
a DM 5.000,-- in Deutschen Mark oder in einer in die Deutsche Mark frei konvertierbaren Währung für Reisekosten und andere Spesen,
b die irakische Staatsbürgerschaft und einen irakischen Reisepaß und
c eine Ernennungsurkunde über die Aufnahme Michael Kühnens als Oberleutnant in die irakische Armee.

Innerhalb von vier Wochen nach Vertragsunterzeichnung werden bis zu 100 [illegible] deutsche Freiwillige der LEGION sich an einem noch zu bestimmenden Ort in Europa (vorgesehenen z.Zt. Kopenhagen oder Stockholm) einfinden. Die irakische Regierung übernimmt die Verantwortung und die Kosten für den weiteren Transport der Freiwilligen in den Irak.

3. Die LEGION wird in einer eigenen Kaserne oder einem eigenen Camp untergebracht. Dieses Basislager der LEGION befindet sich im Irak, wobei nach gemeinsamer Sprachregelung auch das Gebiet des ehemaligen und nunmehr an den Irak angeschlossenen Kuweit-Territorium des Irak ist. Unterbringung, sanitäre Einrichtungen, ärztliche und medikamentöse Versorgung sowie Verpflegung haben dem Standard westeuropäischer Armeen zu entsprechen.

4. Die LEGION steht unter der Führung und alleinigen Verantwortung eines von Michael Kühnen ernannten Oberkommandos und regelt ihren internen Dienstbetrieb selbst. Der Einsatz der LEGION erfolgt ausschließlich und allein mit Zustimmung des Oberkommandos der LEGION.

5. Die LEGION wird von eigenen Offizieren und Unteroffizieren geführt. Diese Offiziere und Unteroffiziere erhalten Ernennungsurkunden über die jeweiligen Dienstgrade der irakischen Armee.

6. Bewaffnung, Ausrüstung und Nachschub erfolgt durch die Regierung des Irak bzw. die irakische Armee.

7. Die irakische Armee stellt mi[...] Verbindungsoffiziere, die der [...] und als Verbind[...]

- 2 -

8. Zusätzlich zu ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit können die Freiwilligen auf ihren eigenen Wunsch auch die irakische Staatsbürgerschaft erwerben.

[...]ON trägt irakische Uniform mit eigenem Einheitsabzeichen. Sie ist [...]gulären irakischen Streitkräfte.

[...]ehörige der LEGION während ihres Aufenthaltes im Irak oder im [...]den Irak erkranken oder verwundet werden, übernimmt die Regierung [...]nötige ärztliche Versorgung und Heilbehandlung, die bis zur [...]ung der Einsatzfähigkeit möglichst im Irak erfolgen sollte. Ist [...]iche Heilbehandlung im Irak nicht möglich, übernimmt die [...]Irak den Rücktransport des betroffenen Legionärs in sein [...]kommt für die Kosten der dortigen Heilbehandlung bis zur [...]g der Einsatzfähigkeit auf.

[...]ziere der Legion und ihre Familien werden auf eigenen Wunsch [...]Wohnungen mit europäischem Standard gestellt, sofern der [...]möglicht.

[...]o der LEGION erhält monatlich von der irakischen Regierung [...]000,-- in irakischer Währung zur Erfüllung seiner Aufgaben.

[...]dienstgrade der Legion werden für ihren Einsatz besoldet [...] monatlich einen Sold von DM 3.000,-- (Deutsche Mark [...] diesem Sold ist die Hälfte in irakischer Währung [...]ere Hälfte in D-Mark oder einer in die D-Mark frei [...]g. Der in irakischer Währung fällige Soldanteil wird [...]en Monats für den vorangegangenen Monat ausgezahlt. [...]oder einer in die D-Mark konvertierbaren Währung [...] monatlich auf ein von dem Oberkommando der LEGION [...]to in Europa überwiesen.

[...]offiziere der LEGION werden für ihren Einsatz besoldet [...]teroffiziert erhält monatlich einen Sold von DM [...] fünftausend). Von diesem Sold ein Anteil von [...] in irakischer Währung zum Letzten eines jeden [...]genen Monat auszuzahlen entsprechend Punkt 13. Der [...]net) DM 2.000,-- monatlich ist in Deutsche Mark [...]konvertierbaren Währung fällig und wird monatlich [...] der LEGION noch zu benennendes KOnto in Europa

[...]GION verpflichtet sich für die Dauer von sechs [...] darüber jeweils eine individuelle [...] von der irakischen Regierung gegenzuzeichnen

[...]Verpflichtung um weitere [...] jeden Legionärs möglich. Jewei[...]

[...]Freiwilligen [...] DM 20 [...]

ischen Diktator Ceauscesco, als europäischen Freiheitshelden.
Tabbert ist wegen *"landesverräterischen Beziehungen"* und anderen Delikten vorbestraft. 1974 fand die Polizei in seiner damaligen Berliner Wohnung ein Waffenlager und in seiner Hanauer Wohnung ist ein " Hitler - Schrein" aufgestellt.
Tabbert wohnt in Hanau in der Karl-Bierschenk Str. 6 (Tel. 06181/32513) und fährt einen beige/braunen neueren VW- Bus mit der Nummer HU-JA 394.
Die Beispiele von Übergriffen in Hanau, wie die Verletzung einer 17-Jährigen Frau mit Messerstichen, nachdem sie als "Asylantin" beschimpft wurde, oder rechten Flugblattaktionen, in denen behauptet wurde, daß Ausländer sowie Flüchtlinge für Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und soziale Kürzungen verantwortlich seien häuften sich. In einer Aktion wurden nun die Menschen in Hanau über Nazis und ihre Aktivitäten in ihrer Umgebung informiert.



"Erfolg misst sich am Ziel" - Erfolgreiche Antifa Aktionen bei Göttingen

Wir dokumentieren im folgenden die Erklärung autonomer Antifaschisten und Antifaschistinnen zu den Aktionen gegen ein Treffen der 'Nationaldemokratische Partei Deutschlands'(NPD) und das Zentrum der offen nationalsozialistischen ´Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei'(FAP) bei Göttingen. Die Zwischenüberschriften haben wir eingefügt.

Getarntes NPD-Treffen

"Freitag, 25. Oktober 1991, Bursfelde bei Göttingen: 'NPD'-Treffen verhindert. Was in der Zeitung als ein Treffen einer rechten Burschenschaft verkauft wurde, war in Wirklichkeit ein 'NPD'-Treffen. Z.B. war der bundesweit bekannte, langjährige NPD-Funktionär ***Hans-Michael Fiedler*** *mit von der Partie.*
Das Treffen wurde dadurch verhindert, daß ca. 50 Personen den Veranstaltungssaal aufsuchten und die Veranstaltung für beendet erklärten. Die sich überrascht und unwissend gebende Wirtin forderte die 'NPD'-Leute daraufhin ebenfalls auf ihr Lokal zu verlassen. Dieser Aufforderung hätte es aber kaum noch bedarft, weil die meisten Faschisten schon in Windeseile verschwunden waren, noch ehe die anwesenden Antifaschisten und Antifaschistinnen reagieren konnten.
Nur Fiedler, ein Parteikamerad und eine Parteikameradin blieben zurück. Sie hatten Angst vor uns Autonomen und riefen die Polizei.
Die Polizei tauchte dann nach einiger Zeit auf. Zunächst mit einem Streifenwagen, bis schließlich nach und nach 18 Polizeifahrzeuge samt Hundeführer und ein paar Fahrzeugen Göttinger Bereitschaftspolizei vor Ort waren. Dieses Polizeiaufgebot reichte offensichtlich aus, um die Faschisten sicher abziehen zu lassen. Allerdings stand das 'NPD'-Fahrzeug und das

Rad eines Polizeiautos zu diesem Zeitpunkt auf den Felgen.
Die Veranstaltung der 'NPD' war beendet worden, ehe sie begonnen hatte und wurde auch am folgenden Tag nicht weitergeführt."

'FAP'-Zentrum-Mackenrode

"Samstag, 26. Oktober 1991, Mackenrode bei Göttingen. Im 'FAP'-Zentrum im Siedlungsweg 23, fand ein Schulungswochenende der 'FAP' statt. Die Antifaschistische Aktion dagegen sollte deutlich machen, daß Karl Polacek, Thorsten Heise usw. ungestört weiter machen, daß der Medienrummel um die Prozesse bzw. die Ausweisung Polaceks nur Propaganda der herrschenden Politik ist. Die schon nicht mehr linde, sondern geradezu als Belohnung anzusehenden "Urteile" gegen z.B. Polacek und Heise belegen das deutlich. Auch eine eventuelle Ausweisung von Polacek würde nichts an der Situation ändern. Das Problem ist nicht Polacek, sondern das Schulungszentrum, bzw. die neofaschistische Organisierung.
Da der imperialistische Staat kein wirkliches Interesse an der Zerschlagung des Neofaschismus hat, werden seine Aktivitäten auf dem Feld des Antifaschismus nie über politische Kosmetik hinausgehen. Es wird immer nur darum gehen, daß entsprechende PolitikerInnen oder Regierungen antifaschistische Imagepflege betreiben.

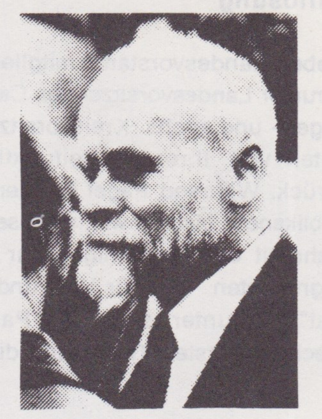
Wir sind nicht von vornherein von einer militanten Auseinandersetzung in der Form ausgegangen, wie sie letztendlich stattgefunden hat. Wir wollten so nahe wie möglich an das Zentrum heran und die Faschisten dazu veranlassen, aus ihrem Haus zu kommen, damit ihr Treiben öffentlich wird. Natürlich haben wir die militante Auseinandersetzung einkalkuliert.
Die Aktion lief für uns erfolgreich ab. Die Machenschaften der Nazis sind öffentlich geworden. Bei der Auseinandersetzung auf der Straße trieben wir die Faschisten in ihr Haus zurück, obwohl sie mit geradegeschmiedeten Sensen, Mollies und ähnlichen Dingen gegen uns vorzugehen versuchten.
Die Bevölkerung stand unsrer Aktion sympatisierend gegenüber, was sich an Äußerungen und an einem Punkt durch das Reichen von Steinen dokumentierte.
Die Nazis hatten 15 Verletzte zu beklagen, wir keinen einzigen. Unser Rückzug verlief nicht in wilder Panik, sondern gemeinsam und geordnet. Die Polizei hielt an ihrer Sperre bei Waake Fahrzeuge mit gezogener Pistole an.""

Fazit

"Die Aktion gegen das Schulungstreffen der 'FAP' war ein richtiger und wichtiger politischer Schritt. Denn Nazis militant auf der Straße entgegenzutreten, ist Bestandteil unserer Politik und ein wirkungsvolles antifaschistisches Mittel, daß besonders in dieser Zeit, der verstärkten neofaschistischen Überfälle, eingesetzt werden muß. "Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft" ist keine hohle Phrase.

Nach der Aktion haben auch mal wieder die bürgerlichen Parteien gezeigt, welch Geistes Kind sie sind. Insbesondere SPD-FunktionärInnen haben mit ihren öffentlichen Äußerungen, daß sich die Autonomen in Mackenrode genauso verhalten haben wie die Nazis, klar zum Ausdruck gebracht, wie sie Autonome eigentlich einschätzen.

- Für die militante Initiative
- Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren
- Nazis auf's Maul
- Wir kommen wieder."



Karl Polacek, Mackenrode



Berlin: Rep-Landesvorstand in Auflösung

Sieben Landesvorstandsmitglieder - darunter Landesvorsitzender Carsten Pagel - und sechs Kreisvorsitzende traten von ihren Parteifunktionen zurück. Während Pagel bei den Republikanern bleiben will, wechselt die Mehrheit der Abtrünnigen zur neugegründeten "Liga für Volk und Heimat". Darunter sind der Parteisprecher Thorsten Thaler und die ex-NPD'ler aus dem Berliner Rep-Vorstand Rudolf Kendzia und Frank Schwedt.
Auslöser für den Streit innerhalb der Reps ist der Beschluß des Rep-Bundesvorstandes, keine ehemaligen Miglieder rechtsextre-mistischer Organisationen in Parteifunktionen zuzulassen. Profitieren wird die "Liga für Volk und Heimat", die anfangs den Namen "Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte" trug.Sie versteht sich als neue "nationale Sammlungspartei" (s. Info Nr.14).



„Nazis raus"

Eine neue Broschüre zu verschiedenen Aspekten des antifaschistischen Kampfes. Zum Beispiel Jugendkulturen: Skinheads, Hooligans und Jugendliche bei den Neofaschisten. Zum Beispiel Ideologie der Faschisten: HLA-Programm, Faschisten gegen ArbeiterInnen- und Fraueninteressen. Zum Beispiel antifaschistische Strategien: Antifaschistische Wahlbeteiligungen? Militanter Antifaschismus, Nazis an Schulen.

36 Seiten, 4 DM. Bestellungen an GNN-Verlag HH, c/o AG/R, durch Überweisen von 4 DM plus 1 DM Porto (ab 10 Stück Abnahme 3 DM pro Heft). Ihr erhaltet mit dem Heft eine Rechnung und zahlt dann auf das Konto GNN-Verlag, Postgiroamt Hamburg, Konto-Nr. 25265-201, BLZ 20010020 ein.
GNN, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

Ökofaschist ausgezeichnet

Die Grüne Umweltministerin für Niedersachsen zeichnet Herbert Gruhl wegen seiner Verdienste um den Umweltschutz mit dem Bundesverdienstkreuz am Band aus. Der ex-CDU'ler Gruhl gehörte zur Grünen-Gründungsgeneration und wechselte später zur konservativen "Grünen Aktion Zukunft". 1981 war er Mitbegründer der ökofaschistischen ÖDP. Der Abgrenzungsbeschluß zu NPD und Reps durch den Bundesparteitag veranlaßte, auch der ÖDP den Rücken zu kehren. Gruhl tritt als Redner bei Neonazi-Gruppen auf und vertritt einen "Einwanderungsstop aus ökologischen Gründen".

Polacek widersetzt sich Ausweisung

Karl Polacek, niedersächsischer Landesvorsitzender der FAP und Betreiber der Faschistenzentrale in Mackenrode bei Göttingen, legte Widerspruch gegen seine Ausweisung ein. Damit ist zu befürchten, daß Polacek über die längerwährende juristischen Streit für weitere Zeit seine Rolle in Mackenrode fortführen kann. Nach einer langen Kette von Überfällen, die von seinem Haus ausgingen, war es letzlich der Angriff auf zwei Antifaschistinnen mit einer Axt, die die niedersächsische Landesregierung für eine Ausweisung des gebürtigen Österreichers plädieren ließ. In dem Rechtsstreit wird Polacek von dem Hamburger Anwalt Jürgen Rieger, NF-Mitglied und zentrale Figur in der deutschen Faschistenszene, vertreten. Die FAP beabsichtigt das Zentrum in Mackenrode auch bei einer Ausweisung Polaceks weiterzuführen.

Neonazis in Frankfurt/Oder feiern 3.Oktober mit Eisbeuteln

Erklärung von Autonomen Gruppen: "Am 2.Oktober gegen 23.00 wurde von Frankfurter Neonazis im nördlichen Außenbezirk von einer Gruppe von etwa 15 Neonazis angegriffen (Leuchtspur u.ä.). Zwei anwesende

Bullenfahrzeuge verhinderten u.U. Schlimmeres. Anschließend begab sich diese Gruppe zur Diskothek "Eastside" im Stadtzentrum. Dort wurden sie von uns von zwei Seiten gleichzeitig angegriffen, so daß sie nicht ohne weiteres entkommen konnten. Einige konnten dennoch flüchten, 6 von ihnen wurden gestellt. Es handelte sich allesamt um Neonazitypen aus Frankfurt im Alter zwischen 20 und 22 Jahren, die Namen und Adressen sind uns bekannt. Sie wurden von uns nicht so schwer verletzt, daß sie bleibende Schäden haben werden. Wir denken, daß die Frankfurter Naziszene den Angriff im Gedächtnis behalten wird.
Für einige von uns war es ein wichtiger Schritt, die eigenen Ängste zu überwinden, so einen offensiven Schritt zu unternehmen und auch selber angreifen zu können. Wichtiger war dabei das Vertrauen untereinander als die Größe der Gruppe. Wir müssen alle in der gegenwärtigen politischen Situation darüber nachdenken, was wir einzeln oder als Gruppen zur praktischen Auseinandersetzung gegen Neonazis beitragen können und nicht nur die Drecksarbeit an die "Spezialisten" delegieren. Wir veröffentlichen dies, um den Mythos der Unangreifbarkeit der Neonazis in der ex-DDR ein Stück aufzubrechen. Außerdem müssen wir offensiver und unberechenbarer gegen die Neonazis werden, sie an ihren Treffpunkten angreifen und nicht nur auf ihre Angriffe reagieren. Kampf dem Faschismus!"

Neonazis in Zittau verurteilt

Der Prozeß gegen 8 junge Männer wegen des Überfalls auf das Tschernoby-Kinderheim endete mit Freiheitsstrafen bis zu 15 Monaten. Die Strafen wurden zum Teil zur Bewährung ausgesetzt. Zum Prozeß waren ca. 100 Sympathisanten der Angeklagten erschienen, die sich durch Hitlergrüße und ausländerfeindliche Lieder hervortaten.
Das Kinderheim, in dem sich strahlenkranke Kinder aus Tschernobyl aufhielten, war im Mai von einer Gruppe von Rechtsradikalen angegriffen worden, darunter 3 Mitgliedern der Republikaner. Soldaten einer Bundeswehrkaserne und Nachbarn eilten zur Hilfe der Angegriffenen. Die Polizei tauchte erst nach einer halben Stunde auf und nahm lediglich die Personalien von Zeugen auf. Einige der Angreifer waren den Polizisten offensichtlich bekannt. Die Gruppe hatte zuvor schon vor dem Zittauer Rathaus Nazi-Parolen gerufen, ohne daß die Polizei einschritt.
Einen Tag nach dem Überfall auf das Kinderheim randalierte die Zittauer Rechtsradikalen unter Beteiligung des örtlichen Rep-Vorsitzenden vor einem Flüchtlingsheim. Dies wiederholten sie im August, am selben Abend noch griffen sie Rumäninnen vor einer Diskothek an.

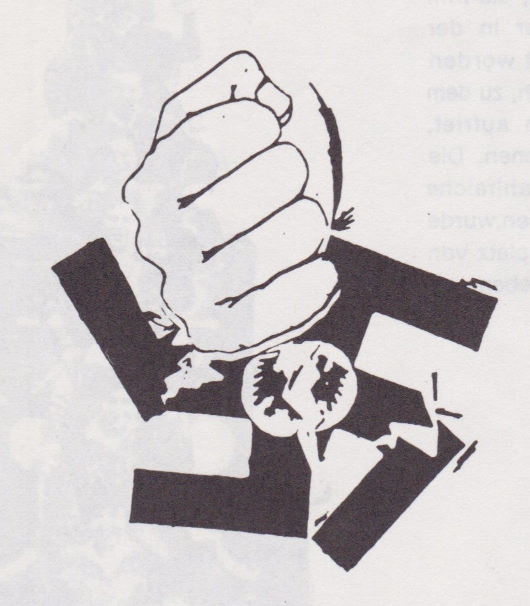
Rassistische Gewalt in Berlin

Ein vietnamesischer Arbeiter wurde im Oktober von 3 Skinheads so ernsthaft verletzt, daß er tagelang in Lebensgefahr schwebte. Eine Demonstration gegen die rassistischen Übergriffe führte einen Zug von 700 Persoenen durch die Neubaugebiete Marzahn und Hellersdorf am Rande Ostberlins.
Weniger Glück hatte der 19jährige Schüler Mete Eksi. Er erlag den schweren Kopfverletzungen, die ihm mit einem Baseballschläger in der Westberliner City beigefügt worden waren. An dem Trauermarsch, zu dem der Türkische Elternverein aufrief, beteiligten sich 6000 Personen. Die Demonstration, an der zahlreiche türkische Familien teilnahmen,wurde am Ende am Kundgebungsplatz von der Polizei auseinandergetrieben.



Bund gegen Anpassung

Auf der Kundgebung zur Situation am Golf am 22.12.1990 tauchten einige Leute vom "Bund gegen Anpassung" mit einem Transparent ("Kein Herz für Scheiche - Kein Blut für Öl") und den dazu passenden Flugblättern auf. Da den meisten Kundgebungsteilnehmer(innen) dieser Bund unbekannt war, konnten sie unbehelligt ihre Propaganda verbreiten.
In der Folgezeit wurden sie häufiger an der Bergischen Gesamthochschule aktiv. Am Mensaaufgang verteilten sie die gleichen Flugblätter zum Golfkrieg; das Flugblatt hat ein Freiburger Impressum und ist erst zwei Tage vor der Kundgebung fertiggestellt worden. Es kam zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des Bundes und ASTA-Leuten. Die Auseinandersetzung wurde so entschieden, daß der "Bund gegen Anpassung als hochschulfremde Gruppe dort keine Flugblätter verteilen darf. Darauf reagierte der Bund mit einem Brief an alle Professor(innen), in dem sie ihre verfolgte Situation beklagen und die demokratischen Verhältnisse an der Gesamthochschule in Gefahr sehen.



Wer ist der "Bund gegen Anpassung"?

Zunächst einmal: der "Bund gegen Anpassung" operiert bundesweit unter verschiedenen Namen, z.B. Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI, Freiburg), Initiative Neue Linke (INL, Göttingen), Ad-hoc-Komitee Grundrechte (Hamburg), Gruppe für Aufklärung, Demokratie und Selbstbestimmung (Essen), Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten, Bund zur Verbreitung unbequemer Ansichten, Verein zur Aids-Verhütung (Frankfurt, Freiburg), usw.

Zur Geschichte

Zu Beginn der 70er Jahre gründete der Freiburger Diplompsychologe Fritz-Erich Hoevels die MRI, die zunächst auf Universitätsebene beschränkt bleibt. Ihr vorgegebenes Ziel ist es, Marxismus und Psychoanalyse zu verbreiten. In der kleinfamiliären Sexualunterdrückung sehen sie die Ursache für Klassenherrschaft, und umgekehrt könne man über Änderung des Sexualverhaltens die gesellschaftlichen Verhältnisse kippen. Schon am Anfang der MRI-Geschichte fällt auf, daß Marx zu kurz kommt - ökonomiekritische Standpunkte fehlen in der Analyse ganz. In den polemischen Schriften des MRI-Gründers werden vor allem Linke angegriffen: Hausbesetzer(innen), und Autonome, Marxistische Gruppen und Feministinnen werden als psychisch krank und latent faschistisch bezeichnet. In Freiburg richtete die MRI eine Punker-Kartei ein.
1983 wurde der Ahriman-Verlag gegründet, in dem von nun an die MRI-Schriften erscheinen: Hoevels "Marxismus, Psychoanalyse und Politik", die Broschüre "Tabuthema Aids-Stop. Gedanken eines Ketzers" von Hoevels und Freudemann und die "Zeitschrift für klassische Psychoanalyse: System" usw.

In Zusammenarbeit mit der IGEL ("Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude", Göttingen) legt die MRI samt Ableger ihren Schwerpunkt auf "Antiklerikales".

IGEL-Mitglied Birgit Römermann tritt in Göttingen als neuzeitliche Hexe auf, verteilt Aufkleber ("Orgasmus statt Abendmahl") und Flugblätter ("Einmal Mittelalter ist genug"). Die Verurteilung Birgit Römermanns zu 400.-DM Geldstrafe wegen Gotteslästerung nutzt der Verein, um sie in der Rolle der Märtyrerin hochzustilisieren und sich selbst in der Rolle des Verfolgten darzustellen.
Die Kirchenkritik der MRI bleibt oberflächlich: Kirche wird nicht im Zusammenhang mit Kapital und Staat kritisiert. Das Geschrei nach Meinungsfreiheit und Demokratie ist sinnentleert. MRI-Mitglieder(innen) sehen sich als "die Juden von heute".

BgA und Aids

Ab 1985 wendet sich die MRI öffentlichkeitwirksameren Themen zu: der Aids-Verhütung. Auf Initiative Hoevels gründen Freiburger und Frankfurter Ärzte(innen) den "Verein zur Aids-Verhütung". Sie fordern die Zwangstestung aller Einwohner(innen), Einreise-Stopp für nichtgetestete Ausländer(innen), Zwangstätowierung aller HIV-Positiver und staatliche Überwachung aller Infizierten. Eine Vortragsreihe zu dem Thema wird von Gruppen aus Österreich und Süddeutschland und von einer Essener "Gruppe für Aufklärung, Demokratie und Selbstbestimmung" unterstützt. Die letzte Veranstaltung in der Aids-Kampagne fand 1989 in Mainz statt. In der begleitenden Broschüre "Tabuthema Aids-Stopp" wettern Hoevels und Freudemann gegen "das betuliche Gequake von der Unmenschlichkeit der Meldepflicht, gegen das Gebrüll pseudolinker Schreihälse", deren Antifaschismus in der Sicherung einer ungehinderten Verbreitung des Aids-Virus an alle bestehe, und gegen staat-liche Zurückhaltung, deren einziger Sinn "die Massentötung aller sexuellen Nicht-Duckmäuser und die sexuelle Verzwergung des Restes ist" usw.

Es geht dem "Bund gegen Anpassung" also um eine befreite Sexualität? Ein Zitat von Helge Voges aus einem IGEL-Papier macht deutlich, daß Homosexuellen diese befreite Sexualität nicht zugestanden wird: "Die anale Schädigung (des Kindes) führt zu Analerotik und zu Homosexualität....Die Schädigung macht den Menschen zu einem asozialen Wesen."
Vor allem gegen Feministinnen hegt der BgA tiefe Abneigung, denn sie haben "einen kleingeistigen, menschenfeindlichen, antiegalitären, d.h. eben feministischen Charakter". Mehr noch, für Hoevels ist jede Feministin ihrer Psychostruktur nach eine Faschistin, die allerdings "keine werden konnte,...weil es ihr das Milieu nicht erlaubte." Ab März 1988 beginnt eine Kampagne gegen Alice Schwarzer. Daneben läuft die Kampagne gegen HIV-Infizierte weiter.

Annäherung an die Reps

Nach den Wahlerfolgen der Republikaner im Frühjahr 1989 verfolgte der BgA eine Politik der Anbiederung an die Republikaner. Zitat aus "Offener Brief an alle, die sich überlegen, Republikaner zu wählen": "Da es schon als schierer Faschismus angeprangert wird zu fordern, daß bei der Vergabe von Arbeitsplätzen in Deutschland Deutsche zu bevorzugen seien...", "Wer als Deutscher meint, Sozialwohnungen seien weitaus eher an wirkliche Deutsche zu vergeben (...) als an frisch ins DM-Land eingeflogene "Aussiedler", ist nur vernünftig und alles andere als ein Faschist." Nach ihren Auftritten zum Golfkrieg hat der "Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten" eine Broschüre über "unsere Sonderbehandlung durch die Universität Karlsruhe und über das Zusammenspiel von Bürokratie,Presse und Justiz, Oktober 1987 - 1990" veröffentlicht, in der sich der BzVuE in seiner Auseinandersetzung mit dem Rektor und dem Asta der Uni Karlsruhe mit den verfolgten Juden des Mittelalters und des "3. Reichs" gleichsetzt und als Opfer von Pogromen sieht.

Zur Methode des BgA

Die Methoden des BgA erstrecken sich von Unterwanderungen einzelner Initiativen wie z.B. die Bunte Liste Freiburg bis zu eigens initiierten Veranstaltungen, im deren Verlauf Besucher(innen) per Videokamera aufgenommen werden.
Erste Aktivität der MRI war die Unterwanderung wie Majorisierung der in Freiburg als breites Bündnis bestehenden BI gegen Berufsverbote und hierüber ab 1978 die Unterwanderung eines Zusammenschlusses Freiburger Gruppen unter dem Namen Bunte Liste, welche sich sowohl als Forum linker Gruppen, als auch als Liste für die Stadtratswahlen zusammenschlossen.

Nachdem die MRI bis Herbst 79 alle anderen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aus der BuLi verdrängt hatte, blieb die Kandidatur zum Stadtrat ihr einziges Ziel. Im Verlauf des Jahres 1980 versuchte die BuLi mehrfach, linke Gruppierungen zu funktionalisieren, was jedoch bis Ende 1980 zum völligen Bruch mit allen linken Gruppen im Raum Freiburg führte. Auch in anderen Städte versuchte die Freiburger Psychosekte andere Gruppen zu unterwandern. Ziele sind zumeist grüne Kreisverbände. So konnten die Kieler Grünen 81/82 einen Putsch durch die Tarnorganisation der MRI-Gruppe Hamburg, das Ad-hoc-Komitee, gerade noch verhindern.



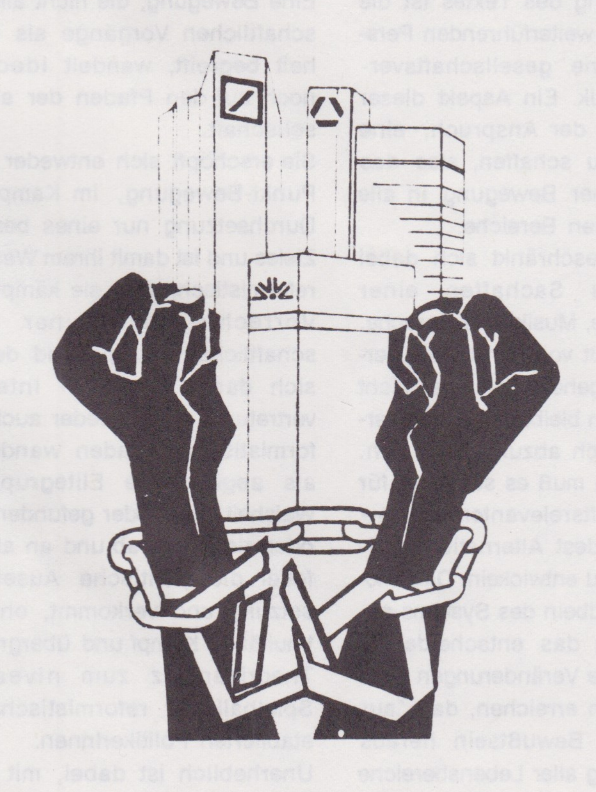
Videoaufzeichnungen bei Veranstaltungen

Bei fast allen vom Bund initiierten Veranstaltungen werden Besucher(innen) per Video gefilmt und Kritiker(innen) fotografiert. Versucht man das Spielchen umzudrehen, wie ein Fotograph der "Mainzer Rheinzeitung" es tat, ist mit körperlichen Angriffen zu rechnen. Es scheint so zu sein, daß der Bund einen Schlägertrupp besitzt, der selbst nachts die eigenen Plakate bewacht. Zwei Frauen, die in Mainz Plakate abreißen wollten, wurden angegriffen.
Offen auftretende Gegner(innen) werden mit einer Unzahl von Anzeigen und Prozessen überzogen. Mit den gegen sie selbst vorliegenden Anzeigen wird versucht, in der Öffentlichkeit moralischen Druck zu erzeugen nach dem Motto: Wir sind die armen ewig Geprügelten.
Am Ende einer BgA-Veranstaltung findet immer der gleiche Mechanismus statt: rhythmisches Klatschen der scharenweise angerückten Mitglieder.

Ist der Bund gegen Anpassung eine Sekte?

Viele Merkmale einer Sekte treffen auf den BgA zu: er ist streng hierarchisch organisiert und alle Angehörigen der Sekte werden gezwungen, ganz "im Sinne marxistischen Gedankenguts", ihr gesamtes Privatvermögen abzuschaffen. Dies ist natürlich für den Kopf der Sekte, Fritz Erich Hoevels, der sich selbst auch als "Gründer und Führer" bezeichnet, von Vorteil.
Der Bund übt auf seine Mitglieder starken psychischen und physischen Druck aus. Gewalt wird von Hoevels legitimiert, indem er sie als "lustvollen Akt" begreift.
Nach unserer Einschätzung ist der BgA eine gefährliche, faschistoide Psychosekte, die sich zwar an die Linke anbiedert, aber auch gegen Schwule, Lesben, Feministinnen und Ausländer(innen) hetzt. Gefährlich ist auch die für Außenstehende schwer zu durchschauende Gründung von immer neuen Organisationen mit anderen Namen, bei denen auf den ersten Blick nicht unmittelbar erkennbar ist, daß sich die MRI dahinter verbirgt.
Es ist augenscheinlich, daß diese Gruppen fast ausschließlich in Uni-Städten auftreten und versuchen, auf einzelne Asten Zugriff zu bekommen.

Diskussionspapier zur Autonomen Organisierung



Im Folgenden drucken wir Auszüge aus einem Text aus Göttingen ab. Auch wenn wir nicht in allen Punkten mit den VerfasserInnen übereinstimmen (insbesondere in ihrer Imperialismusanalyse), finden wir die Diskussion über bundesweite und regionale antifaschistische Organisierung und das mittelfristige Ziel der Schaffung einer festeren Organisation wichtig. Texte, die sich hiermit beschäftigen, wollen wir auch in Zukunft im Infoblatt zur Diskussion stellen. Schickt uns Eure Vorschläge und Kritik zu.

Aus Platzgründen haben wir das Papier um den "Blick zurück" und einige grundsätzliche Einschätzungen gekürzt. Der gesamte Text ist schon öfters veröffentlicht worden, z.B. in der "radikal", Nr. 144 und "interim", Nr. 161/19.9.91

(...)

Ausgangspunkte

...Heute, wo der Durchmarsch des Imperialismus den alten Ost-West-Gegensatz aufhebt und den Nord-Süd-Konflikt eskalieren läßt, allgemeine Orientierungslosigkeit vorherrscht und von uns momentan kaum größere politische Erfolge zu erwarten sind, ist es wichtig, neue linksradikale Orientierungspunkte zu setzen, anstatt sich frustriert auszuklinken oder kollektiv als politisch zahnlose Folkloregruppe zu enden.

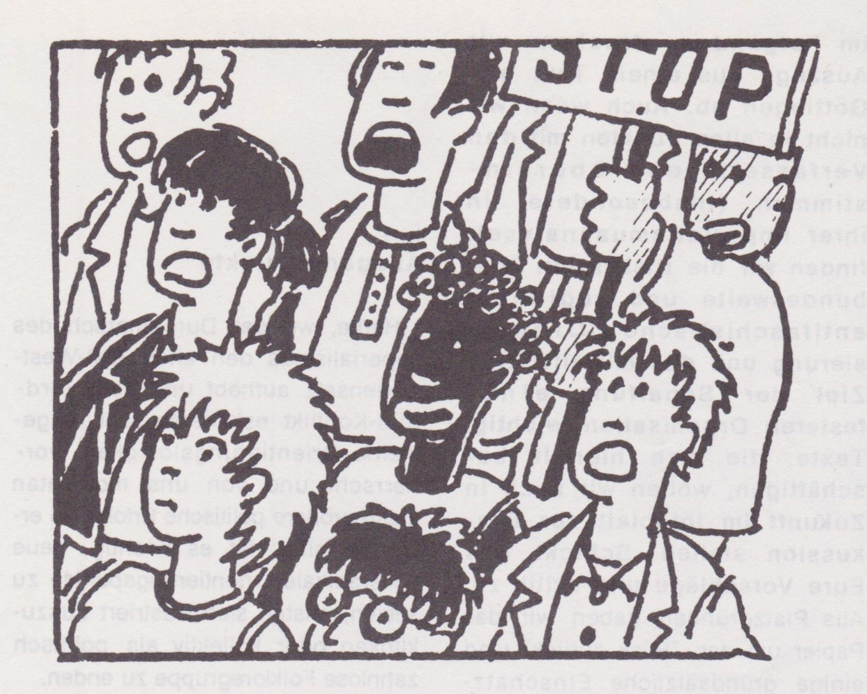
Unser Ziel ist die Organisierung einer effektiven autonomen Politik, die aus vergangenen Formen und Inhalten des autonomen Widerstandes entwickelt wird und an bestehende Strukturen anknüpft.

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es uns ermöglichen, regional und weit daüberhinaus innere Widersprüche zu überwinden. Besonders offen treten diese Widersprüche zutage, wenn gemischte Zusammenhänge an der mangelnden Auseinandersetzung mit eigenen patriarchalen Strukturen zerbrechen, wenn persönliche Konflikte auf politischer Ebene ausgetragen werden, oder an der Unfähigkeit, militante Ansprüche praktisch umzusetzen. Wir müssen zu Positionen gelangen und Strategien entwickeln, die uns wwieder mehr zu einem politischen Faktor in gesellschaftlichen Prozessen machen, der Anziehungskraft besitzt, weil er die herrschenden Verhältnisse angreift und perspektivische, auf die Veränderung gesellschaftlicher Zustände gerichtete Politik macht.

Die Form der Organisierung sollte durch die Ziele bestimmt sein, die sie erreichen soll.

Öffentliche Gedanken

Eine Hauptaufgabe der Organisierung ist es, Inhalte und Positionen wahrnehmbar zu machen. Hierbei finden



wir es wichtig, den bisherigen Umgang mit Medien zu überdenken. Das bedeutet, die Macht des Medienapparates als Wahrheitsinstitution und seinen Einfluss auf das Bewußtsein der Menschen um so genauer unter die autonome Lupe zu nehmen. Trotz der äußerst seltenen und fast durchgehend falschen Berichterstattung über Autonome steht fest: wer in den Medien ist, ist wahrnehmbar und steht im öffentlichen Interesse.
Die Entwicklung der Faschisten, und vor allem die Berichterstattung zeigt, welche Wirkung selbst bei scheinbar kritischen Berichten oder negativer Presse allein die Darstellung der Faschisten hat. Die Medien tragen unter anderem die Verantwortung dafür, daß die Faschisten im wahrsten Sinne des Wortes "Ausstrahlungskraft" besitzen.
Das heißt natürlich nicht, alle Inhalte und Aktionen danach auszurichten, wie wir am schnellsten in die Glotze kommen, aber schon taktische Überlegungen und Aktionen zu diesem Punkt mit einzubeziehen. Dennoch finden wir es wichtig, zumindest auf Presseleute, die einigermaßen korrekt berichten, auch mal zuzugehen. Darüberhinaus kann es sinnvoll sein, regional und überregional zu eigenen Aktionen Pressemitteilungen herauszugeben.
Mindestens genauso wichtig ist es, eigene Medien (Zeitungen, Veranstaltungen, Radiobeiträge etc.) zu schaffen, die die Entwicklungen radikaler Politik darstellen, Diskussionen ermöglichen und den Informationsaustausch gewährleisten.

Die weiterführende Perspektive ist Kulturfähigkeit

In der Einleitung des Textes ist die Rede von einer weiterführenden Perspektive für eine gesellschaftsverändernde Politik. Ein Aspekt dieser Perspektive ist der Anspruch, eine Gegenkultur zu schaffen, also das Vordringen einer Bewegung in alle gesellschaftlichen Bereiche.
Gegenkultur beschränkt sich dabei nicht auf das Sachaffen einer "anderen" Mode, Musik oder Sprache. Sie muß bewußt von den realen Verhältnissen ausgehen, darf aber nicht bei ihnen stehen bleiben. Sie muß verändern statt sich abzukoppeln. D.h. eine Bewegung muß es schaffen, für alle gesellschaftsrelevanten Bedin-gungen zumindest Alternativen aufzuzeigen und zu entwickeln. Das ökonomische Standbein des Systems anzugreifen, mag das entscheidenste für revolutionäre Veränderungen sein. Wir aber wollen erreichen, daß "aus revoltierendem Bewußtsein heraus eine Umwälzung aller Lebensbereiche stattfindet, sich überall und allgemein Sensitivität und Intellekt voll entfalten" (Punk-Panther 1990).

Letzlich kann eine Vernichtung bürgerlicher Lebensweise und Staatsdoktrin nur dann Erfolg haben, wenn diese von Menschen angestrebt wird, die die Welt schon anders interpretieren, ein anderes Lebensgefühl, andere Moral- und Kulturvorstellungen besitzen, als die alte Gesellschaft.
Mehr noch, für Menschen wäre der Kampf für eine andere Gesellschaft völlig farblos, leer und unsinnig, wenn nicht schon während dieses Prozesses ein sehr intensives Lebensgefühl und Lebensweise (Praxis) lebbar wäre, mit der Mensch sich über die alten Normen hinwegsetzt.
Ein Revolutionärer Umbau der Gesellschaft beginnt daher nicht erst mit der Zerschlagung des alten Machtgefüges, sondern der Weg dorthin ist schon Teil des Prozesses.

Was bedeutet "kulturfähig"?

Eine Bewegung, die keine gesamtgesellschaftlich umfassende Perspektive bieten kann und nicht die fundamentale Änderung der gesamten bestehenden Herrschaft zum Ziel hat, kann nicht revolutionär sein,
Eine Bewegung, die nicht alle gesellschaftlichen Vorgänge als Gesamtheit begreift, wandelt ideologisch noch auf den Pfaden der alten Gesellschaft.
Sie erschöpft sich entweder als Ein-Punkt-Bewegung, im Kampf für die Durchsetzung nur eines bestimmten Zieles und ist damit ihrem Wesen nach reformistisch, oder sie kämpft für die Vorrechte nur einer gesellschaftlichen Gruppe und degradiert sich damit zu einer Interessenvertretung, die entweder auch auf reformistischen Pfaden wandert oder als abgehobene Elitegruppe ihre Weisheit sucht oder gefunden hat; oder sie faucht ab und an als Strohfeuer die politische Auseinandersetzung und verkommt, ohne Kontinuität im Kampf und übergreifenden Theorieansatz zum niveaulosen Spielball der reformistischen bzw. etablierten PolitikerInnen.
Unerheblich ist dabei, mit welcher Radikalität der Kampf geführt wird. Radikalität allein ist noch kein politischer Inhalt.

Unerheblich ist dabei auch, wie heftig Menschen und Gruppen, die in einer solchen Auseinandersetzung stehen, in ihrem äußeren Erscheinungsbild von der Norm abweichen oder wie tiefgründig sich ihre Theorien anhören. Form kann nie den Inhalt ersetzen und ist letzlich unerheblich. Lediglich die Zusammensetzung der Form(en) kann einer Vermittlung des Inhalts dienen.

(...)

Warum Organisierung unter dem Vorzeichen "ANTIFA"?

(...Es ist) mehr denn je politisch katastrophal, zur reinen Anti-Nazi-Bewegung zu verkommen. Es muß vermittelt werden, daß das imperialistische System viel perfekter und zeitgemäßer Herrschaft sichert und ausbaut. Es wird keine Neuauflage des "Dritten Reiches" geben. Die Parole "Wehret den Anfängen!" ist falsch. Wir sind mittendrin und unser Kampf kann nur ein antiimperialistischer sein. Das bedeutet nun aber ganz und gar nicht, den Nazis den Rücken zuzukehren.

Die Entwicklung der militanten antifaschistischen Selbsthilfe ist eine grundsätzliche autonome Struktur. Diese aufzugeben hieße, die so wichtigen eigenen Ansätze aufzugeben.

Darüberhinaus ergibt sich angesichts der zunehmenden Organisierung der Faschisten, vor allem in der ehem. DDR, die Notwendigkeit der antifaschistischen Organisierung. Zu hoffen, daß der Staat gewillt ist die Linke zu schützen, bleibt nach wie vor ein schlechter Scherz.

Die Gefahr der Antifa-Politik, und das hat sich in jüngster Vergangenheit bestätigt, besteht darin eine Anti-Nazi-Bewegung zu sein. Viele Antifa-Gruppen bildeten sich auf Grund persönlicher Betroffenheit, und dem Willen, etwas unternehmen zu wollen. Eine zeitlang wurden Aktionen gegen Nazis organisiert, dann hörten viele Leute frustriert auf. Die persönliche Betroffenheit (sehr häufig an Schulen beispielsweise), die ein wichtiger Ansatz ist, lief organisatorisch oft in eine perspektivlose Leere. Aufgrund des niedrigen Organisationsgrades kam es selten zum Erfahrungsaustausch mit anderen Gruppen, geschweige denn, daß eine gemeinsame Strategie entwickelt wurde. Mit dünnem ideologischen Hintergrund und dem Bewußtsein, alleine dazustehen, geschah, was geschehen mußte - Resignation. Das ist aber noch lange kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen.

Es war nicht alles Müll, was in den letzten Jahren gelaufen ist; der autonome Antifaschismus besitzt nach wie vor seine Stärken. Die liegen in der großen Mobilisierungsfähigkeit, da viele erstmal was gegen Nazis haben und damit in Berührung mit autonomen Positionen kommen. Das gilt insbesondere für junge Leute.

Die Auseinandersetzungen mit Nazis führen zwangsläufig irgendwann zur Auseinandersetzung mit der Staatsmacht in Form von Bullen und erreicht damit andere Dimensionen.

Die Entwicklung der Antifaschistischen Selbsthilfe kann durch intensive Stadtteilarbeit die eigene politische Isolation durchbrechen und somit eine Verankerung in den Vierteln erlangen. Über die Antifaschistische Selbsthilfe wird militante Praxis in den eigenen Reihen verankert und von anderen Menschen als legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung akzeptiert.

Die Organisierung unter dem Vorzeichen **Antifaschismus** resultiert aus der Imperialismusanalyse, nämlich der, daß der Imperialismus faschistisch ist und bezieht sich teilweise auf historische Organisationen wie die "Antifaschistische Aktion" von 1932.

Wenn viele an einem Strang ziehen ist die Effektivität am größten. Deshalb wünschen wir uns in einer Organisation Arbeitsschwerpunkte, vor allem aber das Aufeinanderbeziehen der verschiedenen antiimperialistischen Teilbereichsbewegungen.

Für uns ist autonomer Antifaschismus immer noch der beste Hebel für die Vermittlung antiimperialistischer Politik, weshalb wir uns unter diesem Vorzeichen organisieren wollen.

Von der Organisierung zur Organisation

Wir wollen zunächst die Inhalte zusammenfassen, die für eine Organisierung sprechen:

Das Bündeln unserer Kräfte und die Schaffung verbindlicher Strukturen schafft die Voraussetzung, aus der derzeitigen politischen Ausweglosigkeit, in der wir uns momentan befinden, herauszukommen.

Zunächst einmal dadurch, daß uns ein Zusammenfassen unserer Kräfte in die Lage versetzt, z.B. gemeinsame Kampagnen zu organisieren, womit unsere Politik größere Relevanz und Zugkraft bekommen würde.

Das allein reicht natürlich nicht aus, um uns aus unserer derzeitigen Situation herauszubringen. Verbind-



liche Strukturen wären die Voraussetzung für inhaltliche Diskussionen bzw. Klärungsprozesse, die für unsere weitere Arbeit elementar wichtig sind.

(...)

Verbindliche Strukturen anzustreben verfolgt für uns das Ziel, eine legale Organisation zu schaffen. Funktion der Organisation wäre es, Anlauf- und Anssprechpunkt für Menschen zu sein, die sich organisieren **wollen** bzw. öffentlich ansprechbar zu sein, beispielsweise für Medien.

Das Konzept Organisation beinhaltet, das wir mehr Menschen erreichen und mit noch mehr zusammenarbeiten als bisher. Z.B. Menschen die in ländlichen Gegenden leben, ältere Menschen etc. Wir versprechen uns von einer Organisation nicht nur, daß sich uns mehr Menschen anschließen können, sondern auch, daß sich unsere organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten dadurch vergrößern.

Das Organisieren von politischen Konzerten, Demos, Agit-Prop-Aktionen usw. wäre eine wesentliche Funktion der Organisation. Mit anderen Worten wäre der Schritt zur Organisation ein Schritt, um politische Gegenkultur in größerem Maßstab zu entwickeln.

Für unsere weitere Arbeit halten wir politische Bildungsarbeit, Seminare und Veranstaltungen, für unabdingbar.

Organisation würde für uns auch bedeuten vom kleinbürgerlichen Grabenkrieg der Szene wegzukommen. Die politische Arbeit sollte nicht von persönlichen Kontakten/ Sympathien abhängig sein, sondern von politischen Zielen und Notwendigkeiten bestimmt sein.

Natürlich wollen wir nicht die Organisation der Organisation wegen, sondern eine revolutionäre Organisation, d.h.:

1.

Daß ein Statut entstehen muß, in dem die Inhalte definiert sind. Wesentliche Inhalte des Statuts würden sich aus den Diskussionen um die o.g. Punkte (die wir kurzerhand weggekürzt haben, die Red.) ergeben.

2.

Daß es eine Mitgliedschaft gibt. Wir halten diesen Punkt unter anderem deswegen für wichtig, weil er eine klare Entscheidung für die Organisation bedeutet und eine klare Zuordnung zu ihren Inhalten.

Bedenken

In einem Orientierungs-/ Organisierungsprozess könnten mit zunehmend größerem Rahmen und Komplexität aus bereits bestehenden Wissens- und Arbeitshierarchien dogmatische Hierarchien erwachsen. Das Problem des/ der FunktionärIn wird immer sein, daß er/ sie FunktionärIn ist.

Ein weiteres Problem in der Organisierungsfrage ist der derzeitige Zustand, der keine weiterführende gesamtgesellschaftlich gesehene Perspektive eröffnen kann. Mit dem Scheitern einer angestrebrten Organisieruung ist die Gefahr verbunden, nach diesem Versuch in die völlige Leere zu fallen.

Es bleibt zu hoffen, daß sich die Autonomee Linke an diesem Punkt nicht spaltet. Das wäre besonders dann fatal, wenn dies bereits nach der Gründung einer Organisation geschieht, weil diese vermutlich daran zerbrechen würde.

Modellvorschläge

Die Organisatorische Struktur sollte weitgehend auf vorhandenen Modellen basieren, die es gelten würde effektiver auszubauen.

Die Organisierung sollte auf verschiedenen Stufen stattfinden. Von den Städten oder Gemeinden bis zum bundesweiten Treffen.

Also zu den **Städten**:

Der Hauptbezug der einzelnen Menschen werden sicherlich weiterhin die Gruppen bleiben. Falls diese sehr groß sind würde sich häufig das Arbeitsgruppenprinzip anbieten. Das würde heißen, daß kleine Gruppen ein Thema genauer und intensiver bearbeiten und vorbereiten könnten, für alle aber transparent machen müßten und mit einbeziehen sollten.

In Großstädten könnte es zum Einen ein **internes Plenum** mit allen organisierten Gruppen geben und grundsätzlich ein **offenes Infoplenum** für alle interessierten. Dieses Plenum würde somit auf Bündnisarbeit basieren.

Auf jeden Fall müßte es eine Anlaufstelle in Form von einem Büro, einem Info-Telefon oder zumindest einem Schwarzen Brett, wo die Infos zusammenlaufen, informiert werden könnte, Gerüchten und Spekulationen der Boden entzogen würde usw.

Für viele Regionen oder Gemeinden wäre es aus mehrern Gründen sinnvoll, regionale Treffen zu machen. Zum Einen verlagern sich die Nazi-Treffs zunehmend auf die Dörfer, zum Anderen ist es wichtig, die politischen Menschen aus den Dörfern, die vereinzelt keine Kraft darstellen, zusammenzubringen.

Auch **überregional** gibt es bereits austauschende und verknüpfende Treffen. Zunächst wäre es gut, in Gebieten, wo es diese Treffen nicht oder nicht mehr gibt, solche Strukturen wieder aufzubauen. Mit Gebietstreffen sind **landesweite** bzw. grob nach **Nord/ Süd/ West/ Ost** zusammengeschlossene Städte und Gemeinden gemeint.

Wir nehmen an, daß vielleicht nicht alle Menschen der bereits vorhandenen Strukturen Interesse an einer solchen Organisierung haben und eine Spaltung nicht ausgeschlossen wäre.

Bevor gemeinsame Positionen geklärt, Kampagnen geplant werden können etc., würde dieser Zusammenhang hauptsächlich als Informationsaustausch dienen. Die Städteberichte sollten dabei knapp gehalten sein, eher die gesellschaftlich-regionale Situation analysieren, als langatmige Beschreibungen über jeden Arschtritt der Nazis enthalten.

Für diese Gebietstreffen wäre es am sinnigsten, **Delegierte** der einzelnen Antifa-Gruppen zu bestimmen bzw. aus den regionalen Treffen, damit auch die Einzelnen vom Land eingebunden wären. Denn nur in einer konstanten Zusammensetzung läßt sich das nötige Vertrauen und eine kontinuierliche Arbeit entwickeln.

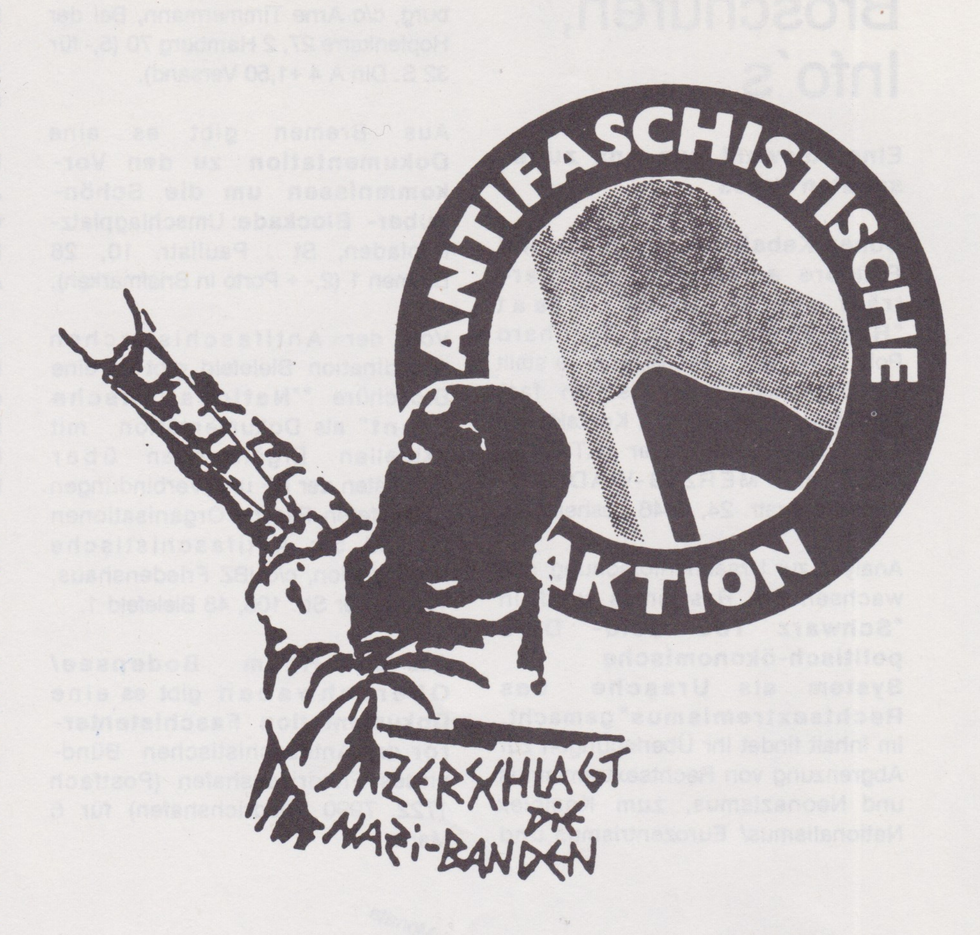
Damit durch das Delegierten-Prinzip keine verselbstständigte, abge-

hobene Gruppe mit einzelnen Polit-Profis entsteht, fänden wir es notwendig, daß die Delegierten einer Art "imperativem Mandat" unterliegen sollten. D.h. sie wären relativ verbindlich an Gruppenbeschlüsse/ Meinungen gebunden. Zumindest sollte ihr vorrangiges Interesse darin liegen, gruppengetragene Einschätzungen darzustellen. Um in den Gebietstreffen Entscheidungen fällen zu können, also damit auch Kompromiße möglich wären, sollten die Gruppen ihren Delegierten einen gewissen Spielraum geben.

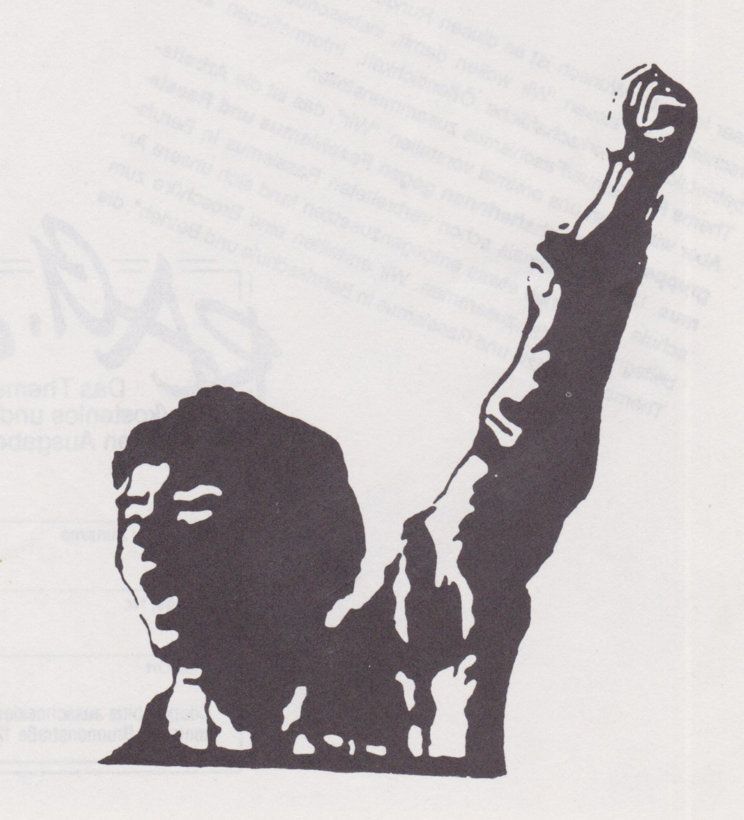
Die Organisierung der **bundesweiten Treffen** könnte ein ähnliches Delegiertenprinzip haben. Ob die Delegierten aus den Gebietstreffen oder aus den Städten kommen, wäre noch zu überlegen. Die Diskussion mit den Gebiets-Deligierten wäre flüssiger und übersichtlicher. Es könnte aber auch Vorteile haben, wenn mal andere Menschen aus den Städten an den bundesweiten Diskussionen beteiligt wären.

Die Arbeitsschwerpunkte zu einem gemeinsamen Thema sollten auf jeden Fall die besondere Situation in den einzelnen Regionen berücksichtigen und somit von den Leuten dort auch bestimmt werden.

Autonome Antifa (M) und Genossinnen aus Göttingen







Bücher, Broschüren, Info´s

Eine Auswahl aus uns zugesandten Infos

Döner Kebab um die Ecke und Folklore am Abend, das verträgt auch dieser Staat "Rassismus" (Hrsg.: Reinhard Pohl, Kiel 1991). Die Broschüre stellt ein Ergebnis der inzwischen fast zehnjährigen Arbeit dar. Kontakt: AG Asyl - Rassismus in der AKTION 3. WELT e.V. MERZIG-WADERN, Weiskircherstr. 24, 6646 Losheim.

Analyse zur Ursachenforschung des wachsenden Rassismus wird in **"Schwarz Tod Gold- Das politisch-ökonomische System als Ursache des Rechtsextremismus"** gemacht. Im Inhalt findet Ihr Überlegungen zur Abgrenzung von Rechtsextremismus und Neonazismus, zum Komplex Nationalismus/ Eurozentrismus und "Wiedervereinigung" sowie Überlegungen zur Antifa-Politik. Zu beziehen über Antifa- Kollektiv Hamburg, c/o Arne Timmermann, Bei der Hopfenkarre 27, 2 Hamburg 70 (5,- für 32 S. Din A 4 +1,50 Versand).

Aus Bremen gibt es eine **Dokumentation zu den Vorkommnissen um die Schönhuber- Blockade**: Umschlagplatz-Infoladen, St . Paulistr. 10, 28 Bremen 1 (2,- + Porto in Briefmarken).

Von der Antifaschistischen Koordination Bielefeld gibt es eine Broschüre **""Nationalistische Front"** als Dokumentation mit aktuellen Ergänzungen über Aktivitäten der NF und Verbindungen zu weiteren Fascho Organisationen für DM 5,-: Antifaschistische Koordination, c/o IBZ Friedenshaus, Teutobrger Str. 106, 48 Bielefeld 1.

Aus dem **Raum Bodensee/ Oberschwaben** gibt es eine **Dokumentation Faschistenterror** des Antifaschistischen Bündnisses Friedrischshafen (Postfach 1722, 7990 Friedrichshafen) für 6 Mark.

Autonome Standpunkte zu den Aktionen vom 9.-17.11.91 in Göttingen in der gleichnahmigen Broschüre der Antifa Göttingen (Briefe an Roter Buchladen, Rote Straße 10, 34 Göttingen, mit Unkostenbeitrag drin).

Die erste Nummer eines **Antifa Jugendinfos** ist erschienen, ein weiteres regelmäßiges erscheinen BRD- weit ist geplant. Es ist über den Antifa- Versasnd, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61 zu beziehen.

In den Infoläden in Frankfurt gibt es eine **Nullnummer eines Antifa-infos** INF für 2 Mark.
Hoffentlich gibt´s da auch bald weitere Ausgaben (!).



Unser innigster Wunsch ist es diesen Rundbrief alle drei Monate erscheinen zu lassen. Wir wollen damit, insbesondere für eine betriebliche/gewerkschaftliche Öffentlichkeit, Informationen zum Thema Rassismus/Faschismus zusammenstellen.
Aber wir sollten uns erstmal vorstellen: "Wir", das ist die **Arbeitsgruppe Gewerkschafterinnen gegen Faschismus und Rassismus**. Um dem damals schon verbreiteten Rassismus in Berufsschule und Betrieb etwas entgegenzusetzen fand sich unsere Arbeitsgruppe 1988 zusammen. Wir erstellten eine Broschüre zum Thema "Neonazis und Rassismus in Berufsschule und Betrieb", die

"Ich wundere mich, daß ich noch lebe".Ein Buch von Paul Kohl, geschrieben 50 Jahre nach dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion.

"45 Jahre nach Ende dieses Vernichtungskrieges wissen wir - von wenigen großen Städten abgesehen - immer noch beschämend wenig darüber, was damals dort geschah. Eine andere Art von Eisernen Vorhang haben wir hier in unserem Wahrnehmungsvermögen heruntergehen lassen. Und wenn man darüber zu sprechen beginnt, dann hört man oft, es solle »endlich Schluß sein« mit allem. Wie kann Schluß sein mit Informationen, die noch gar nicht verbreitet wurden? Und wer sagt dies? Und in welcher Absicht?"(...)

"Ouradour und Lidice sind bekannte Namen. Selbstverständlich. Doch Kortelisi, Bajki, Dalwa? Vielleicht mit Ausnahme von Chatyn kennen wir keines der 628 Dörfer die allein in Belorußland mitsamt der Bevölkerung von deutschen Truppen niedergebrannt wurden. Warum nicht? Über die KZs in Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen usw. wurde sehr viel veröffentlicht. Warum wurde noch nichts veröffentlicht über die Lager in Minsk, Baranowici, Smolensk, Vjasma usw.?(...)

Über Auschwitz wissen wir sehr gut Bescheid. Warum wissen wir nichts über Trostenenz bei Minsk, dem zentralen Vernichtungsort von Belorußland, wo 206.500 Menschen erschossen, vergast und verbrannt wurden? Warum ist Trostenenz so unbekannt?

Warum wissen wir so wenig über die Massaker der deutschen Truppen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion durch die Einsatzgruppen? Was wissen wir überhaupt über die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (..:)

Wir haben die Feuerstürme von Hamburg und Dresden selbst erlebt, oder zumindest darüber erzählen gehört. Und man spricht noch heute davon. Doch wer erwähnt auch nur mit einem Wort eine der 1700 zerbombten Städte oder eines der 70 000 vernichteten Dörfer in der Sowjetunion?"

Auf den Spuren der Heerestruppe Mitte der Wehrmacht reist der Journalist Paul Kohl 1985 von Brest nach Moskau.

45 Jahre nach Kriegsende befragt er Menschen, die in den Dörfern und Städten Belorußlands den faschistischen Vernichtungskrieg überlebt haben nach ihren Erlebnissen.

Mit 28 Millionen Toten ist die Sowjetunion, das Land, daß die meisten Opfer durch den 2.Weltkrieg zu beklagen hat. Trotzdem ist bis heute kaum etwas über den verbrecherischen Krieg, den die deutsche Wehrmacht in der Sowjetunion führte, in der BRD bekannt: ehemalige Wehrmachtsangehörige schweigen oder ziehen sich darauf zurück, daß sie eben als Soldaten im Krieg ihre Pflicht taten. Gefordert wird die "wertfreie" Betrachtung der Wehrmacht, es war schließlich Krieg und mit der NS-Vernichtungs- und Ausrottungspolitik hätte die Wehrmacht und der einzelne Soldat nichts zu tun gehabt.

Um der Wahrheit ein Stück näher zu kommen, läßt Paul Kohl in seinem Buch die Opfer sprechen.

"Ich wundere mich, daß ich noch lebe" ist ein Buch, das auf beeindruckende Weise anhand von Interviews, Beschreibungen von Besuchen an Orten der Verbrechen und durch eine Vielzahl von Dokumenten den Vernichtungskrieg der Faschisten am Beispiel Belorußlands darstellt.

Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn (48, - DM)





Murmansk/Sowjetunion: Durch deutsche Bombenangriffe zerstört

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT:

In England und Schweden demonstrieren AntifaschistInnen vor deutschen Botschaften, verteilen Informationen an die Bevölkerung und sammeln Geld, sowohl zur Unterstützung der Antifas in Deutschland, wie auch für die Unterstützung der Flüchtlinge. Diese Initiative entwickelte sich aus der Zusammenarbeit der britischen Antifa-Zeitung "Searchlight", "Stoppa Rasismen" und dem Antifa Info-Blatt.

Vor der deutschen Botschaft in Stockholm demonstrierten am 9.November ´91 über 1.500 Menschen, um gegen den faschistischen Terror in Deutschland zu protestieren und ihre Solidarität mit den AntifaschistInnen und Flüchtlingen auszudrücken. Auch in der zweitgrößten Stadt Göteborg demonstrierten über 200 Personen vor dem deutschen Konsulat und in der südschwedischen Stadt Växjö gab es ebenfalls eine Aktion unter dem gleichen Motto.



Die Stockholmer Aktion war eine der größten antifaschistischen Demonstrationen seit mehreren Jahren. Während die Beteiligung linker Gruppen sehr spärlich war, nahmen viele ArbeiterInnen der Hafen- und Druckbetriebe an dem Protest teil. Zu den Kundgebungsteilnehmern sprachen VertreterInnen von Stoppa Rasismen, Immigrantenorganisationen und ein Veteran des spanischen Bürgerkrieges. Sie machten die deutsche Regierung verantwortlich, den rassistischen Terror heraufbeschworen zu haben und gleichzeitig die Opfer und AntifaschistInnen zu kriminalisieren.

(Fortsetzung S. 62)

Vor der deutschen Botschaft in Stockholm

"STOPPT DEN FASCHISTISCHEN TERROR IN DEUTSCHLAND"

ANTI FASCIST ACTION

Am 11.Oktober zogen 500 De-monstrantInnen vor die deutsche Botschaft in London mit den gleichen Parolen wie die schwedischen AntifaschistInnen. Organisiert wurde die Kundgebung in Zusammenarbeit der "Campaign against Rascism and Fascism", der antifaschistischen Zeitung "Searchlight", Immigrantenorganisationen und jüdischen StudentInnen.

Bei einem Gespräch mit dem Pressesprecher der deutschen Botschaft nahm auch ein Vertreter der größten britischen Gewerkschaft der "General and Transports Workers Union" teil, die die Kundgebung ebenfalls unterstützte. Die britischen AntifaschistInnen belegten ihre Anschuldigungen gegen die deutsche Regierung mit einer umfangreichen Materialsammlung über den rassistischen Terror in Deutschland und einer Liste von Überfällen. Der Pressesprecher der Botschaft verleugnete jeden Zusammenhang von Regierungspolitik und faschistischem Terror und bestritt das die Gewalt von legal bestehenden Nazi-Organisationen ausgeht. Er konnte auch die Anschuldigung, daß die deutsche Regierung die Opfer kriminalisiert und die Täter schonend und verständnisvoll behandelt, nicht überzeugend widerlegen. Nach 20 Minuten brach er das Gespräch entnervt ab, da jede seiner Behauptungen von den AntifaschistInnen unter Vorlage der zusammengestellten Materialien fundiert widersprochen werden konnte.



Auch in der nordenglischen Stadt **York** stand eine antifaschistische Kundgebung unter dem Motto der Solidarität mit Antifas und Flüchtlingen in Deutschland. 400 Menschen nahmen an einer Kundgebung teil, die jedes Jahr an einem Turm aus dem Mittelalter stattfindet, wo im 12. Jahrhundert jüdische Menschen massakriert worden sind.

Aktionen von "Anti Fascist Action" fanden in **Manchester** und **Leeds** vor den deutschen "Goethe Instituten" statt. Sie verteilten tausende von Flugblättern und sammelten Solidaritätsspenden. Da das deutsche Konsulat in **Newcastle** nur noch im Telephonbuch zu finden ist fand die dortige Aktion in der Innenstadt statt.

Viele Menschen gerade in Groß Britannien sehen die Rechtsentwicklung in Deutschland mit großer Besorgnis. Schon die Vereinigung beider deutschen Staaten und die nationalistischen Töne aus Bonn wurden mit großer Skepsis betrachtet. Jetzt wo es sich beweist, daß die nationalistische Politik in Deutschland wieder Nazis in einer großen Zahl auf die Bühne treten läßt, werden die geschichtlichen Erfahrungen mit Nazi-Deutschland wieder wach. Angesichts der weit über 1.000 rassistischen Überfälle seit September klingen die Beteuerungen der hiesigen Politiker, daß Deutschland ein ausländerfreundliches Land sei, wenig glaubwürdig.

"Searchlight" und "Anti-Fascist Action" haben ein "German Antifa Support Found" gegründet und rufen zu Kundgebungen vor Konsulaten, Lufthansa-Büros oder Goethe Instituten auf, um einen internationalen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Damit sollen die Menschen, die sich gegen Rassismus und die Nazis hier wehren unterstützt werden. Da die deutsche Regierung versucht die Opposition im Lande mundtot zu machen, in dem die Polizei antirassistische Demonstrationen, wie z.B. am 3.Oktober in Berlin zerschlägt und AntifaschistInnen, die sich wehren kriminalisiert, ist internationaler Druck dringend erforderlich.

Wir möchten uns an dieser Stelle für diese großartige Form der internationalen Solidarität bedanken. Es ermutigt uns den Kampf trotz Kriminalisierung und der Verblödung durch die Medien und Parteien verstärkt weiter zu führen.

Seit Beginn der Spendenkampagne vor drei Wochen sind aus England über 1.300.- DM eingetroffen und aus Schweden über 4.000.- DM.
Das Geld wird gesammelt
- für antifaschistische und antirassistische Öffentlichkeitsarbeit
- zur Unterstützung von Menschen, die wegen antifaschistischer Selbsthilfe angeklagt und vom Staat kriminalisiert werden
- zur Unterstützung von Flüchtlingen und antirassistischen Initiativen

Bisher wurden mit diesem Geld das Antirassistische Zentrum in Berlin mit 500.- DM unterstützt. 400.- DM ging an die Antifa in Leipzig und 300.- DM haben wir an eine weitere Antifagruppe in Sachsen weitergeleitet. Das gespendete Geld soll weiterhin hauptsächlich an Initiativen im Osten Deutschlands verteilt werden.

Spenden und Nachfragen bitte an: Antifaschistisches Info Blatt, Gneisenaustr.2a, 1000 Berlin 61

Schweden: Nazi-Aufmärsche verhindert

(Fortsetzung von Seite 60)

Stoppa Rasismen nutzte die Kundgebung auch gleichzeitig dafür um gegen den Aufmarsch schwedischer Faschisten am 30.November zu mobilisieren. Allen voran wollten die **'Schwedischen Demokraten' (SD)** und die Faschisten in Stockholm und Lund wie jedes Jahr marschieren. Doch über 4.000 antifaschistInnen demonstrierten nachmittags durch die Stockholmer Innenstadt und hielten den Aufmarschtreffpunkt bis 22 Uhr besetzt. Der Angriff von ca. 100 Nazi-Skins konnte erfolgreich abgewehrt werden und die Nazis konnten nicht marschieren. Auch der Aufmarsch in Lund wurde von ca. 2.000 Antifas verhindert und die 80 Nazis wurden von der Polizei in Bussen aus der Stadt gebracht. Bereits am Vorabend kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Nazi-Skins und der Polizei in Malmö, wobei ein Skin von der Polizei erschossen worden ist und ein weiterer verletzt wurde. Die 'SD' haben sich zur mitgliederstärksten faschistischen Organisation der Nachkriegszeit entwickelt. Sie haben gegenwärtig zwischen 5.000 und 7.000 Mitglieder, was im Verhältnis zur Einwohnerzahl Schwedens von 8 Millionen gesehen werden muß. Die 'SD' ist eine Partei nach dem Vorbild der faschistischen **'Front National'** aus Frankreich und den **'Republikanern'** in Deutschland. So sprach deren Chef und Ex Waffen SS-Mann Schönhuber auch als Starredner auf einer Veranstaltung der 'SD' am 11.Oktober in Stockholm. Den Veranstaltungsschutz übernahmen die militanten Faschisten von **'VAM'**. *(siehe Art. S.63)*
Beide Gruppen der organisierten Faschisten sind aus der Kampagne 'Bewahrt Schweden Schwedisch' und der, nach Aktionen Stoppas Rasismens zerfallenen, **'Schwedischen Partei'** hervorgegangen. Heute hat die 'SD' das Skinhead Image abgelegt und hat vor allem in ländlichen Gegenden und unter Jugendlichen großen Einfluss.

Der Rassismus hat seit der Einführung von kleineren Sammellagern für Flüchtlingen durch die Sozialdemokratie vor zwei Jahren deutlich zugenommen. Die Sozialdemokratie wurde '91 das erste Mal seit 51 Jahren abgewählt und die populistische Rechtspartei **'Neue Demokratie'** gewann 9% der Stimmen u.a. mit der Forderung nach Verschärfung der Asylgesetze. Die neue konservative Regierung setzt gegenwärtig ein umfangreiches Sparprogramm der öffentlichen Gelder durch. Auf der einen Seite werden die Steuern für die Reichen abgebaut, auf der anderen Seite die Sozialhilfe gekürzt und das öffentliche Gesundheitswesen unterhöhlt. Der schwedische Staat, der 1993 vollwertiges Mitglied der EG werden soll, wird den europäischen Normen angepasst.

Geschichtslügner Irving und Leuchter aufgelaufen

Der "Geschichtswissenschaftler" David Irving konnte bei seiner Tour durch Kanada nicht Fuß fassen. AntifaschistInnen sorgten dafür, daß seine Auftritte nicht wie geplant stattfinden konnten. Auf ihren Druck hin wurden Irving immer wieder die Veranstaltungsräume gekündigt.
Ähnlich erfolglos blieb Fred Leuchter mit seiner Rundreise durch England. Irving hatte in Kanada noch angekündigt, daß es den AntifaschistInnen von Searchlight nicht gelingen würde, Details über die Tour herauszufinden. Pech gehabt! Gegen ihn wurde von staatlicher Seite ein Veranstaltungsverbot ausgesprochen, nachdem etliche Organisationen und Parlamentsabgeordnete gegen seine geplanten Auftritte protestiert hatten. Leuchter tritt seit zwei Jahren bei Nazi-Veranstaltungen auf, bei denen der Massenmord an Juden durch die Nationalsozialisten geleugnet wird. Als Experte für Hinrichtungsanlagen in den USA soll er von der technischen Seite her "beweisen", daß die Gaskammern nicht existiert hätten.
Mehr Glück hat Irving im Bundesgebiet. Zuletzt war er am 9.November bei der Kundgebung von NPD und Nationaler Liste in Halle/Thüringen aufgetreten. Über den "Geschichtsrevisionismus" versuchen die Faschisten eine Rehabilitierung der NS-Führung zu erwirken.

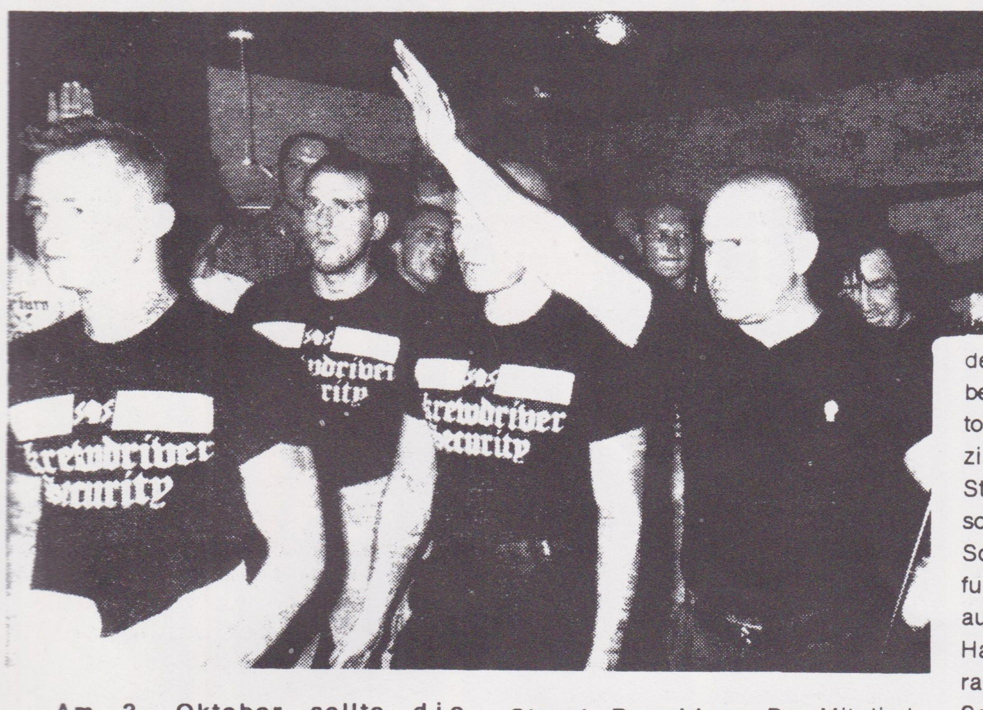
Ungarn: Zeitung der 'NSDAP/AO' erschienen

In Zusammenarbeit mit der 'NSDAP/AO' in den USA und Deutschland ist jetzt eine ungarische Ausgabe des "NS-Kampfrufes" "Uj Rend" erschienen. Sie enthält Übersetzungen der deutschen Ausgabe und ruft zum Kampf gegen den "sich zurückziehenden bolschewistischen Juden" und den "kapitalistischen Juden" auf.

Die 'NSDAP/AO' (AO steht sowohl für Aufbau- wie auch Auslandsorganisation) existiert in der BRD seit 1971 und wird offiziell von Gary Rex Lauck aus den USA geleitet. Die 'NSDAP/AO' ist die illegale Organisation der NS-Faschisten, die, in kleinen Zellen organisiert, das NS-Propagandamaterial aus den USA verbreiten. Ihre Mitglieder arbeiten in verschiedenen faschistischen Organisationen. Lauck hatte engen Kontakt mit Michael Kühnen, mit dem er im Juli '90 in Berlin verkündete das NSDAP-Verbot sei in Deutschland praktisch aufgehoben und wirkungslos. Auch einer der Kühnen-Nachfolger, Gottfried Küssel, ist nach eigenen Angaben seit 1977 Mitglied der 'NSDAP/AO'. Auch bei einem Großteil der führenden Nazis der BRD ist davon auszugehen, daß sie ebenfalls dort organisiert sind.

So wird auch in der englischsprachigen Ausgabe "The New Order" vom November '91 die Gefangenenliste bundesdeutscher Nazis abgedruckt. Es sind die Gefangenen, die von der **'Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener'**(HNG) betreut werden. In der 'HNG' sind Nazis aus allen deutschen NS-Organisationen Mitglied. Nach dem Rücktritt der "Kühnentreuen" Christa Goerth aus Bielefeld, leitet nun Ursula Müller aus Mainz die Organisation.
Die 'NSDAP/AO' verfügt insgesamt, mit der schwedischen Ausgabe "Sveriges Nationella Förbund" seit 1990, über mittlerweile vier Zeitungen.

Skrewdriver in Cottbus: 'Blood and Honour' - Netzwerk der europäischen Nazi-Skins



Am 3. Oktober sollte die faschistische Skinhead Band Skrewdriver aus England in Cottbus spielen. Die Nazis veranstalteten zum "Vereinigungstag" eine Jagd auf ihre Feindbilder und zogen mit "Sieg Heil" Gegröhle, bewaffnet mit Baseballschlägern und Messern, durch die Cottbuser Innenstadt. Die Polizei nahm 56 Nazis fest.

Unter ihnen waren auch fünf Mitglieder der Skrewdriver Security und der Gitarist der Band, John Bellany. Er und Jonathan Hickson, Richard Brierley, Steven Calladine und Kevin Noon sitzen nun im Cottbuser Gefängnis. Sie sind angeklagt einen deutschen Jugendlichen niedergestochen zu haben, der lebensgefährlich verletzt auf eine Intensivstation eingeliefert werden mußte.
Es ist nicht der erste deutsche Auftritt dieser Kultband der Nazi-Skins in Europa. Die Konzerte werden aus dem Umfeld der **'Deutsche Alternative'** organisiert, die über enge Beziehungen zu der faschistischen **'British National Party'** (BNP) und dem **'Blood and Honour'** Netzwerk verfügt.

Chef dieses internationalen Netzwerkes der Nazi-Skinheads mit Sitz in England ist Skrewdriver-Sänger **Ian Stuart Donaldson**. Das Mitglied der 'BNP' **Neil Parrish** aus Milton Keynes hat mittlerweile die Herausgabe des 'Blood and Honour'- Fanzines übernommen, während Stuart meistens auf Tournee ist.
'Blood and Honour' hat Kontakte in ganz Europa und besonders intensive zu Nazi-Skins in Schweden (**'Storm-Network'** und **'VAM'**(Weißer Arischer Widerstand)), USA (Nazi-Skins und **'Ku Klux Klan'**), und in letzter Zeit vor allem in die BRD.
Diese Verbindungen beinhalten nicht nur die Organisierung von Konzerten, sondern es sind vor allem Verbindungen zu dem terroristischen Flügel der Nazis.

Nazi Untergrund in Schweden

So wurden am 27.Juli '91 vier Mitglieder des **'Storm Networks'**, auch bekannt unter dem Namen **'VAM'** (Weißer Arischer Widerstand), nach einem bewaffneten Banküberfall in der nordschwedischen Stadt Vemdalen festgenommen. Die Festnahme verlief so überraschend für die Nazis, daß sie keine Zeit hatten ihre Waffen zu ziehen.
Diese Waffen, automatische Sig-Sauer Pistolen, stammten aus einem Überfall einer Stockholmer Polizeistation am 11. April dieses Jahres. Vier maskierte Nazis, unter ihnen der verhaftete **Klas Lund**, überwältigten den diesthabenen Polizisten und erbeuteten 36 nagelneue Sig Sauer Pistolen. Vier Waffen sind bei einer Razzia einer konspirativen Wohnung in Stockholm, neben Mengen von faschistischen Propagandamaterial aus Schweden und dem Ausland, gefunden worden. Drei weitere Waffen aus dem Überfall wurden bei einer Hausdurchsuchung nach dem Bankraub gefunden, sowie acht weitere Schußwaffen und 51.000 DM des geraubten Geldes - fehlen noch: 69.000 DM der Beute und 27 Sig Sauer Pistolen. Es wird davon ausgangen, daß diese Waffen ins Ausland verschoben worden sind.
Anleitung hatten die schwedischen Nazis bereits 1987 von der 'Blood and Honour' Organisation bekommen. Ergebnis des Treffens mit Ian Stuart war die Herausgabe der auf Nazi-Skins zugeschnittenen Zeitung **'Weißer Rebell'**, gedruckt und vertrieben aus England. In dem Hetzblatt wurde antisemitische Propaganda betrieben, der *"weiße Rassenkrieg"* gefordert und die Gründung einer schwedischen **'SA'** angekündigt, um *"die weiße Revolution in den nordischen Ländern"* durchzuführen.

Auch die Anleitung wie diese schwedische 'SA' aufzubauen sei, verfassten die 'Blood and Honour' Nazis.
Andere Nazi-Skin-Bands des 'Blood and Honour' Netzwerkes sind **No Remorse**, **Brutal Attack** und **Skullhead**. In Deutschland treten auch die Bands **Endstufe** und **Störkraft** zusammen mit Skrewdriver auf.

Brandstifter ist Großdeutschland

hier- und immer öfter in der Welt

Schaut nicht weg!

Wehrt Euch gegen rassistischen Terror auf den Straßen und in den Behörden! GREIFT EIN!

